

PROTOKOLL

über die 38. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 11. Dezember 2014, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Walter Oppl
Wilhelm Hauser
Gunter Mayrhofer

STADTRÄTE:

Ingrid Weixlberger
Dr. Michael Schodermayr
Dr. Markus Spöck, MBA -
(ohne GR Mandat)
Dr. Helmut Zöttl

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler
Rudolf Blasi
Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner (**ab 16:34**)
Roman Eichhübl
Ernst Esterle
Helga Feller-Höllner
MMag. Michaela Frech
Monika Freimund
Mag. Wolfgang Glaser
Michaela Greinöcker
Ing. Wolfgang Hack
Kurt-Werner Haslinger
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Mag. Reinhard Kaufmann

Mag. Gerhard Klausberger

Eva-Maria Leitner

Ing. Kurt Lindlgruber

Erika Loibl, MAS

Hans Payrleithner

Natascha Payrleithner

Florian Schauer

Birgit Schörkhuber (**ab 16:45**)

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl

Mag. Helmut Lemmerer

Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl

Michaela Minixhofer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GR Mag. Erwin Schuster
GRⁱⁿ Michaela Greinöcker

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) SBS-75/14	Städt. Wasserversorgung; Wassergebührenänderung zum 1. 1. 2015.....	7
2) BauGru-28/12	Bebauungsplan Nr. 76; Änderung Nr. 1, Kematmüllerstraße.....	10
3) Fin-31/11 + Fin-147/14	Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnung für das Betreuungsjahr 2013/14.....	11
4) GemKan26/98	Novellierung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr.....	12
5) GemKan-27/97	Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2015.....	14
6) GemLust-10/09	Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.....	15
7) GemAbf-1/03	Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.....	16
8) Gem-97/14	Gebrauchsabgabeverordnung der Stadt Steyr; Neuerlassung.....	16
9) Präs-349/14	Direkte Demokratie; Einführung einer Bürgerfragestunde.....	17
10) Präs-350/14	Direkte Demokratie; Antrag an den OÖ. Landtag auf Änderung des Stadtstatutes (Volksabstimmung, Volksbefragung, Bürgerinitiative).....	26
11) Fin-100/14	Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2015.....	29

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Mag. Erwin Schuster
GRⁱⁿ Michaela Greinöcker

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Ich darf sie sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung begrüßen. *Unverständlich* das noch als kleiner Hinweis vielleicht auch auf das Budget. Darf auch gleich bekannt geben, dass wir anschließend – falls wir uns nicht zerstreiten sollten und irgendwelche persönlichen Schwierigkeiten auftreten – anschließend nach der Sitzung in der Schwechater wieder treffen zu den bescheidenen Reiterweckerln und ein bis zwei – vielleicht auch drei – Getränken. Würde mich freuen, wenn alle Zeit finden würden zumindest kurz vorbei zuschauen und die Sitzung dort gemeinsam ausklingen zu lassen. Mit diesen Einleitungen kommen wir in die Tagesordnung. Ich darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß eingeladen haben, dass wir beschlussfähig sind, darf auch dazu sagen, dass die Kollegin Braunsberger etwas später kommt und als Protokollprüfer der Gemeinderat Mag. Erwin Schuster und die Frau Gemeinderätin Michaela Greinöcker vorgesehen sind.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Ist nichts vorhanden.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mitteilen darf ich das, was sie ohnehin wissen, aber es ist eine erfreuliche Geschichte, darum möchte ich schon noch mal betonen – unser neues Alten- und Pflegeheim Tabor ist nicht nur fertig sondern wurde auch mittlerweile bezogen. Am 25. November ist das innerhalb von einem halben Tag über die Bühne gegangen – danke noch einmal an alle, die dazu beigetragen haben, dass das so reibungslos funktioniert hat. Es ist nicht einfach, 120 zum Großteil pflegebedürftige ältere Menschen ja von einem Ort zum anderen zu bringen. Auch das Rote Kreuz war wieder unterstützend tätig, aber in erster Linie und die Hauptlast getragen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Alten- und Pflegeheimes Tabor. Danke dafür. Das Haus ist wunderschön geworden, es ist so, wie wir es uns vorgestellt haben. Es ist ein Vierstern-Plus, ein Haus, was wirklich große Qualität hat und im Endeffekt braucht sich jetzt niemand mehr Leid sehen, dass es ein altes Alten- und Pflegeheim Tabor gibt und ein neues auf der Ennsleite und ein fast noch neues in Münichholz – im Endeffekt haben wir jetzt überall auch von der Infrastruktur denselben Standard – die Menschen, die drinnen arbeiten – denke ich – machen ja sowieso den Unterschied und die sind immer gleich gewesen, mit hoher Professionalität und mit dem Herzen dabei – aber jetzt haben wir lauter Hotelzimmer für die Menschen, die hier Pflege in unserer Stadt brauchen.

Das Weihnachtsprogramm in unserer Stadt läuft programmgemäß. Es läuft sehr gut. Die Menschen sind in der Stadt – Tausende besuchen uns, wollen schauen, wie wir in der Christkindlstadt Weihnachten feiern. Es ist ein reges Treiben, der Busverkehr ist groß – auch ausländische Gäste sind sehr viele in der Stadt. Ich bin überzeugt davon und so habe ich auch die Rückmeldungen, dass sie sich auch fast überwiegend sehr, sehr wohl fühlen in dieser Stadt. Die Gastronomie, die Hotellerie – ich will nicht sagen, sie ist begeistert, aber sie ist sehr, sehr positiv gestimmt. Nicht nur, dass man keine einzige klagende Stimme hört,

sondern auch überall auch Lob und rundherum Zufriedenheit mit der Frequenz und mit dem Umsetzen und ich bin überzeugt davon, dass das auch so anhalten wird, auch wenn noch kein Schnee da ist und offensichtlich auch keiner in Sicht ist. Das Programm geht über Weihnachten hinaus, aber sie wissen das, euch brauche ich das nicht erzählen. Krippen sind bis 6. Jänner offen, die Christkindlbahn ebenfalls bis weit nach Weihnachten und viele, viele andere Dinge auch.

Die Kollegen von der Feuerwehr - der Bezirksfeuerwehrkommandant und sein Stellvertreter - sind ja auch draußen gewesen und haben die DVD der Feuerwehr anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums angepriesen – angeboten. Wenn sie jemanden haben, der sich dafür interessiert – vielleicht passt es auch als Geschenk. Es ist eine schöne Erinnerung und ein toller Film, der die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft unserer Freiwilligen Feuerwehr eindrucksvoll unterstreicht. Das wollte ich zur Freiwilligen Feuerwehr noch sagen.

Unerfreuliches Thema nach wie vor ist die Arbeitsmarktlage in unserem Bezirk – aber nicht nur in unserem Bezirk, in der ganzen Republik – auch in Österreich. Wir haben Arbeitslosenzahlen in Österreich momentan von 8,7 %. Bei uns betrug die Arbeitslosenquote im November 8,3 – das ist im Vergleich zum Vormonat bezogen auf Steyr 0,7 % höher und auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr hat sie sich um 0,6 % erhöht. In absoluten Zahlen sind das 3.494 Personen, die im Bezirk arbeitslos gemeldet sind – Ende November. Das ist etwas, das uns alles andere als froh stimmt. Wir als Kommune haben aber relativ wenig Spielraum hier gestaltend einzugreifen, außer dass wir investieren – vielleicht noch ein bisschen mehr als bisher. Wir haben im letzten Jahr einiges an Geld in die lokale Wirtschaft pumpen können – was die Nachmittagsbetreuung angeht. Wir werden – und haben ja auch vor – im zukünftigen Budget 2015 gezielte Schwerpunkte gerade auf den Schulbereich, in die Schulsanierung, Innenraumgestaltung und technischer Ausstattung zu setzen. Auch hier ein kleiner Beitrag. Ansonsten darf ich nur jetzt schon erwähnen – wir kommen im Budget ohnehin drauf – wir haben ein Straßenbau- und Sanierungsbudget von ungefähr 1,3 Mio. Euro. Das ist auch nicht so schlecht, also es wird schon seitens der Stadt auch investiert, nur alleine können wir die Welt nicht retten – noch dazu, wo wir ja jetzt wieder seitens des Bundes hören, dass ja – wenn die Steuerreform kommt, ohnehin die Länder auch ihren Beitrag leisten müssen – da geistern ja auch so Zahlen herum – und das klingt immer so unverbindlich und das hat mit uns nichts zu tun, die Länder sollen ihren Beitrag leisten, wie das Land Oberösterreich oder auch die anderen Bundesländer, die ihren Beitrag leisten, wissen ja ohnehin – sie schieben die Kosten nämlich nach unten wieder zu den Kommunen und wir haben es wieder zu bezahlen oder bekommen wieder weniger in unsere Budgets herein – aber das nur nebenbei. Das können wir ja in der Budgetdebatte ja noch ein bisschen ausführlicher diskutieren.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE

Liegt mir nichts vor.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir sind mitten in der Tagesordnung, wir treten in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf den Herrn Vizebürgermeister Hauser um seinen Tagesordnungspunkt ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

1) SBS-75/14

Städt. Wasserversorgung; Wassergebührenänderung zum 1. 1. 2015.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe heute einen Tagesordnungspunkt auf dieser Gemeinderatstagesordnung und es geht um die städtische Wasserversorgung und zwar um die Veränderung der Wassergebührenverordnung. Da geht es einerseits um die Anschlussgebühren – und nachdem das ja hier Fuß auf dem Erlass der Oberösterreichischen Landesregierung und die Mindestgebühr hier für einen 20 Millimeter Anschluss EUR 1.899 sind, haben wir hier auch diese Anhebung durchgeführt wie sie im Landeserlass vorgeschlagen ist. Von EUR 1.867 auf EUR 1.899 und ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben, denn die Wasserbenutzungsgebühr bleibt bei EUR 1,45 – wie wir sie derzeit haben – und weil ja die Mindestgebühr auf EUR 1,44 ist und wir vereinbart hatten, dass das aufgesaugt wird und wir – wenn es so im Landeserlass vorgeschrieben wird und nächstes Jahr wieder eine Erhöhung kommt, wir dann diesen Überstand, der ursprünglich vorhanden war, aufgesaugt haben und erst dann wieder über eine Erhöhung diskutieren – ich ersuche, darüber zu diskutieren und abzustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Eichhübl – bitte Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Für mich ist es eher bedauerlich und man kann durchaus sagen auch traurig, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, sehr geehrte Gäste, werte Vertreter der öffentlichen Medien, wenn sich heute der Gemeinderat in der letzten Sitzung des Jahres bereits beim ersten Tagesordnungspunkt mit einer Gebührenanhebung befassen muss. Der zuständige Referent hat ja bereits darauf hingewiesen, dass es konkret darum geht, dass heute die Wasseranschlussgebühren angehoben werden sollen – nämlich im Bereich von 20 Millimeter von EUR 1.867 auf EUR 1.899 und 25 Millimeter- das sind so die gängigsten Anschlüsse was Haushalte und Häuser betrifft – von EUR 3.985 auf EUR 4.053. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir – das sage ich gleich voraus – werden uns selbstverständlich gegen diesen Antrag wenden und zwar deswegen, weil es ja wirklich eigentlich unerträglich ist, wenn man auf der einen Seite dafür Sorge trägt, dass die Mieten ständig angehoben werden, denn ein Teil von den Mieten ist ja genau diese Gebühren- und Tarifbezeichnung – und wird ja auch in Zukunft nicht zu einer Verbilligung von Wohnungen sondern zu einer Verteuerung beitragen. Das betrifft nicht nur die Mieter von Genossenschaftswohnungen, betrifft Eigenheimbesitzer und Hausbesitzer gleichermaßen. Also so kann es ja wirklich nicht sein. Auf der einen Seite wird großartig plakatiert, dass Wohnungen sich wieder für die Bevölkerung in leistbarer Gestaltung auch tatsächlich präsentieren, aber auf der anderen Seite geht man her und hebt gerade in diesem Bereich ständig Tarife und Gebühren an. Das ist auch schon sehr interessant, wenn man sich den Amtsbericht anschaut – auf der einen Seite hat der Herr Kollege Hauser dort bereits hingewiesen – heute ausnahmsweise einmal die Wasserbezugsgebühr nicht angehoben werden und zwar deswegen, weil wir ja schon seit einigen Jahren immer über der Mindestgebühr von Seiten des Landes – die dort vorgeschrieben wird – uns befinden und unserer Bevölkerung immer mehr abverlangt haben, als es auch tatsächlich notwendig gewesen wäre. Das ist gerade der Wasserbereich, jener Bereich, der eine sehr hohe Einnahmequelle für die Gemeinde darstellt

und der Herr Kollege Hauser wird da im Konkreten darauf hinweisen können, was tatsächlich für die Wassergebühreneinhebung da unterm Strich übrig bleibt – und daher ist meine Argumentation, die ich in den letzten Jahren immer von dieser Stelle aus geäußert habe, richtig – man hat bis dato immer schon mehr eingenommen in Bezug auf die Gebührenvorschreibung von Seiten des Landes. Es ist aber auch gleichzeitig wiederum von meiner Seite notwendig darauf hinzuweisen – und da greife ich gleich dem Punkt 4 der Tagesordnung vor – da geht es um die Kanalbenützungsgebühren. Man kann ja die Wasserbezugsgebühren und vor allen Dingen auch die Anschlussgebühren und alles, was in diesen Bereich hineinfällt, nicht alleine sehen, sondern muss da zur Kenntnis nehmen, dass, wenn man 1 Kubikmeter Wasser benützt – für die Benützung braucht – auch gleichzeitig die Kanalbenützungsgebühr zu berappen hat. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man schon darauf hinweisen, dass künftig hin 1 Kubikmeter Wasser, den man von der Leitung entnimmt, in Wahrheit inklusive der 10%igen Mehrwertsteuer, die auch ausgewiesen ist, einen Betrag von EUR 5,49 - also knapp EUR 5,50, zu bezahlen hat – jeder, der 1 Kubikmeter Wasser entnimmt. Noch einmal wie gesagt, wir werden natürlich auch diesem Tagesordnungspunkt 4 die Zustimmung nicht geben können, weil das ja auch ein Teil dieser Wassergebühren ist. Nochmals wie gesagt, wir stehen nach wie vor dafür, dass wir uns die Tarife und Gebühren sehr genau ansehen. Wir sind die Letzten die heute, wenn es wirklich notwendig ist aufgrund von Kalkulationen oder wenn es notwendig ist aufgrund der Indexsteigerung, dass wir dem nicht im Wege stehen, aber da in diesem Bereich ist es absolut nicht notwendig und vor allen Dingen im Interesse der Mieter, der Eigenheimbesitzer und Hausbesitzer, die ja dadurch wiederum eine Verteuerung ihrer Wohnungen oder ihrer ständigen Ausgaben vorfinden werden und daher ein – wie gesagt – ein Nein zu diesem Antrag – auch für den Punkt 4.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, nächster zu Wort gemeldet der Vizebürgermeister Mayrhofer – bitte Gunter.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Natürlich hat der Herr Kollege Eichhübl im Prinzip Recht. Nur eines muss man schon unterscheiden, wir erhöhen nicht die Kanalbenützungsgebühr, sondern nur den Kanalanschluss und den nur im Ausmaß des VPI – das heißt, der Bereich der effektiven Wasserbenützung, wo der normale Wohnraum und die normale Menge berechnet wird, ist davon nicht betroffen. Darum sehen wir in diesem Bereich nicht wirklich das Problem. Das wir in den Jahren zuvor zu viel eingehoben haben – und darum sage ich ja, sie haben im Prinzip Recht – wir haben ja schon des Öfteren hier an diesem Ort darüber diskutiert – und dass man das jetzt angepasst hat und dass man uns bis zum nächsten Mal vollkommen mit der Landeslinie dann gleichgestellt hat, ist glaube ich, der richtige Weg – überhaupt keine Frage, aber das muss man jetzt schon sagen, die Kanalbenützungsgebühr bleibt gleich, nur die Anschlussgebühr wird erhöht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dank. Schlusswort Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Erstens reden wir jetzt einmal von der Wasseranschlussgebühr und den Wassergebühren und nicht vom Kanal. Das Zweite ist, dass in der Regel – in der Regel jedes Haus einmal einen Wasseranschluss bekommt in seiner Lebenszeit des Hauses. Einmal – und daher muss man also das auch ein bisschen relativieren. Also das heißt, nur jeder der einen neuen Wasseranschluss braucht, der ein neues Haus baut, zahlt also eine Wasseranschlussgebühr. Also immer die Kirche ...

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Eichhübl (vom Platz aus)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
... auch in der ... Bitte?

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Eichhübl (vom Platz aus)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
... ja, das glaube ich dir schon, nur das zahlt er ein einziges Mal, indem er die ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL (vom Platz aus):
Er muss aber zahlen vorher.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ja, aber – alle anderen nicht mehr. Und das Zweite ist – und da muss man auch die Kirche im Dorf lassen bitte sehr – bei den Wasserbenützungsgebühren haben wir uns darauf geeinigt, dass wir es absenken bis zur Mindestgebühr, in dem wir es aufsaugen lassen und die andere Seite ist aber, dass wir auch den Landeserlass genau lesen muss und überall dort, wo es sozusagen Abgangsgemeinden gibt, steht drinnen, dass also die Wasserbenützungsgebühr um 20 CENT zu überschreiten ist ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL (vom Platz aus):
Sind wir eine Abgangsgemeinde?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ist, nicht darf – und im außerordentlichen Haushalt – ja, wir sind keine Abgangsgemeinde, weil wir keine Bedarfszuweisungen bekommen, sondern weil wir es selber machen müssen, aber grundsätzlich – von der Systematik her – waren wir das bis jetzt. Das muss man schon sagen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir einen positiven ordentlichen Haushalt abgeschlossen haben.

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Eichhübl (vom Platz aus)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ja – passt eh. In Wirklichkeit ist es ja ganz einfach so....

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Eichhübl (vom Platz aus)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Bitte?

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Eichhübl (vom Platz aus) und diverse Diskussionen untereinander!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Also, über das will ich jetzt gerade nicht diskutieren, aber ich wollte nur sagen, also dass die Möglichkeiten hier auf alle Fälle vor sind und im Landeserlass so vorgesehen ist, dass 20 CENT darüber einzuheben ist und nicht darf. Das möchte ich nur noch grundsätzlich hinweisen und wir uns sehr bemühen, auf den Mindesterlass herunterzukommen. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 17.11.2014 wird der Erhöhung der Mindestanschlussgebühren und der Beibehaltung der Wasserbezugsgebühr entsprechend der beiliegenden Verordnung zum 1.1.2015 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1.1.2015 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992, LGBl Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL :

Danke! Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Anpassung ist – die Indexanpassung – den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **28**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Hauser, StR Dr. Michael Schodermayr, StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner, GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: **6**

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber, GR Hans Payrleithner)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL :

Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Herrn Dr. Spöck um seinen Tagesordnungspunkt ersuchen. Bitte Markus.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

2) BauGru-28/12

Bebauungsplan Nr. 76; Änderung Nr. 1, Kematmüllerstraße.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wertetes Präsidium. In meinem Antrag geht es heute um einen Bebauungsplan der abgeändert gehört – und zwar das ist der Bebauungsplan in der Kematmüllerstraße, wo wir es ermöglichen, dass die WAG in einer Siedlung in Münichholz in der Nähe des Alten- und Pflegeheimes eine Siedlung errichtet mit neuen Wohnhäusern. Das Gebiet liegt zwischen Punzerstraße und der Kematmüllerstraße. Dazu heben wir den alten Bebauungsplan auf und ändern den neuen in der Kematmüllerstraße um. Gleichzeitig – das darf ich auch noch dazu sagen – ist die Nachbarssiedlung auch mit eingenommen, wo wir die Anpassung machen, so wie wir es in den neuen Bebauungsplänen

machen – diese 3 m/5 m Regelungen, Nebenstraße, Hauptstraße – damit wir das einheitlich durch das Stadtgebiet führen können. Mit der Bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen wird der Bebauungsplan Nr. 76 - Änderung Nr. 1 - Kematmüllerstraße, entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 7. August 2014 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 28. Oktober 2014 beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich gehe davon aus, dass das einstimmig ist. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Der Antrag - Bebauungsplan Nr. 76, Kematmüllerstraße, Änderung Nr. 1 – wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich und darf die Frau Stadträtin Weixlberger um ihren Bericht ersuchen.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

3) Fin-31/11 + Fin-147/14

Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnung für das Betreuungsjahr 2013/14.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem Antrag geht es um die Abrechnung mit den privaten Kindergärten für das Kindergartenjahr 2013/2014 und die erste Akontozahlung für das laufende Kindergartenjahr 2014/2015. Ich ersuche um Freigabe des Budgets und möchte darauf hinweisen, dass der Waldorfkindergarten noch nicht abgerechnet werden konnte, weil vom Land noch die Abrechnung für den Waldorfkindergarten fehlt. Sobald der Waldorfkindergarten die Abrechnung mit dem Land durchgeführt hat, werden wir dann auch den Kindergarten Waldorf mit uns abrechnen und auch die Akontozahlung durchführen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. November 2014 wird dem von den Betreibern privater Kinderbetreuungseinrichtungen vorgelegten Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2013/14 entsprechend der im beigeschlossenen Berechnungsblatt dargestellten Auflistung zugestimmt.

Da der Hort St. Anna insgesamt im Betreuungsjahr 2013/14 weniger Geld beansprucht hat als ursprünglich vorgesehen ist der Beschluss vom 3.7.2014 dahingehend zu ändern, dass von der VA-Stelle 1/250000/757000 nur ein Betrag von EUR 12.500,-- (anstelle bisher EUR 24.000,--) freizugeben sind.

Da bei den VA-Stellen 1/240000/757000 und 1/439000/757200 die noch vorhandenen finanziellen Mittel nicht ausreichen, sind zur Bedeckung der Ausgaben zunächst Kreditübertragungen notwendig und zwar:

Von der VA-Stelle 1/250000/757000 ein Betrag von EUR 3.700,-- zur VA-Stelle 1/240000/757000 und ein weiterer Betrag in Höhe von EUR 5.800,-- von der VA-Stelle 1/250000/757000 zur VA-Stelle 1/439000/757200.

Sodann können folgende Beträge zur Auszahlung der Restforderungen für das Betreuungsjahr 2013/14 und der ersten Akontozahlung für das Betreuungsjahr 2014/15 unter Beachtung der bereits in der Sitzung des Gemeinderates vom 3.7.2014 beschlossenen Finanzmittel freigegeben werden:

bei der VA-Stelle 1/240000/757000: EUR 63.506,58

bei der VA-Stelle 1/439000/757200: EUR 22.453,80

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, ich sehe keinen Diskussionsbedarf. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Berichterstattung, darf den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Oppl übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

4) GemKan-26/98

Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der erste Punkt auf meiner Agenda ist die Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung. Da sind wir dazu aufgerufen, den Erlass des Amtes der Landesregierung nachzuvollziehen, die eine Mindestbenützungsgebühr vorschreibt und eine Indexierung und für das Jahr 2015 eine Erhöhung auf EUR 3,54/m³ vorschlägt und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 13. November 2014, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2015 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Eichhübl, bitte Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe an und für sich nicht die Absicht gehabt – und hab es auch angekündigt – dass ich mich zu

diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melde, weil er natürlich auch die Kanalbenutzungsgebühr auch in Verbindung mit der Wassergebühr zu sehen ist, aber es hat da offensichtlich ein Missverständnis gegeben. Herr Mayrhofer, ja selbstverständlich geht es um eine Anhebung die unter dem Deckwort „Novellierung“ stattfindenden Erhöhung – und zwar heißt es ausdrücklich, dass die Kanalbenutzungsgebühr von EUR 3,47/m³ auf EUR 3,54/m³ ohne die Mehrwertsteuer angehoben werden soll. Natürlich ist das eine Erhöhung, meine sehr geehrten Damen und Herren, und natürlich betrifft es auch künftig hin die Mieter und natürlich betrifft das auch bei einer einmaligen Belastung bei einer Anschlussgebühr die künftigen Mieter bei Neubauwohnungen. Ja selbstverständlich wird das den Mietern verrechnet und selbstverständlich überlassen das zu bezahlen, aber das nur am Rande zu bemerken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchte ich schon auch sagen und jetzt reden wir noch immer von 10 % die auch der Bürger an Mehrwertsteuer oder an Umsatzsteuer zu berappen hat und der nächste Anschlag, meine sehr geehrten Damen und Herren, folgt auf dem Fuß, wenn man sich die Äußerungen des neuen Finanzministers anhört, der beabsichtigt, auf Bundesebene in Zusammenhang mit einer Lohnsteuerreform und die Aufbringung von Mittel jene Bereiche, die zur Zeit mit einer 10 %igen bzw. 12 %igen Mehrwertsteuer behaftet sind, auf 20 % anzuheben. Und da geht es nicht nur um Schnittblumen, da geht es nicht nur um Hotelrechnungen, sondern dezidiert hat er auch angeführt, es geht auch um die Kanalgebühren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und ein weiterer Anschlag wird auch noch folgen, denn – ist auch bereits ein offenes Geheimnis – dass sich die Koalitionspartner darauf geeinigt haben, dass die Lohnsteuerreform so aussehen wird, dass die Mittel, die dafür notwendig sind, auch teilweise vom Land aufzubringen sein werden. Ja und was wird denn das Land machen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das wird uns wahrscheinlich dann die Mittel, die wir zurzeit noch vom Land bekommen, wesentlich kürzen. Das wird im Endeffekt heraus schauen. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herrn, sind wir eben sehr vorsichtig bei Bezugs-, bei Anhebungen von entsprechenden Anhebungen in diesem Bereich was das Wohnen betrifft und werden daher – und ich habe es bereits vorhin gesagt – diesen Antrag selbstverständlich ablehnen.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Gut, danke! Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich möchte vielleicht nur einen Satz zu dir, Roman, sagen. Wir haben uns in vielen Bereichen schon geeinigt, weil es vernünftig ist, dass wir Indexklauseln in unsere Beschlüsse einbauen, dass wir verhindern – wie es früher der Fall war – dass man dann auf einmal riesige Sprünge hat, wo wir dann noch mehr Diskussionsbedarf haben, weil – dann reden wir nicht von 2 % oder 1,5 % sondern dann haben wir immer von 8 bis 9 oder noch mehr Prozent gesprochen. Und der Erlass ist da und ist an und für sich verpflichtet, aber bitte Herr Bürgermeister – Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich glaube, wir sind ja einer Meinung, dass die Betriebskosten ein unglaublicher Faktor mittlerweile geworden sind bei den Mieten und dass sich – ich glaube – nicht so wenige Menschen auch die Mieten nicht mehr leisten können. Das Problem ist nur, dass man dieses Problem – meines Erachtens – nicht damit lösen kann, dass man für Leistungen, die für Wasser und Kanal zur Verfügung stehen, weniger einnimmt – das trifft die Kommunen. In Wahrheit müssen die Leute dementsprechende Lohnerhöhungen haben und was verdienen, damit sie sich das Wohnen auch wieder leisten können – das wäre die Lösung und das wäre der gangbare Weg. Die Dienstleistung selbst – wir sind ja da nicht unbedingt die Kapitalgesellschaft die Stadt Steyr, wir sind ja die, die die großen Gewinne machen. Ganz im Gegenteil – wir schauen und sind sehr sparsam mit dem Geld, was wir hereinbekommen – im Endeffekt auch etwas Vernünftiges getan wird – und wenn wir sagen würden, okay, wir erhöhen jetzt die Gebühren nicht mehr – dann erhöht sich wieder unser Defizit – dann sind wir aber gezwungen, andere Leistungen einzustellen. In Wahrheit sind wir angewiesen auf die Gebühren und müssen sie auch indexieren, weil wir sonst im Endeffekt in des Teufels Küche kommen. Aber das Problem der leistbaren oder teilweise nicht mehr leistbaren Mieten ist

bekannt. Die Löhne gehören entsprechend erhöht und die Steuerreform muss kommen in einer Form, dass die Leute, die fleißig arbeiten im Endeffekt auch entlastet werden. Das zur hohen Bundespolitik. Und die Befürchtungen, habe ja zuerst Eingangs schon erwähnt, die teile ich mit dir, dass letzten Endes die Steuerreform, wenn es heißt, die Länder sollen den Beitrag leisten - die Länder leisten ihn nicht, die Kommunen werden ihn leisten müssen. Da wird man ja sehen was bei den Finanzverhandlungen herauskommt bzw. beim Finanzausgleich, der dann ja erst offensichtlich erst 2016 neu verhandelt werden soll. Ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung gibt es keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **28**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Hauser, StR Dr. Michael Schodermayr, StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: **6**

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindgruber, GR Hans Payrleithner)

5) GemKan-27/97

Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2015.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Punkt – Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2015 – wie es der Erlass des Landes vorsieht und die Mindestanschlussgebühr vorgeschrieben wird – eine Wertsteigerung von 1,55 % wird vorgegeben und wir sollen und werden das auch so beschließen. Bitte.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 14.11.2014 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Jänner 2015 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist wer gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Bitte nächster Punkt.

6) GemLust-10/09

Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Punkt geht es wirklich nur um formaljuristische Dinge, sie sehen sie im Amtsbericht. Da geht es um drei Zeilen im Artikel 1, wo wir uns offensichtlich in dem alten Text auf Gesetzespassagen beziehen, die es in dieser Form oder in diesen Ziffern nicht mehr gibt. Das ist die Novellierung bzw. der Austausch. Wir beziehen uns jetzt auf die richtigen Ziffern und auf die richtigen Gesetzesstellen und ich ersuche, diesen formaljuristischen Antrag zu beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 13. November 2014, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2015 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist wer gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Auch nicht, somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

7) GemAbf-1/03

Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Punkt – Novellierung der Abfallgebührenverordnung – heißt, Erhöhung um den Index. Wir haben letztes Jahr – wenn sie sich erinnern, wenn ihr euch erinnert – die Erhöhung ausgesetzt, auch aufgrund dessen, weil wir gemeint haben, wir sollen einen kleinen Beitrag leisten auch um die Betriebskosten nicht steigen zu lassen – zumindest im Stadtgebiet von Steyr. Jetzt nach dem zweiten Jahr – denke ich – müssen wir es wieder tun um im Endeffekt auch das Unternehmen, ja die Leistungen im Unternehmen, die Leistung abzugelten. Es geht um eine Erhöhung der Restabfalltarife, die Biotonne haben wir ausgenommen, um rund 1,85 %. Ich glaube, das ist eine vertretbare Größe und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 27. Oktober 2014 wird die in der Anlage beigeschlossene Novelle der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2015 in Kraft. Die Kundmachung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist wer dagegen? Übt wer Stimmenthaltung? Auch nicht, somit ist dieser Antrag ebenfalls einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

8) Gem-97/14

Gebrauchsabgabeverordnung der Stadt Steyr; Neuerlassung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Punkt behandelt die Gebrauchsabgabeverordnung der Stadt Steyr – die Neuerlassung. Wir haben ja seit 1967 die Möglichkeit als Stadt Steyr eine Gebrauchsabgabe einzuheben auf – ja, die Benützung des Gemeindegrundes und des Luftraumes darüber – für gemeindeeigene Unternehmen. Wir wollen diese Möglichkeit jetzt wahrnehmen im Bereich Gas- und Wassernetz und Handel. Das bringt uns in den Vorteil, dass wir aus einem städtischen Unternehmen Geld, das dort verdient wird – einen kleinen Teil auch ins Budget der Stadt bringt. Für das Unternehmen ist es verkraftbar, wir werden aber dafür den gegenständlichen Reklamebetrieb und eine Gebrauchsabgabe auf den öffentlichen Verkehr herausnehmen. Ich glaube, das ist ein sinnvoller Vorgang und wir haben das auch fraktionell besprochen und waren uns einig. Wir werden diese Gebrauchsabgabe selbstverständlich nur so lange einheben, so lange es den Unternehmen – konkret die Stadtbetriebe Steyr GesmbH – gut geht. Wir haben kein Interesse hier, aus einem Unternehmen was herauszuziehen, was sich das nicht leisten kann. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß den Ausführungen des Amtsberichtes der FA für Präsidiales und Bürgeranwalt vom 06.11.2014 wird die Gebrauchsabgabeverordnung entsprechend der Beilage beschlossen. Diese Verordnung ist an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. Gleichzeitig tritt die Gebrauchsabgabeverordnung 1967 außer Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ich kann Einstimmigkeit feststellen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Nächster Punkt bitte.

9) Präs-349/14

Direkte Demokratie; Einführung einer Bürgerfragestunde.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Punkt hat uns eine Zeit lang beschäftigt – auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, in vielen Gesprächen. Die Einführung einer Bürgerfragestunde. Es ist viel diskutiert worden, viel formuliert, viel umformuliert ... - in Wahrheit ist es jetzt so, dass wir einen Amtsvorschlag oder einen Vorschlag hier haben, der abgestimmt ist, der Konsens gefunden hat und der sich sehr an die Vorlage der Stadt Wels orientiert, die schon einiges – nicht einiges – schon viele Jahre Erfahrung haben mit Bürgerfragestunden. Das war auch in einer Zeit, da habe ich sogar noch in Wels gearbeitet – das ist schon eine kleine Ewigkeit aus. Seit dem gibt es diese Bürgerfragestunde in der Stadt Wels. Sie haben sie erst letztes Jahr novelliert – aus gutem Grund – weil man in der Praxis gesehen hat, dass solche Bürgerfragestunden von dem einen oder von der anderen auch ausgenützt werden, um die Gemeinderäte zu beschäftigen mit Themen, die keine Relevanz haben – nämlich für die Stadt, aus dem eigenen Wirkungsbereich. Bürgerfragestunden auch dazu benützt werden – zumindest in Wels – von Menschen, die sagen, ich möchte mich aber jedes Monat einmal produzieren und in den Schlagzeilen sein. Also, da wurden dann gewisse Regeln neu adaptiert bzw. neu formuliert. Wir sind im Endeffekt in unseren Regeln und in unserer Vorstellung der Bürgerfragestunde – wir haben diese Erfahrungen schon mitberücksichtigt und haben Regeln aufgestellt, von denen wir meinen, dass sie sinnvoll sind und jenen die Möglichkeit bieten, die Fragen haben und die sie hier stellen wollen, auch die Möglichkeit zu geben, dass im Gemeinderat zu tun. Zusätzlich – das betone ich – zu den vielen Möglichkeiten, die jeder Bürger und jede Bürgerin dieser Stadt hat, an alle Steyrer Politiker ununterbrochen Fragen zu stellen – vom Stadtplatz, über die Veranstaltungen, die hier ständig sind, bis zu Terminen im Rathaus, die ja im Endeffekt auch nicht so schwer zu bekommen sind – zumindest bei den meisten, die ich kenne, nicht. Aber wenn wer meint, er soll oder möchte ganz konkret auch im Gemeinderat – öffentlich – in der Sitzung eine Frage stellen, dann soll ihm jetzt diese Möglichkeit gegeben werden. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frech

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Wie sie sich wahrscheinlich noch erinnern können, hat unsere Fraktion im Mai dieses Jahres einen Antrag auf Grundsatzbeschluss für eine Bürgerfragestunde eingebracht, die damals leider von allen Fraktionen in dieser Form als Grundsatzbeschluss abgelehnt worden ist. Wir sind aber drangeblieben und haben uns gefreut, dass es dann in der weiteren Diskussion gelungen ist, dass man doch dazu mehrheitlich gekommen ist, eine Bürgerfragestunde auch in Steyr zu installieren, wie es sie ja in anderen Städten – der Bürgermeister hat es schon gesagt – beispielsweise in Wels gibt, aber auch in kleineren Städten oder Gemeinden wie beispielsweise Kremsmünster. Wir haben uns dann mit diesen Entwürfen auch sehr intensiv beschäftigt und auch gebeten, das eine oder andere abzuändern. Wie gesagt, unsere Vorstellung einer Bürgerfragestellung wäre eine sehr viel breitere gewesen, nämlich, dass die Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit haben, Ideen einzubringen – nicht nur Fragen zu stellen, sondern Ideen einzubringen, Anregungen, Kritik – wie auch immer – und das dem Gemeinderat auch präsentieren können – dem gesamten Gemeinderat. Ja, das ist leider nicht auf mehrheitlichen Konsens gefallen, das ist in einer Demokratie so, man muss Kompromisse eingehen und wir wären da auch bereit, einiges einzugehen an Kompromissen. Wie gesagt, wir hätten es gerne ein bisschen unbürokratischer gehabt, nicht so reglementiert, und unser Zugang war nicht jener von Herrn Bürgermeister, der da auch gebracht hat – ja, das wird dann ausgenutzt und die Bürger wollen sich produzieren – sondern ein eigentlich ein sehr neutraler „schauen wir was passiert“...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wurde in Wels ausgenutzt.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, aber Wels ist nicht Steyr und ich habe einen positiven Zugang – das Glas ist halb voll und nicht halb leer. Ich gehe eigentlich vom Positiven im Menschen aus. Und wenn man dann sieht, dass es nicht funktioniert, dann kann man es immer noch ändern. Gut, es ist jetzt so wie es ist. Was wir allerdings nicht – und wir haben heute schon auch noch einmal darüber gesprochen mit dir – so hinnehmen können, ist eine doch sehr wichtige Formulierung in dem Punkt – nämlich jetzt ist es so, dass der Bürger eine Frage einbringt, seinen Namen und Anschrift angeben muss – das ist auch noch völlig in Ordnung – und die Bezeichnung der Frage – na selbstverständlich. Allerdings ist jetzt drinnen noch immer die Bezeichnung der Person oder Fraktion, an die die Frage gerichtet wird – und ich denke mir, das ist etwas, was man dem Bürger nicht zumuten kann, dass er genau weiß, wer für seine Frage zuständig ist. Aus unserer Sicht interessiert den Bürgern die Beantwortung der Frage – ist überhaupt keine Fragestunde an Politiker – es ist eine Bürgerfragestunde – der Bürger hat eine Frage, die möchte er vom zuständigen Mitglied des Gemeinderates, Stadtsenates etc. beantwortet haben – und das ist schon eine Hürde da hineinzuschreiben, sie müssen auch angeben, an wen die Frage gerichtet ist. Also, wir würden ersuchen, das herauszustreichen – es ist ja sogar uns Gemeinderäten möglich, bei Anfragen – nichts anderes ist es im Endeffekt bei der Bürgerfragestunde – wir Gemeinderäte können Anfragen stellen an den Bürgermeister und können hineinschreiben, mit der Bitte um Beantwortung oder Weiterleitung an den zuständigen Referenten – wir müssen nicht einmal angeben, welcher das ist. Und vom Bürger würde man jetzt erwarten, dass er das weiß – noch dazu, wo wir viele zahlreiche Querschnittsmaterien haben – ich darf nur erinnern – unlängst die Geschichte mit der Busbucht, wo man gemerkt hat, da gibt es möglicherweise verschiedene Zuständigkeiten. Wie soll der Bürger das wissen? Aus diesem Grund stellen wir folgenden Abänderungsantrag – der bezieht sich jetzt – alles andere sind wir bereit, in Kauf zu nehmen – auch mit so manchen Bauchweh, wie der Willi Hauser manchmal sagen würde – aber dieser Punkt ist uns sehr wichtig, weil man sonst die Bürgerfragestunde wirklich enorm bürokratisiert – der Punkt 5 „Die Frage stellt gleichzeitig eine Anmeldung zur Bürgerfragestunde dar und hat den Namen und die Anschrift des Fragestellers und eine konkrete Frage zu beinhalten“ – aus. Und den Passus – die Bezeichnung der Person oder Fraktion, an die die Frage gerichtet wird, ersatzlos zu streichen. Wir haben das – das ist nicht etwas, was uns jetzt eingefallen ist – wir haben das in den Gesprä-

chen mit dem Fraktionsvorsitzenden Willi Hauser auch so artikuliert, dass das für uns ein wichtiger Punkt ist. Wir sind davon ausgegangen, dass das auch berücksichtigt worden ist – kann passiert sein, dass das einfach noch drinnen steht in dieser Version. Wir ersuchen aber bitte, diese kleine Abänderung vorzunehmen, ansonsten würden wir diesem Antrag – so wie er jetzt vorliegt – auch die Zustimmung geben, auch wenn wir hoffen, dass das ein erster Schritt ist und noch mehr Demokratie in Zukunft möglich ist. Herr Bürgermeister, ich darf dir diesen Abänderungsantrag überreichen – er bezieht sich nur auf diesen Passus.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Danke.

Information von Herrn MD Dr. Schmidl dazu, die aber leider nicht verständlich ist, da sie vom Platz aus geführt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Ok, gibt es weitere Wortmeldungen? Allgemeine Debatte.

Diverse unverständliche Diskussionen untereinander.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Direkt Demokratie – Ausbau der Demokratie ist immer eine gute Sache – wird kein Mensch dagegen sein. Allerdings könnte ich mir auch vorstellen, dass wir hier im Hause vielleicht auch zuerst einmal beginnt, bevor wir das beim Bürger ausbauen. Ich habe jetzt vor kurzem festgestellt, dass manche Stadtsenatsmitglieder nur mehr Sprechstunden nach Vereinbarung haben – auch der Kollege Hauser – und vor allem die Bürgermeister... Und das ist ja meines Wissens nach – ich bin ja auch schon lange da in der Gemeinde – schon von vielen Bürgern immer in Anspruch genommen worden – hat zum Beispiel keinen Sprechtag mehr, was für mich nicht ganz nachvollziehbar ist, weil ich kann mich früher erinnern – unter Bürgermeister Leithenmayr usw. – sind im Werk oft Leute zu mir gekommen und ich habe gesagt, in der Angelegenheit gehst du zum Herrn Bürgermeister, rufst an zuerst im Bürgermeisterbüro und sagst, ich möchte gerne einen Termin für ein Gespräch beim Herrn Bürgermeister. Das gibt es jetzt nicht mehr habe ich festgestellt ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Richtig.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Jemand hat angerufen und zuerst ist er einmal gefragt worden, was wollen sie denn überhaupt und dann – schicke ich sie zum entsprechenden Referenten – aber einen Sprechtag beim Herrn Bürgermeister gibt es nicht. Also wenn man auf der einen Seite für den Bürger das ausbaut – was ja ok ist, dann soll man sich, glaube ich, selber daran halten und derartige Dinge nicht abschaffen. Man will ja auch das Ohr am Bürger behalten – kann ich mir vorstellen – wenn man nicht nur mit dem Dienstauto herumfährt sondern im direkten Gespräch mit den Bürgern ein bisschen tratschen kann. Da hat mir heute ein Mitarbeiter zum Beispiel von den Stadtwerken geschrieben, der sich auch sehr beschwert über manche Vorgänge – dass zum Beispiel die Straßenmitarbeiter keine kurzen Hosen mehr tragen dürfen, sie dürfen sich nicht mehr die Hände waschen – und gewisse Grüncontainer darf man in der Früh nicht mehr ausleeren, weil das so einen Wirbel macht und er weiß gar nicht, an wen er sich wenden soll. Vielleicht hat er mir geschrieben, weil ich einmal lange Betriebsrat war – habe da natürlich keine Möglichkeiten im Rathaus. Also ich sage das aus dem Grund – wird das dann auch in Zukunft unter derartige Möglichkeiten fallen, die wir hier heute, jetzt mit diesem Antrag, schafft. Also auch Magistratsmitarbeiter, die offensichtlich sich auch über den Kollegen Schuster sehr beschwerten, weil der ist nie da, der kümmert sich nicht um diese Dinge...kann ihnen dann gerne den Brief geben. Also wäre interessant, ob auch diese Dinge dann, die ja

mehr oder weniger hausintern sind, auch hier abgehandelt werden können oder wie soll das dann in dem Fall geregelt werden?

Diverse Diskussionen untereinander.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf ich nur... weil es so wegen meiner Bürgerfragestunde....Das Erste, was ich getan habe als ich Bürgermeister wurde, ist, dass ich den Sprechtag abgeschafft habe, weil ich ja ein ganz anderes Demokratieverständnis habe – von Anfang an. Es gibt keinen Sprechtag, weil wenn man Sprechtag hat, dann ist am Mittwoch zum Beispiel – wenn am Mittwoch der Bürger nicht dran kommt, ist er am nächsten Mittwoch dran. Zu mir kann jeder Bürger jeden Tag kommen – und das wird auch sehr intensiv genutzt. Also, man kann das schon ein bisschen missverstehen – absichtlich missverstehen. Ich glaube, dass ich mit dem Abschaffen meines Sprechtages die Möglichkeiten vervielfacht habe – nämlich auf sieben Tage in der Woche, nur muss man es halt verstehen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ich kann mich diesen Worten nur anschließen, weil der Bürgermeister ist nicht alleine, der Hauser Willi ist nicht alleine, auch bei mir ist es - mit Ausnahme des Wohnungssprechtages - der Fall. Die Bürgerinnen und Bürger können jederzeit – sogar wenn sie unangemeldet kommen ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Und wenn du einen Sprechtag hast, kann man nämlich nur am Mittwoch kommen oder am Dienstag – das ist ja eine Einschränkung glaube ich. Oder?

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Gut, Kollege Apfelthaler.

Diverse Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wenn ich Zeit habe...

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe auch keinen Sprechtag, ich bin dafür 24 Stunden gesprächsbereit. Ich habe gestern um 23.00 Uhr einen Anruf bekommen wegen den umgeschnittenen Bäumen da in der Schlüsselhofgasse. Ich kann mich auch nicht wehren, ich muss auch was sagen dazu. Also, ich denke mir ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Eichhübl (vom Platz aus).

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Bitte? Nein schon vorher, aber um 23.00 Uhr sind sie erst draufgekommen.

Diverse Diskussionen untereinander und allgemeines Gelächter.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Aber ich möchte eigentlich zu der Bürgerfragestunde etwas sagen. Mir wäre es halt lieber gewesen, aber es steht dann eh unter der Ziffer 12 glaube ich, dass da auch die weibliche Form gilt. Also man braucht halt ein bisschen lang, man ärgert sich halt am Anfang, bis man halt zur richtigen Zahl kommt, wo dann drinnen steht, dass auch die weiblichen ...

UNBEKANNTER ZWISCHENRUF:

Unter 13.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

... unter 13 auch die weiblichen Bürgerinnen gemeint sind. Ich denke mir, Papier ist geduldig. Ich glaube, dass wir erst einmal schauen müssen, wie schaut denn das überhaupt in der Praxis aus. Manche da herinnen werden sich ja noch an die sogenannte „Erinnerung“ erinnern, wo der Bürger oder die Bürgerin die Gelegenheit gehabt hat, bei der letzten Sitzung im Jahr etwas einzubringen. Also ich weiß nicht wie viele das es noch gibt, die sich an sowas erinnern können, aber wir haben das – glaube ich – in meinen 22 Jahren haben wir es glaube ich fünf oder sechs Mal gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ja, unter Anleitung von Mandatarinnen und Mandatare.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja wahrscheinlich, ja wahrscheinlich. Was das anbelangt – lieber Kollege Oppl – ich weiß nur, ich kann mich jetzt ehrlich gesagt nicht mehr erinnern, wann der letzte Beitrag in der aktuellen Stunde war. Herr Bürgermeister, weiß ich nicht, kannst du dich da noch erinnern?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Lange aus, lange aus.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr lange aus. Also lässt nichts Gutes hoffen, aber ich bin grundsätzlich Optimist. Natürlich wollen wir, dass sich die Leute an der Politik beteiligen – in Wahrheit kritisieren wir, dass sie sich überhaupt nicht beteiligen oder ganz, ganz wenig, obwohl sie im Grunde genommen interessiert sind. Ich frage mich halt nur – wir sollten den Gedanken auch ein bisschen weiterspinnen – also wenn dann 10 Leute oder 20 herinnen sind und sich die Beantwortung anhören – da sollten wir uns das auch überlegen – wo und wie wir das machen. Also, da wird noch einige Kreativität gefragt sein. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es weitere Wortmeldungen? Roman – Kollege Eichhübl – Entschuldigung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätzte Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, dass es schon sehr viele Diskussionen im Zusammenhang dieses Antrages gegeben hat und um der Wahrheit die Ehre zu geben muss man schon sagen, dass – so wie ich mich zurückerinnern kann – der Herr Bürgermeister derjenige war, der diesen Anstoß eingeleitet hat zur Diskussion und in weiterer Folge auch zur Vorlage dieses Antrages. Aber es ist ja kein Geheimnis – mehr Bürgermitbestimmung im politischen Alltag und im politischen Geschehen – ist ja eigentlich ein Schlagwort, dass seit geraumer Zeit quer durch die Lande reist und dort und da natürlich Unterstützung findet. So gibt es ja auch auf Landesebene von den unterschiedlichsten Parteien entsprechend positive Signale in Bezug auf mehr Bürgermitbestimmung. Allerdings muss man schon eines sagen – und da hat es ja auch eine Auflistung gegeben, die ich momentan nicht bei der Hand habe – von jenen Gemeinden, die bereits Erfahrung gesammelt haben mit dieser Bürgerfragestunde – und da muss man eigentlich schon feststellen, dass zwar am Anfang dort und da Interesse vorhanden war, aber interessanter Weise immer wieder von den selben Personen, die halt versucht haben – wie der Herr Bürgermeister auch bereits ausgeführt hat – im Licht der Öffentlichkeit dazustehen und irgendwo aber dann hat sich das Ganze dann mehr oder weniger im Sande verlaufen – muss man auch dazu sagen. Aber natürlich werden wir uns nicht verwehren dagegen, dass auch in Steyr die Möglichkeit besteht, durch eine sogenannte Bürgerfragestunde die Bürger dort die Möglichkeit haben zumindest Anfragen zu stellen und – in wieweit das auch dann möglich ist, auch Einfluss auf die Politik zu nehmen – wird sich ja weisen. Die Diskussion – Frau Kollegin Frech – die wir eigentlich grundsätzlich geführt haben und wo auch wir anderer Auffassung waren, war ja jene – und du hast es ja bereits ausgeführt – dass wir unter Bürgerfragestunde tatsächlich eine Bürgerfragestunde verstehen

und nicht etwa, dass jemand kommt und aus seiner Sicht bestimmte Anforderungen stellt – also dort und da muss etwas geschehen oder Finanzmittel müssen dort und da anders eingesetzt werden und dergleichen mehr – dass ist ja dann keine Fragestunde sondern das ist eine Anforderungsstunde von Seiten der Bevölkerung oder Teilen der Bevölkerung. Ich möchte auch zurückkommen auf diesen Abänderungsantrag – aus unserer Sicht – glaube ich oder aus meiner Sicht – kann man durchaus diesem Abänderungsantrag beitreten – es muss ja nicht so – wie du gesagt hast – formuliert sein, so wie es auch jetzt drinnen steht – dass beziehungsweise vor meiner Anfrage genau die Person genannt wird oder die Fraktion genannt wird – das mag durchaus sein, dass das den einen oder anderen überfordert – und daher habe ich kein Problem, dass wir diesem Abänderungsantrag auch die Zustimmung geben – aber im Endeffekt sollte doch die Sache heute beschlossen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Hauser.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also grundsätzlich bin ich froh, dass wir uns hier auf bestimmte Textpassagen und so einigen konnten und auf die Vorgangsweise der Bürgerfragestunde. Wer jetzt wo wieviel beigetragen hat, ist für mich gar nicht so wesentlich, aber jetzt zu dieser Angelegenheit des Abänderungsantrages. Also den Punkt 5 muss ich auch mit dem Punkt 7 zusammenhängend sehen, weil wenn ich den Punkt 7 drinnen habe, dass der fachlich zuständige Referent oder die Fraktion – ein Mitglieder der Fraktion, die diese Frage gestellt bekommen hat – sozusagen eine Antwort geben soll, dann muss ich vorher die Fraktion bezeichnen und das geht – weil die sucht sich ja nicht der Herr Bürgermeister oder sonst irgendwer aus, sondern der Fragesteller soll – wenn er von einer Fraktion etwas haben möchte – dann soll er das auch titulieren. Und ich glaube immer, auf der einen Seiten erzählen wir uns immer wieder, dass wir keine unmündigen Bürger haben, aber jetzt tun wir so, als wie wenn die Bürger nicht wissen würden, an wen sie die Frage richten. Und wenn er sich über irgendwas ärgert und es ist in einer falschen Zuständigkeit, dann war es bei uns noch nie so – auch wenn Fragen an den Herrn Bürgermeister gerichtet – Anfragen an den Herrn Bürgermeister gerichtet wurden – hat er es auch an die Zuständigen weiter geschickt und es ist eine Bürgerfragestunde, die letztlich die Politik in Anspruch nehmen sollte und nicht das Magistrat – daher wird es auch nicht gescheit sein, wenn wir die Frage nur an das Magistrat richtet. Und daher glaube ich ganz einfach, dass an und für sich der Hinweis, eine Person zu bezeichnen oder eine Fraktion, an die man die Frage stellen möchte, durchaus wichtig ist, noch dazu, wenn man es dann in Zusammenhang mit dem Punkt 7 sieht – aber letztlich denke ich mir, wenn der....bevor der Antrag scheitern sollte, werden wir hier keine Fahnenfrage daraus machen. Was mich schon sehr wundert ist, dass wir über viele Dinge diskutiert haben und dass wir auch im Rahmen der fraktionellen Gespräche sozusagen darüber gesprochen haben und - der Herr Gemeinderat Eichhübl Roman hat ja das zuerst gerade auch gesagt, dass es also nicht die Absicht war – und wir haben ja auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz das besprochen zuerst und dann eben in den Fraktionen untereinander auch noch – dass hier dann womöglich dann eine....eine Art Vortrag gehalten werden soll, was man denn nicht alles zusätzlich noch verändern möchte und dergleichen – und dann schreibt unsere liebe Frau Kollegin Frech wieder einmal eine Presseaussendung, wo drinnen steht, dass wir alle Angst haben vor den Bürgern. Also, ich habe mich noch vor keinem Bürger gefürchtet ...

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GRⁿ MMag. Frech vom Platz aus und Gelächter.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ein jeder kann bei mir anrufen, um auch auf die Frage des Kollegen Payrleithner zu antworten. Meine Handynummer steht auf der Homepage der Stadt. Jeder kann mich zu jeder Zeit anrufen. Ich liebe es auch nicht sehr, wenn irgend ein Problem besteht, dass die Leute zu mir ins Büro kommen – ins Amt – sondern ich sage, wo soll ich hinkommen, weil ich will mir

das anschauen um was es da geht, weil bei mir geht es meistens ja umso Geschichten – um den Kollegen Apfelthaler zu zitieren – einen Baum umschneiden, eine Straße ist schmutzig, der Müll liegt irgendwo umher – und daher denke ich mir ganz einfach, dass das gescheiter ist, wenn man sich das anschaut. Daher fahre ich auch zu den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern hin – und ich glaube ganz einfach – also viel offensiver als man das betreiben, kann man es fast nicht machen. Das nächste ist, dass – wenn so zu sagen – jemand ein Ansinnen hätte, dass er irgendwas behandelt haben möchte, dann kann er das auch als Antrag herinschreiben – in der Regel geht das zu den betroffenen Leuten und dann wenn es notwendig ist, wird das auch in Ausschüssen diskutiert, wenn es wirklich um Veränderungen oder Möglichkeiten geht. Also ich denke mir, es gibt viele Möglichkeiten, die jetzt schon gegeben sind – hier gibt es jetzt sozusagen eine Quintessenz oder das Tüpfelchen auf dem I noch drauf, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch hier artikulieren können und ich denke mir – lieber Kollege Payleithner – wenn derjenige, der dir einen Brief geschrieben hat, mit uns da im Gemeinderat über das diskutieren möchte und er ist Bürger der Stadt Steyr, wird das auch nicht verhindert werden. In diesem Sinne ersuche ich doch den Passus drinnen zu lassen, um sozusagen auch den Punkt 7 so umsetzen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Mayrhofer.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Eichhübl – der zweite Antrag – direkte Demokratie; Antrag an den Oberösterreichischen Landtag – der wurde vom Bürgermeister eingebracht – das ist vollkommend richtig. Diese Bürgerfragestunde war eine langjährige Forderung des Wahlbündnisses – vor allem der Kollegin Frech – das muss man einfach so sagen. Aber ich bin schon beim Hauser Willi – da geht es nicht um ein Urheberrecht, was man da ausüben soll. Ich glaube nur es ist schon legitim, wenn man auch sagt – wenn man es persönlich noch viel weiterreichend gesehen hätte. Das ist ein Kompromiss, zu dem wir uns auch bekennen – und das ist gut – das ist der richtige Schritt in die richtige Richtung. Nur, wenn ich mir das jetzt hernehme – von der Kompetenz, wer ist dafür zuständig – da erinnere ich mich an die Meldung, dass die Busbucht in einer falschen Höhe asphaltiert wurde. Und dann hat es auf einmal geheißen – wer ist jetzt zuständig? Ist der Kollege Hauser zuständig? Ist der Kollege Spöck zuständig? Ist der Kollege Zöttl zuständig? Alle drei haben gesagt, ich nicht. Ja, wie soll es der Bürger dann wissen, wenn es nicht einmal der Referent weiß, wer dafür wirklich zuständig ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Er kann ja trotzdem einen Namen drauf schreiben....

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ich ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Name ist ja nicht Kompetenz.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, dass man es einfach verkompliziert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Eh.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Man sollte die Schwelle so niedrig wie möglich machen für einen Bürger – und da geht es ja jetzt auch nicht um eine Geschichte wo man sagt – total Links oder Rechts oder Schwarz oder Weiß. Ich glaube, dass es wirklich keine Rolle spielen würde, wenn man das raus gibt

und sollte der § 7 – was ich nicht glaube – auch noch geändert werden müssen – ja dann werden wir den auch noch anpassen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Danke. Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Noch einmal zurück – wie gesagt, der Kollege Mayrhofer hat es schon angesprochen – mehr wünschen darf man sich ja noch – gerade in der Vorweihnachtszeit. Mit dem, wie es so vorliegt, ist unsere Fraktion bereit mitzugehen. Wir möchten nur wirklich diesen einen Punkt herausen haben, weil er auch ein Widerspruch ist und auch Erwartungshaltungen weckt beim Bürger, die nicht wirklich passen. Erstens einmal nicht nur, dass man nicht immer weiß, wer zuständig ist – ist der nächste Punkt – es richtet jemand die Frage an jemanden, der gar nicht zuständig ist? Beantwortet wird die Frage dann aber – siehe Punkt 7 – vom zuständigen Mitglied des Stadtsenates. Und das muss man auch erst wieder erklären, warum zuerst eine Frage gestellt wird an den Herrn Huber, Mayr, Müller – und in der Beantwortung ist es ein völlig anderer. Und deshalb – wie gesagt – das herauszunehmen, so wie wir es auch in der Anfrage haben. Es wird an den Bürgermeister gerichtet – an die Stadt Steyr – und der Bürgermeister weist diese Anfrage an das zuständige Organ weiter. Wenn jemand tatsächlich unbedingt eine bestimmte Person hineinschreiben möchte, an die er es... von der er es beantwortet haben möchte, dann soll er das tun. Jetzt steht es aber wirklich drinnen „hat zu beinhalten“. Und das halten wir einfach nicht für gut und Willi, du hast es schon angekündigt, dass es für dich keine Fahnenfrage ist – die FP-Fraktion hat auch gesagt, dass sie da mitgehen kann – ich hoffe auch die Grün-Fraktion sieht das so und wir würden uns freuen, das mit einem einstimmigen Beschluss zusammenbringen. Es geht wirklich nur um diese eine Formulierung und dann ist ganz klar – der Bürger stellt die Frage und du als Bürgermeister weist es dem Zuständigen zu und wenn jemand einen Namen hineinschreibt, dann soll er es tun – aber nicht als Pflicht und so wäre es in der jetzigen Formulierung. Würde bitten ...

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Kollege Kaufmann, bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Die befragte Fraktion muss ich dann nennen – sonst gibt es ja keine befragte Fraktion.

Unverständliche Zwischenmeldung von Frau GRⁱⁿ MMag. Frech vom Platz aus.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Kollege Kaufmann ist am Wort.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ich mache es eh kurz. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und werte Gäste und Presse. Über Aufforderung der Kollegin Frech gebe ich auch den Standpunkt der Grünen zu dem Abänderungsantrag bekannt – also mir kommen die genannten Gründe plausibel vor. Niederschwellig war – glaube ich – ein Stichwort. Es macht es dem Bürger einfacher und der Bürgerin einfacher, wenn sie einfach ihr Problem formulieren und uns schreiben und ich glaube, die Kompetenz ist im Haus bei der Einlaufstelle – oder wo immer das dann landet – entsprechend gegeben, um das an die richtige Person weiterzuleiten, wo das hingehört und wo es auch entsprechend beantwortet wird. Die Grünen unterstützen den Abänderungsantrag und grundsätzlich natürlich – und das hat eh der Kurt schon gesagt – das Anliegen, die direktdemokratischen Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu erweitern, ist sowieso ein Anliegen, dass wir teilen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Mir liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Herr Bürgermeister, bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ich möchte es nicht mehr verlängern. Ich sage nur, wenn wir den Punkt – das raus nehmen aus Punkt 6 und den Punkt 7 den Passus „von einem Mitglied der befragten Fraktion“ drinnen lassen, dann ist das nicht nur Sinnstörend sondern ein Blödsinn – weil ich muss eine Fraktion zuerst befragen, wenn ich sie dann befragt antworten lasse. Also entweder nehmen wir jetzt das auch heraus – dann ist das Sinn und dann ist gar nichts mehr störend – weil wenn man hinten „man fragt die Fraktion“ herausnimmt – dann bitte gerne.

Diverse unverständliche Diskussionen untereinander.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Dann möchte ich bitte auch noch etwas dazu sagen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, sag nur. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Kann ich von da auch.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Nein, nein, wegen dem Protokoll, sonst hört man es nicht.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja ist schon klar. Nein, ich glaube es ist keine Diskrepanz zum Punkt 7 – und zwar insofern – wenn ein Bürger weiß, dass er eine bestimmte Fraktion ansprechen möchte, dann schreibt er ja das hinein. Insofern wissen wir das ja und eine allgemeine Anfrage, wo eine Fraktion nicht vorkommt – die ist nicht an eine Fraktion oder eine bestimmte Anfrage ist nicht an eine Fraktion gerichtet – also wir werden das feststellen können, ob eine Fraktion gemeint ist, oder nicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wenn ihr euch sicher seid – mir soll's recht sein.

Allgemeines Gelächter.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir ist alles recht – die Bürger sind am Wort – wir sind sehr gespannt, wie viele sich melden werden – die Chance besteht. Wir werden das auch offensiv bewerben – im Endeffekt beginnend mit Jänner dann. Das war das Schlusswort.

Abänderungsantrag zu Punkt 9) Präs 349/14 Direkte Demokratie; Einführung einer Bürgerfragestunde.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Ad. 5) Der Teil „die Bezeichnung der Person oder Fraktion, an die die Frage gerichtet wird“ wird ersatzlos gestrichen.

Begründung: Es ist dem Bürger/der Bürgerin nicht zumutbar, stets zu wissen, wer wofür zuständig ist, noch dazu wo es zahlreiche Querschnittsmaterien gibt.
Zudem möchte der Bürger/die Bürgerin wohl in erster Linie eine Antwort auf seine Frage und zwar von jener Person bzw. jenen Personen, die dafür zuständig ist/ sind.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag im Sinne des Abänderungsantrages ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand für die Zustimmung.

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:
5 und 7.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nein, 7 bleibt – alle wissen, wie es geht.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ich werde es dann zuordnen und wenn es falsch ist ...

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Gibt es eine Gegenstimme? Stimmenthaltung? Gibt es auch nicht, somit ist dieser Antrag – noch einmal – im Sinne des Abänderungsantrages bezüglich des Punktes 5 einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Nächster Punkt, bitte.

10) Präs-350/14

Direkte Demokratie; Antrag an den OÖ. Landtag auf Änderung des Stadtstatutes (Volksabstimmung, Volksbefragung, Bürgerinitiative).

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nächster Punkt – direkte Demokratie; Antrag an den OÖ. Landtag. Auch das ein Thema, das uns lange beschäftigt hat, wo wir viel diskutiert haben, viel gefeilscht – wo es um Zustimmungsnotwendigkeiten geht. Wir waren uns alle immer einig, dass wir es ein bisschen erleichtern sollen – für die Bürger, was das Begehren einer Volksabstimmung, einer Volksbefragung, einer Bürgerinitiative betrifft. Es findet ja auch seit über einem Jahr auch im Landtag eine Debatte statt, in den Gemeinden, im Städtebund, im Gemeindebund – und überall geht es eigentlich in die Richtung, die Hürden zu senken. In welchem Ausmaß, da scheiden sich die Geister. Da gibt es die verschiedensten Vorschläge. Auch das Land Oberösterreich hat in

dem Ausschuss im Endeffekt sich angenähert, aber in Wahrheit noch keinen Beschluss gefasst. Wir möchten mit diesem Antrag, der auch interfraktionell abgestimmt wurde, im Endeffekt einen Diskussionsbeitrag leisten – uns positionieren – zu sagen, die Stadt Steyr ist der Meinung, für diese drei Dinge werden die im Amtsbericht festgehaltenen Einleitungsbestimmungen jeweils mit 100 Stimmen zum Einleiten und dann die abgestufte eben 2400 Unterstützungserklärungen bei der Volksabstimmung, 1400 Unterstützungserklärungen bei der Volksbefragung und 600 Unterstützungserklärungen zusätzlich bei der Bürgerinitiative. Das wollen wir dem Land OÖ mitteilen mit diesem Beschluss und dann werden wir schauen, was da schlussendlich herauskommt – in wie fern und in welcher Art und Weise dann tatsächlich die Stadtstatute auch geändert werden, weil das ist ein Antrag auf Änderung unseres Stadtstatutes. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Oö. Landtag wird als zuständiger Gesetzgeber ersucht, das Statut für die Stadt Steyr gesetzeskonform wie folgt zu ändern:

1. **§ 67 StS** (Volksabstimmung) soll dahingehend geändert werden, dass zusätzlich zum Recht des Gemeinderates auf Beschlussfassung über die Durchführung einer Volksabstimmung auch der unmittelbare Antrag von gesetzlich stimmberechtigten Einwohnern ausreichend sein soll, wobei das Erfordernis von 100 schriftlichen Einleitungsanträgen erfüllt sein muss, damit Unterstützungslisten beim Magistrat aufgelegt werden. Sofern zusätzlich zu diesen 100 Unterschriften weitere 2.400 gesetzlich stimmberechtigte Einwohner diesen Einleitungsantrag unterstützen, wird die Volksabstimmung entsprechend den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt.
2. **§ 68 StS** (Volksbefragung) soll dahingehend geändert werden, dass zusätzlich zur bestehenden Möglichkeit der Beschlussfassung im Gemeinderat auch auf schriftlichen Einleitungsantrag von 100 gesetzlich stimmberechtigten Einwohnern das Verfahren zur Abhaltung einer Volksabstimmung initiiert werden kann. Diese Initiierung durch 100 Einwohner bewirkt, dass der Magistrat Unterstützungslisten auflegt. Sofern zusätzlich zu den 100 Einleitungsanträgen weitere 1.400 schriftliche Unterstützungen von gesetzlich stimmberechtigten Einwohnern vorliegen, wird die Volksbefragung entsprechend den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt.
3. **§ 69 StS** (Bürgerinitiative) soll dahingehend geändert werden, dass anstelle der 200 Unterschrift in Abs. 3 die Unterschrift von 100 Bürgern und statt dem Erfordernis der Unterstützung von weiteren 1.000 Bürgern in Abs. 6 die weitere Unterstützung von 600 Unterschriften von Bürgern ausreichen soll.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, zu Wort gemeldet ist der Kollege Dr. Zöttl. Bitte Helmut.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat. Es freut uns sehr, dass nun eine Langzeitforderung der FPÖ – nämlich mehr direkte Demokratie auf allen Gesetzgebungsebenen - und somit in den politischen Alltag kommen und dass es jetzt umgesetzt wird. Die Umsetzung der Volksabstimmung, Volksbefragung und Bürgerinitiative unterliegt einer Art Einstiegsbeschränkung, wie wir so eben vom Herrn Bürgermeister gehört haben - nämlich nach den erforderlichen Unterschriften dafür. Ursprünglich waren unsere Überlegungen, was die Unterschriftenanzahl betrifft, niedriger als die, die jetzt im Antrag vorzufinden sind. Wir haben uns aber in mehreren Verhandlungen mit den anderen Fraktionen darauf einigen können, dass der vorliegende Entwurf so in dieser Art und Weise zu Stande gekommen ist. Wir werden daher dem Antrag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Vielleicht zum Thema direkte Demokratie noch ein paar Anmerkungen. Der Kollege Apfelthaler hat es vorher schon bei der Bürgerfragestunde schon angesprochen – das Thema der Erinnerung. Jeder Bürger hat das Recht, einmal im Jahr eine Erinnerung zum Vorschlag zu verfassen. Wir haben selten Erinnerungen bekommen. Warum ist das so? Ich glaube nicht, weil die Bürger keine Erinnerung verfassen wollen, sondern es wird nicht kommuniziert. Im Amtsblatt liest man dazu nichts, man liest nur, dass es eine Einsichtnahme ins Budget gibt, aber nicht, dass der Bürger das Recht hat, Erinnerungen zu verfassen. Ich denke mir, wir sollten auch endlich hergehen, mit den Instrumenten, die es jetzt schon gibt, viel offener umzugehen. So etwas gehört auf der Homepage ganz klar auch beworben. Denn nur wenn der Bürger weiß, dass er das Recht hat, kann er es auch in Anspruch nehmen. Und ich darf nicht daraus schließen, wenn er es nicht an Anspruch nimmt, dass er es nicht will – sondern was ich nicht weiß, kann ich auch nicht tun. Das ist beim Thema Erinnerungen so, das ist in vielen anderen Punkten auch so und darum glaube ich hier beim Thema direkte Demokratie, wenn es dann zu einer Änderung des Stadtstatutes kommen sollte, dass man dieses Instrument auch wirklich kommuniziert. Und nicht nur kommuniziert – und das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt – auch lebt. Wir waren als Fraktion auch nicht besonders glücklich mit den Hürden, die nach wie vor vorhanden sind, weil man doch eine große Zahl an Personen braucht, um diese Instrumente einzusetzen – egal ob es die Volksabstimmung ist, die Volksbefragung oder die Bürgerinitiative – weil es gibt sicherlich viele Themen in der Stadt, die nicht alle berühren und zu diesen Unterschriften zu kommen das ist schon sehr, sehr viel Aufwand und wahrscheinlich auch wieder nur jenen möglich, die über einen gewissen Organisationskreis verfügen, Vorfeldorganisationen von Parteien etc. Für uns war es aber wichtig, dass es wirklich ein Instrument „Direkte Demokratie“ für den Bürger ist. Aber wie gesagt, alles im Leben ist leider eine Kompromissache – die Politik ist da nicht anders und wir haben auch signalisiert, dass wir das zumindest als einen Schritt sehen der Verbesserung gegenüber bisher. Aber zum Thema Leben hätte ich noch eine Anmerkung. Es gab in diesem Gemeinderat erst eine einzige Bürgerinitiative laut Stadtstatut. Das gab es bereits einmal – trotz dieser Hürde mit 200 Unterschriften – 1999. Die einzige Bürgerinitiative laut Stadtstatut. Und wissen sie, was mit der passiert ist? Die hat der damalige Bürgermeister Hermann Leithenmayr zurückgewiesen, obwohl sie alle formalen Kriterien erfüllt hat, weil man sie nicht haben wollte. Es war eine Bürgerinitiative für bessere Buslinien in Steyr. Man ist dann zum Verwaltungsgerichtshof gegangen und hat auch Recht bekommen. Die Bürgerinitiative „Bessere Buslinien für Steyr“ hat Recht bekommen und der Bescheid des Bürgermeisters der Stadt Steyr ist wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben worden. Nur wissen sie, was das Problem dann ist, wenn man so eine Bürgerinitiative zurückweist? Erstens einmal wie viele gibt es, die dann wirklich zum Verwaltungsgerichtshof gehen, weil das kostet – und wenn man verliert, dann muss man das selber zahlen – sprich der Bürger aus eigener Tasche. Und wenn man dann Recht bekommt – und das ist in diesem Fall passiert – ja, dann ist die Bürgerinitiative trotzdem weg, weil es ist nicht so, dass sie dann hier automatisch aufliegt, sondern man müsste sie wieder einbringen – das ganze Prozedere von vorne. Das heißt, mein Appell an sie ist, diese Bürgerinitiative – wenn sie kommt – auch wirklich zuzulassen, sich nicht an Formalismen aufzuhängen oder zu versuchen, das zu verhindern, sondern zuzulassen. Das ist eine – aus meiner Sicht – sehr wichtige Botschaft, nicht Dinge dann zu verhindern, weil man sich thematisch zum Beispiel nicht haben will – und das damals wollte man einfach nicht haben – bessere Buslinien für Steyr als Bürgerinitiative – wie gesagt, das sollte bitte in diesem Haus nie wieder passieren, dass man so etwas zurückweist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wer war denn damals der Initiator der Bürgerinitiative?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Der Initiator dieser Bürgerinitiative war mein ehemaliger Mann Christian Frech, aber das wissen sie wahrscheinlich, Herr Kollege Eichhübl. Sonst noch eine Frage? Ich beantworte sie gerne.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wir haben noch keine Bürgerbefragung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, Schlusswort?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kein Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ich kann die einstimmige Annahme dieses Antrages feststellen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 5

GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

GR Ernst Esterle

GRⁱⁿ Silvia Thurner

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber

GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wir kommen zum Haupttagesordnungspunkt der heutigen Gemeinderatssitzung - Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2015.

11) Fin-100/14

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2015.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf vielleicht gleich damit beginnen – Stichwort Erinnerungen – es sind keine Budgeterinnerungen eingegangen, darf aber dazu sagen, dass der Hinweis und der Aufruf, Erinnerungen einzubringen und die Möglichkeit, dass die besteht, sehr wohl im Amtsblatt kommuniziert wurde, weil wir haben das sehr oft auch diskutiert – das soll geschehen und das ist auch geschehen. Das nur zur Klarstellung und zur Ehrenrettung des Kollegen Dr. Chvatal. Ja, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Uns liegt heute der Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 2015 zur Beschlussfassung vor und mit diesem Budget legen wir schon wieder den finanziellen Rahmen für das letzte Jahr der aktuellen politischen Funktionsperiode. Die Budgets 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 haben wir jeweils mit breiter Mehrheit – 2010 zu Erinnerung sogar einstimmig – beschlossen und ich hoffe, dass das auch im aktuellen Budgetentwurf so ähnlich sein wird. Deshalb, weil auch der Voranschlag für 2015 nach dem bewährten Muster erstellt wurde – wobei Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit sowie die Konzentration auf das Wichtigste und Wesentlichste wiederum die Prämissen bildeten. Natürlich – und das ist ja auch kein Geheimnis – 2015 ist ein Wahljahr und könnte uns ja dazu verleiten, Vernunft und Sachlichkeit ja mal etwas auszublenzen und ein Budget zu schnüren, das eine Reihe von sogenannten Wahlzuckerln enthält – so nach dem Motto – wir erfüllen bestimmten Zielgruppen oder Klientels ihre Wünsche, finanzieren das auf Pump und gehen dann davon aus, dass die Vertreter dieser Gruppen uns dafür am Wahltag auch ihre Stimme geben. Vielleicht aus Dankbarkeit – was auch immer. Damit würden wir aber auch jenen Recht geben oder jene bestätigen, die meinen, die Politiker halten die Wähler für dumm. Wir würden aber auch jene bestätigen oder jenen die

meinen, Wahlkampf wäre die Zeit der fokussierten Unvernunft. Ich kann nur sagen, das Budget für 2015, das uns heute vorliegt, ist kein Wahlkampfbudget – nicht einmal im Ansatz. Es ist viel mehr so wie die Jahre davor – ein Budget, das sich an den Sachproblemen orientiert, für deren Lösung die finanziellen Mittel bereitstellt und gleichzeitig Investitionsschwerpunkte in jenen Bereichen setzt, wo wir gemeinsam meinen, dass wir hier schwerpunktmäßig und perspektivisch größere Summen in die Hand nehmen wollen und sollen. Wir setzen daher mit dem Budget 2015 den schon 2009 gemeinsam eingeschlagenen Weg fort – jenen geradlinigen Weg, der angesichts der wirtschaftlichen Ausgangssituation damals – und daran möchte ich noch erinnern, 2009 war ein Jahr nach der großen Welt- und Finanzkrise, Wirtschaftskrise – alles andere als einfach war. Und die Probleme, die sich speziell auch in unserer Stadt gestellt haben, die es zu bewältigen galt, sind nicht weniger gewesen und auch nicht klein. Wir sind aber – und darauf können wir wirklich gemeinsam stolz sein – wir sind mit großem Elan und ohne ideologische Scheuklappen an die Lösung dieser Probleme herangegangen, haben die Lösungen für die verschiedensten Bereiche gesucht, gefunden und letztendlich auch gemeinsam umgesetzt. Und ich darf ich diesem Zusammenhang nur daran erinnern, was wir alles im Hause Magistrat an neuen Strukturen geschaffen haben, was wir alles gestrafft und umstrukturiert haben. Wir haben Geschäftsbereiche aufgelöst und in Summe von 8 auf nur 6 reduziert. Wir haben im Rahmen dieser Umstrukturierungen auch spürbar Personal reduziert, in dem wir eine Reihe von Posten nicht mehr nachbesetzt haben. Und das nicht nur bei den sogenannten „Kleinen“ – also in den unteren Hierarchien – nein, wir haben ganz bewusst auch in den Führungsebenen Reduzierungen vorgenommen – haben auch hochrangige Positionen in Frage gestellt und nicht mehr nachbesetzt und das Ergebnis waren und sind nicht nur beträchtliche Einsparungen im Personalbereich, die nachhaltig – also auch im aktuellen Budget – wirken. Das Sparen in allen Hierarchieebenen hat ja auch den Ausfluss, dass wir ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit für diese Maßnahmen gewonnen haben und dass sie bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als gerecht wahrgenommen wurden. Wir haben aber nicht nur beim Personal gespart und innerhalb des Magistrates umstrukturiert – wir haben, das für uns bereits wieder ein Stück Normalität geworden ist – auch ganze Bereiche ausgegliedert und daraus Regiebetriebe wie die KBS oder gänzlich neue Unternehmen – wie die Stadtbetriebe Steyr GmbH oder die Steyr Regionalentwicklungs GesmbH gegründet. Wir haben also – um es auf den Punkt zu bringen – schon einiges bewegt in diesen fünf Jahren – gerade auch in Strukturen und in der Organisation – und selbstverständlich sind diese organisatorischen Maßnahmen und Prozesse nie gänzlich abgeschlossen. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir uns hier schon sehr weit in die richtige Richtung bewegt haben und etwas gestaltet haben, was nachhaltig wirkt und was sich nachhaltig positiv auch in den Kosten niederschlägt. Was aber nicht zu letzt – und auch das ist wichtig – sich auch in der Unternehmensphilosophie und in der Unternehmenskultur im Hause Magistrat niedergeschlagen hat und sich dort auch verankert hat. Der Voranschlag für das Jahr 2015 – meine Damen und Herren – ist daher kein Wahlkampfbudget. Er ist vielmehr die seriöse und vorsichtig erstellte finanzielle Vorschau für das kommende Jahr, wo alle Leistungen und Aufgaben finanziell bedeckt sind, die für uns als Stadt ja Gesetz oder per Landesverordnung zu erfüllen sind, wo aber zusätzlich aber auch alle jene Leistungen und Aufgaben finanziell bewegt sind, die wir uns als Stadt selbst auferlegt haben, die wir im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger bringen bzw. erfüllen wollen. Und zwar mit dem Anspruch einer modernen und städtischen Infrastruktur – um diese anbieten zu können – mit dem Anspruch, ein dichtes, professionelles Hilfsangebot im Bereich der Alten- und Pflegeheime zu offerieren – mit dem Anspruch, ein umfassendes und perfektes Betreuungsangebot für unsere Kinder anzubieten – von der Krabbelstube, über die Kindergärten, die Horte bis hin zur schulischen Nachmittagsbetreuung – mit dem Anspruch, auch ein attraktives Sport-, Unterhaltungs- und Kulturangebot für ein möglichst breites Interessentenspektrum von Jung und Alt zu bieten – und nicht zuletzt auch mit dem Anspruch, ein sauberes, gesundes Lebensumfeld für alle Steyrerinnen und Steyrer zu sichern. Das alles – liebe Kolleginnen und Kollegen – ist im Budget 2015 verpackt – offen und transparent – unsere Pläne und Vorhaben für das kommende Jahr finden sich auf Punkt und Beistrich im Budget, sind dort abgebildet und somit bis ins Detail nachvollziehbar. Dieses Budget ist daher – wie jenes andere der letzten Jahre auch – ein mit Zahlen hinterlegter Arbeitsauftrag – für uns in der Politik und

natürlich und vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt. Da liegen nun unsere Arbeitsschwerpunkt unserer Stadt für 2015. Welche finanziellen Schwerpunkte setzen wir für 2015? Was wird fortgeführt und fertiggestellt? Was wird neu in Angriff genommen? Dazu nur einige ausgewählte Beispiele – fortgeführt und bis Herbst 2015 fertiggestellt wird das neue Feuerwehrhaus für den Löschzug 4 Christkindl – wobei 1 Mio. – sie wissen es – werden in den Bau investiert. Man sieht bereits, wenn man vorbeifährt, wie das Haus wächst und nicht nur die bauausführende Firma sondern auch die Feuerwehrkameraden und nicht zuletzt auch die Projektbegleiter der Stadt sind die Garanten dafür, dass hier alles plan- und zeitgerecht weiterläuft und diese Haus termingerecht seiner Bestimmung übergeben werden kann. Fortgeführt und wie vorgesehen bis Ende 2015 vorläufig einmal abgeschlossen wird die dritte und letzte Bauetappe beim Großkanalprojekt Tabor. Nachdem ja die Kanalbauwerke in der Ufergasse und Steinwändweg abgeschlossen sind, erfolgen 2015 die Grabungen in der Kaplangasse sowie anschließend in der Resthofstraße bis zur ehemaligen Reh-Villa, die abgebrochen wird. Alle drei Bauetappen zusammen – da reden wir von einer Megainvestition für den Umweltschutz, auch wenn es in der Erde vergraben ist – aber von rund 3 Mio. Euro. Intensiv fortgeführt und mit einem Zusatzbudget in der Höhe von 300.000 Euro noch einmal aufgefettet wird der Straßenbau, der in Summe beinahe 1,5 Mio. Euro im Budget stehen hat – eine beachtliche Summe und wir arbeiten dabei gezielt nach Prioritäten, wobei uns allen klar ist, dass wir bei einem derartig großen Straßennetz – und wir reden hier von 200 km Gemeindestraßen – wenn man die Bundesstraßen noch dazu zählt, da sind wir nicht zuständig, müssen sie auch nicht richten – sind das 240 km. Rund 200 km haben wir Instand zu halten – dass da nicht alles immer und jede in einem Topzustand sein kann, ist klar – bin aber überzeugt davon und ich bin eigentlich der Einzige, der viel im Land herumkommt und in anderen Kommunen und Städten – und ich bin überzeugt davon, dass der Straßenzustand in unserer Stadt in Punkto Qualität hier sich nicht zu verstecken braucht im Vergleich zu vielen, vielen anderen Kommunen. Fortführen bzw. neu errichten werden wir 2015 und fertigstellen ebenfalls die Fischaufstiege – und ich möchte hier diese leidige Diskussion gar nicht mehr beleben – die Bauarbeiten für die Kuglfangwehr haben bereits begonnen. St. Anna-Wehr – wo wir ja Teil des Wasserverbandes sind und Mitglied sind – und der ganz große Fischaufstieg bei der Spitalmühlwehr werden Anfang kommenden Jahres begonnen und aller Voraussicht nach bis Mitte 2015 fertig gestellt sein. Gesamtinvestitionssumme – das möchte ich schon noch einmal in Erinnerung rufen, wenn man den Fischaufstieg Heindlmühlewehr, den wir ja schon gebaut haben, noch dazurechnet – reden wir von 2,4 Mio. Euro – 10 %, also rund 240.000 Euro kann bzw. kommen aus dem Budget der Stadt. Kommen wir zu einem neuen budgetären Schwerpunkt, auf den wir uns verständigt haben. Ich freue mich auch darüber – wir werden 2015 eine Qualitätsoffensive für und in unseren Pflichtschulen starten. Wir haben dafür in den nächsten vier Jahren jährlich 500.000 Euro zusätzliche Mittel vorgesehen – damit stehen in den nächsten vier Jahren mit jenen Mitteln, die ohnehin jedes Jahr budgetiert wurden – knapp 4 Mio. Euro zur Verfügung, die in die Verbesserung der Raumsituation fließen werden, aber nicht nur – nicht zuletzt auch in die Verbesserung und raschere Modernisierung der EDV-Ausstattung – wie Computerräume, PC's, Beamer und vieles mehr. Neu im Budget für 2015 haben wir auch ein Semesterticket für unsere Steyrer Studenten, die an anderen Universitätsstandorten studieren und dort den öffentlichen Verkehr benützen, die ja jetzt immer noch unter dem Nachteil leiden, wenn sie in der Universitätsstadt nicht Hauptwohnsitz gemeldet sind, dort für die öffentlichen Verkehrsmittel meistens das Doppelte zahlen müssen wie jene, die dort gemeldet sind. Das hat zur Folge, dass sich viele Studenten ummelden, weil sie meinen, sich das Geld damit ersparen können – was ja stimmt. Und wir möchten hier wirklich einen Kontrapunkt setzten – ich sag's auch offen am Beispiel Stadt Wels. Wir haben uns das angesehen, die haben das schon vor 1,5 Jahren eingeführt. Wir wollten die Erfahrungen ein bisschen abwarten und jetzt läuft das schon. Wir wollen das genauso machen, dass jene Studenten, die ihren Hauptwohnsitz weiterhin in Steyr behalten – das wollen wir ja auch, dass sie sich nicht wegen der verbilligten Semesterkarte in Wien, Linz oder Innsbruck ummelden – wir möchten ihnen auf einfache Art und Weise die Differenz, die sie berappen müssen, wenn sie in Steyr gemeldet bleiben und ihren Hauptwohnsitz nicht wo anders haben – diese Differenz wollen wir ihnen finanziell abgelten. Ein konkretes Beispiel – in Wie kostet die Studentensemesterkarte für die öffentli-

chen Verkehrsmittel 150 Euro – wenn du in Wien wohnst, den Hauptwohnsitz hast, zahlst du 75 Euro – unsere Steyrer Studenten in Wien zahlen 150 Euro. Wir möchten ihnen die Hälfte ersetzen und das auf einfache Art und Weise, darauf haben wir uns verständigt und ich glaube, das ist ein sehr, sehr gutes Signal auch für jene, die jetzt zu studieren oder in Zukunft anfangen werden, damit sie sich aus diesem Grund nicht ummelden müssen – im Endeffekt den Hauptwohnsitz in Steyr behalten können und das hätte ja auch langfristig Vorteile, was die Ertragsanteile anbelangt. Aber im Endeffekt geht es um ein Signal an unsere Studenten. Ja, und damit keine Ungleichheit herrscht und die Fachhochschul-Studenten in Steyr keinen Vorteil ziehen, wenn wir sagen, die Benützung des öffentlichen Verkehrs ein bisschen unterstützen und fördern, haben wir auch vor, dass wir für die Fachhochschul-Studenten in Steyr eine eigene Semesterkarte anbieten wollen, die 50 Euro kostet. Jetzt ist es so, dass es verbilligte Monatskarten gibt für die Fachhochschul-Studenten – pro Monat 16 Euro – wir möchten ein Semesterticket machen für 50 Euro. Wenn man die Monate sich kaufen würde, müsste man bis jetzt – bis dato – 80 Euro zahlen, auch das ist im Budget vorgesehen – dafür ist Geld für diesen Zuschuss vorgesehen. Noch ein Punkt – wir haben in Steyr vier Jugendzentren, die von verschiedenen Betreibern geführt werden – verschiedene Trägerschaften, wir haben unterschiedliche Fördersummen jetzt schon gehabt – wir möchten aber diese Jugendzentren generell ein bisschen besser stellen, weil wir sehen, dass sie das Geld nötig haben – weil wir - speziell was das Gewerkschaftsjugendzentrum anbelangt – sehen, dass es kurz vorm Zusperrern ist, dass sie sich keine Halbtagskraft leisten können und eine Halbtagskraft ist in Wahrheit eine 20-Stunden-Kraft - die Grundvoraussetzung, um ein Jugendzentrum dort sinnvoll führen zu können. Wir haben auch hier vor, diese Jugendzentren deutlicher zu unterstützen – in Summe werden momentan die vier Jugendzentren mit einer Gesamtsumme von rund 17.000 Euro unterstützt und wir haben vor, im nächsten Jahr die Beträge deutlich zu erhöhen – und zwar auf in Summe 39.000 Euro. Das ÖGJ-Jugendzentrum soll eine Erhöhung bekommen von jetzt 5.100 Euro auf 15.000 Euro und die anderen drei Jugendzentren, die von anderen Stellen deutlich besser gefördert werden, da soll die Subvention von 3.600 Euro auf 8.000 Euro pro Jahr erhöht werden. Ich sage aber auch dazu, dass alle, die diese Förderung abholen – und das wollen ja auch alle vier – sich bereit erklären müssen bzw. nachweisen müssen, dass sie mindestens drei Tage in der Woche Jugendbetrieb haben und mindestens 50 Stunden Jugendbetreuung auch tatsächlich durchführen – dass ist die Bedingung, die daran geknüpft ist. Zu guter letzt haben wir uns bei den Budgetgesprächen noch darauf verständigt, dass wir uns das Thema einer zweiten Zu- und Abfahrt für den Stadtteil Münichholz konkret anschauen wollen. Verkehrsreferent Dr. Zöttl wird daher im kommenden Jahr – aufbauend auf der von der WAG 2011 in Auftrag gegebene Verkehrsuntersuchung in nordöstlichen Bereich des Stadtteils Münichholz – eine vertiefende Planung in Auftrag geben, die die Möglichkeit einer neuen Straßenaufschließung in diesem Bereich auslotet und uns zum Entscheiden und zum Weitertun auch konkrete Vorschläge inklusive einer Kostenschätzung liefern soll. Das waren jetzt die Neuheiten, die wir verpackt haben in diesem Budget. Ich komme ein bisschen zu den Zahlen. Wofür geben wir denn wie jedes Jahr – so auch 2015 – das meiste Geld aus? Das sind auch immer Fragen, die interessieren. Ich möchte nur zusammenfassen – bei einem dienstleistungsorientierten Unternehmen wie der Stadt mit einer Fülle von Aufgaben, die zu erfüllen sind, ist natürlich der Personalbereich der große Brocken im Budget – das ist nicht verwunderlich und mit 24,77 Mio. Euro sind die Personalkosten im Budget für 2015 eingepreist – das sind 19,6 % des ordentlichen Haushaltes – damit man Vergleichsgröße hat – und das ist durchaus ein Wert, den man herzeigen kann und den man auch gerne mit anderen Städten und Kommunen vergleichen kann. In diesem sehr sensiblen Bereich ist es uns ja in den letzten Jahren – und das möchte ich schon auch hervorheben – man muss sich das alles ausrechnen lassen und die Zahlen dann geben lassen, damit das nachvollziehbar ist – es ist erforderlich, deutlich zu sparen – nachhaltig zu sparen – und das bei gleichbleibend hoher Qualität – und in Zahlen ausgedrückt heißt das folgendes – das wir nicht mehr und nicht weniger als 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwischen 2008 und 2014 im unmittelbaren Magistratebereich nicht mehr nachbesetzt und somit die Dienstposten eingespart haben. Es werden – vielleicht wenn sie sagen – naja gut, aber die Summe – in Summe hat sich da im Magistrat nicht viel bewegt – wobei wir sind bei den Köpfen bei ungefähr 1.000. Das ist schon richtig – nur gibt

es viele Bereiche, die wir nicht steuern können, wo wir massiv Personal aufnehmen mussten – ich sage nur Stichwort Kindergarten, Horte, Integrationsgruppen, Gratiskindergarten – aber bezogen auf den unmittelbaren Magistratsbereich – und da reden wir von ungefähr 330 Personen – haben wir nachweislich 31 Dienstposten – Köpfe, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – eingespart – das sind 9,4 %. Das ist nicht Nichts – das denke ich...ja, da können wir schon mit Recht sagen, dass uns etwas gelungen ist und das sind Kosten, die uns nachhaltig erspart geblieben sind. Natürlich, dass die Personalkosten in diesem Ausmaß völlig gesunken sind – ich habe ja dazugesagt, wir haben ja im Kindergarten- und Hortbereich massiv aufstocken müssen – da reden wir von Aufstockungen zwischen 2008 und 2014 von ungefähr 23 Personen – aber das haben wir sowieso nicht in der Hand, aber wenn wir dort nicht eingespart hätten, wären diese 31 Personen noch immer da und hätten noch zusätzliche Kosten verursacht. Also ich glaube, da ist uns schon was gelungen, was sich herzeigen lässt und was – das ist auch einmal wichtig – sich nachvollziehen lässt und auch nachrechnen – das sind keine Erfindungen. Ja, wofür geben wir als Stadt noch sehr viel Geld aus oder müssen viel Geld ausgeben? Für den Krankenanstaltenbeitrag – und zwar nicht weniger als 8,576 Mio. Euro – eine gewaltige Summe, die sich aufgrund der vom Land durchgeführten Krankenanstaltenreform zwar nur geringfügig erhöht hat in den letzten Jahren, aber insgesamt – und das muss ich immer wieder sagen – eine Größenordnung erreicht hat, die deutlich über der finanziellen Schmerzgrenze für eine Stadt in der Größenordnung wie Steyr liegt. Wir sind aber hier im Endeffekt nur die, die jammern können – ändern können wir es nicht. Es tut doppelt weh, wenn man diese Summen bezahlen muss, wenn man weiß, dass es Bundesländer gibt, die gar keinen Krankenanstaltenbeitrag an ihre Gemeinden weiterverrechnen – wie zum Beispiel das Land Steiermark – also das gibt es auch. Es wäre ja schön - angenommen, wir wären eine Gemeinde aus der Steiermark, hätten am Schlag fast 9 Mio. Euro frei zur Verfügung – da würde uns gemeinsam viel einfallen. Nur die Kosten wären dann beim Land – der Landeshauptmann und Finanzreferent wäre weniger erfreut – aber das nur nebenbei. Nächster sehr großer Budgetposten – die Jugendwohlfahrt – wie immer ein großer Posten – 4,84 Mio. haben wir dafür ins Budget schreiben müssen. Ebenfalls nur mehr leicht steigend die letzten Jahre – da ist uns auch einiges gelungen, weil wir viele Dinge jetzt selbst mit den eigenen Fachexperten leisten können und nicht mehr alles fremdvergeben – aber auf einem unglaublich hohem Niveau hat sich das festgesetzt. Ja, der größte Anteil dabei – damit man weiß, wovon man da redet – das sind die Einzelschicksale – wir reden hier von Heimunterbringung für Jugendliche – für Kinder und Jugendliche – die aus problematischen Familien herausgenommen werden müssen, weil es anders nicht mehr geht – zu ihrem eigenen Schutz. Dafür sind ungefähr 2,8 Mio. Euro im Jahr notwendig, gefolgt von der ambulanten Betreuung mit den Betreuungskosten für Pflegekinder. Eine Steigerung zwischen 2000 und 2015 – nur damit wir eine Zahl haben – um mehr als 100 %. Auch als Spiegelbild, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt hat – und in diesem Bereich leider nicht zum Besseren. Unsere Kinderbetreuung habe ich ja schon angesprochen – 4,66 Mio. Euro nehmen die Stadt 2015 für die Kinderbetreuung in den städtischen wie auch in den privaten Kindergärten und Horten auf – auch die Krabbelstuben zählen da dazu – 1,4 Mio. davon – von diesem Betrag – von diesen 4,66 – sind nur die Mehrkosten für den Gratiskindergarten. Der Stadt Steyr hat die Einführung des Gratiskindergartens – ich sage nur zur Erinnerung – das Land Oberösterreich, alle dort vertretenen Fraktionen, inklusive meiner – haben gesagt, das ist ein Nullsummenspiel – die Städte und Gemeinden, die schon viele Einrichtungen haben, werden dann mit Plus-Minus Null aussteigen. Für die Stadt Steyr – und wir haben ein tolles Angebot immer gehabt, was die Kinderbetreuungseinrichtungen anbelangt – die Mehrkosten betragen für uns jährlich 1,4 Mio. Euro – es hilft dir niemand, es ist zu zahlen, das ist da und die Kinder sind da...ich sage es nur, dann ist es wieder einmal festgeschrieben und auch im Protokoll festgehalten - und bei diesen Kosten schlagen sich natürlich auch die von mir vorher schon erwähnten 23 Dienstposten nieder, die notwendig waren, um hier die Leistungen erbringen zu können – vor allem, was die Integration anbelangt – das ist etwas, was mehr Personal erfordert, aber eben auch die erhöhten Anforderungen an die Kommunen generell auch – mehr Kinder im Kindergarten. Gut, das habe ich schon gesagt...Dazu passend – ich habe dazugeschrieben Stichwort – ein aktuelles Schmankerl, wie das Land Oberösterreich die Kosten auf die Kommunen abschiebt. Bis vor kurzem haben die Kosten für die Tages-

mütter und für diese wertvolle Arbeit der Menschen, die sich da um fremde Kinder annehmen, für die Stadt 55.000 Euro betragen. Dann hat das Land Oberösterreich gemeint, die Tarife für die Tagesmütter, die gehörten ein bisschen angehoben – unterstreiche ich, bin ich dabei oder wären wir gerne dabei – Ergebnis, seit kurzem zahlt die Stadt für dieselbe Leistung 125.000 Euro – also um 70.000 Euro mehr. Der Grund ist, die Tarifierhöhung wird abgewälzt – das Land Oberösterreich zahlt auch ein bisschen mehr – hat sich aber seinen Beitrag gedeckelt – und das was mehr herauskommt, wird durch die Gemeinden dividiert und die Städte – Ergebnis ist 70.000 Euro mehr für die Stadt Steyr. Und das bekommt man zugeschickt und das ist – ja, und das ist wirklich Alternativen los – weil du hast das zu bezahlen. Gut – weiteres Beispiel für den Bereich der Sozialhilfe – pro Altenheime müssen wir für das kommende Jahr wieder deutlich mehr budgetieren – und zwar exakt 4.016.000 – das sind um 400.000 Euro mehr als noch im Vorjahr – was zum Großteil – und ich sage leider – auf die noch immer steigende Anzahl der Anspruchsberechtigten auf der Mindestsicherung zurückzuführen ist. Die Kosten sind in diesem Bereich wirklich explodiert – da übertreibt man nicht – zwischen 2002 und 2015 ist dieser Budgetposten um 134 % gestiegen und explodiert. Gut, nächstes Beispiel für die ganz großen Budgetbrocken im Bereich Altenpflege mit unseren Altenheimen - knapp 9 Mio. Euro haben wir dafür bereitgestellt – müssen wir dafür bereitstellen – für die perfekte Pflege. Dafür, dass die Menschen hier in Würde alt werden können. Hier macht sich auch der Pflegefond recht positiv bemerkbar – das muss man sagen. Wobei auch hier gilt – mit 9 Mio. Euro pro Jahr für eine Stadt in dieser Größenordnung – die Finanzdimension hat längst Grenzen erreicht, die man – ja, bald kann man das nicht mehr finanzieren. Gut – und dann passt dazu – wir haben vor Kurzem eine Vorankündigung mittels Erlass des Landes Oberösterreich – eine Vorschreibung bekommen – aus dem Chancengleichheitsgesetz. Da entstehen dann für die Stadt Steyr – das ist schon für 2015 – zusätzlich 545.000 Euro - die für diesen Bereich an das Land zu überweisen hat. Das heißt zum einen, dass sich unser Kostenanteil für 2015 von 3.815.000 auf 4.159.000 erhöht – das sind stolze 344.000 Euro. Damit aber nicht genug – uns werden vom Land auch noch über 200.000 – nämlich exakt 202.100 Euro – für die Vorjahre in Rechnung gestellt. Wir bekommen also noch eine Rechnung im Nachhinein mitgeschickt und dann wird es schön langsam wirklich grotesk – es ist ja – auch auf das Stichwort vom Konsultationsmechanismus auslösen – es hat eine Vereinbarung gegeben zwischen Land, Städtebund und Gemeindebund, wo darin festgeschrieben wurde, dass Erhöhungen in diesem Bereich maximal um die Erhöhungen des Index sein kann. Mittlerweile – das ist eine Erhöhung von fast 7 %. Alles obsolet – es hält sich kein Mensch mehr an Verträge – wenn's Geld zu Ende ist, werden die zur Kasse gebeten von denen man glaubt, sie haben es noch. Wie gesagt – und vor allem, dass wir im Nachhinein – dass man noch etwas zahlen soll für Leistungen, die schon erbracht wurden, ist überhaupt völlig unverständlich, wenn man weiß, dass es eine Vereinbarung zwischen Land, Städte- und Gemeindebund zu diesem Thema gegeben hat. Aber Faktum ist – 545.000 Euro aus dem Bereich der Chancengleichheit. Und damit man mich nicht missversteht – dass aus dem Bereich Chancengleichheit und gerade die Behindertenbetreuung – dass wir hier in Oberösterreich und nicht nur in Oberösterreich – noch genug zu tun haben und dass hier das Geld gut angelegt ist, steht überhaupt außer Frage. Selbstverständlich, es warten Hunderte auf neue Betreuungsplätze. Das Geld ist notwendig, aber es geht wie immer darum, wer zahlt wieviel und wer wird zur Kasse gebeten und auf welcher Rechtsgrundlage. Ja, und zu dieser Grundhaltung, dass man Kosten seitens des Landes an die Kommunen – nicht nur an die Stadt Steyr aber vor allem auch weil es uns trifft – abschiebt, passt mein Dauerthema – unser Dauerthema – der Negativsaldo. Das heißt, wie viel Transferleistungen gehen an das Land Oberösterreich? Wie viel Transferleistungen innerhalb eines Jahres gehen an Steyr zurück? Wir haben mittlerweile die 15 Mio. Euro Grenze erreicht. Der Negativsaldo zu Lasten der Stadt zwischen diesen zwei Polen sind 15 Mio. Euro – letztes Jahr waren wir bei knapp 14,5 – mittlerweile sind wir bei 15 Mio. Das heißt, es wird immer noch mehr und man weiß schon gar nicht mehr, wie man das darstellen kann und soll. Gut - zu den konkreten Budgetsalden – komme eh schon langsam zum Schluss. In Verbindung mit dem Abänderungsantrag, der ihnen jetzt vorliegt, weist der ordentliche Haushalt für das Budgetjahr 2015 Einnahmen in Höhe von 121.372.500 auf sowie Ausgaben von 126.340.200 – das ergibt einen budgetierten Abgang, ein Jahresminus von 4.967.700. Damit können wir

den Abgang gegenüber dem laufenden Finanzjahr um knapp 1,3 Mio. reduzieren. Wir sehen also, die Linie geht nach unten – unser Minus wird weniger und wir finanzieren unser Budget im Endeffekt aus den größten Einnahmepositionen. Ich möchte nur zwei nennen, damit man weiß, wo das meiste Geld für uns herkommt. Die größte Einnahmequelle, das sind die Ertragsanteile. Das ist unser Anteil an den Bundessteuern, da haben wir für 2015 43,33 Mio. budgetiert. Und auch hier wieder zu dem was wir im Spätherbst in den Budgetunterlagen budgetiert haben, aus der damaligen Sicht und aus der damaligen Expertise der Wissenschaftler vom WIFO und IAS – das ist schon wieder alles nichts mehr wert. Heute sagen die Wirtschaftsforscher - das geht alles zurück und das nächste Jahr wird wieder gar nicht so, wie wir meinen oder wie sie noch im Herbst gemeint haben. Daraufhin gibt es einen Erlass der Landesregierung, die sich ebenfalls logischerweise an das hält, was die Auguren da sagen, dass es da wahrscheinlich doch nicht so gut wird oder ein bisschen schlechter. Für uns hat das im Budget geheißen, dass wir wieder 1 Mio. aus dem Budget herausrechnen mussten, weil wir uns ja nicht den Vorwurf machen lassen wollen, dass wir zu positiv budgetieren. Ich möchte aber erinnern daran – ich habe es letztes Jahr auch schon gesagt – diese hochdotierten Institute haben in den letzten zehn Jahren keine einzige richtige Wirtschaftsprognose abgegeben - keine einzige. Man muss sich das einmal vorstellen. Es war alles falsch und es war immer falsch im Sinne Negativvorschau falsch – es war die Jahre – mit Ausnahme 2008 - da war es auch falsch, aber da ist es noch viel schlechter gekommen – war alles falsch und immer mit der Blickrichtung vor lauter Angst, das wird vielleicht doch nicht so werden. Letztes Beispiel voriges Jahr – ebenfalls kann ich mich erinnern – haben wir gesagt, wir müssen unbedingt im Budget noch aus dem Ertragsanteil mindestens 1 Mio. herausnehmen, weil die Vorschauen sind schlecht – wer weiß, wie das Wirtschaftsjahr laufen wird. Wir sind – oder unsere damals getätigte Budgetvorschau – unsere Zahlen – wären richtig gewesen. Das, was wir budgetiert hätten – was wir dann nicht haben, weil wir gesagt haben, das nehmen wir raus – ist dann auch eingetreten. Das heißt, es ist nicht so schlecht geworden, wie die gesagt haben – aber, wir bleiben auf der sicheren Seite. Ich möchte es nur erwähnen, weil das ja auch mitspielt in unseren Hoffnungen, wie das Budgetjahr oder der Rechnungsabschluss dann wieder tatsächlich ausschauen wird. Es wird fast immer viel, viel – oder zumindest spürbar besser, wie die Auguren und wie die großen wissenschaftlichen Vorhersager dann im Endeffekt das oft prognostizieren. Zweithöchste Einnahmequelle der Stadt – auch ein wichtiger Punkt - Kommunalsteuer. Auch das ein Bereich, wo wir eigentlich ganz gut dastehen – nicht zuletzt wegen der großen Industriebetriebe, die wir haben. Wir haben... das ist die Anzahl oder spielt die Anzahl der Gehälter und der Steyrer Beschäftigten eine Rolle. Und als Kommunalsteuer haben wir 2015 vorerst einmal Einnahmen in Höhe von 24 Mio. angesetzt – ein schöner und stolzer Betrag – wir sind froh, dass wir den haben. Ich bin mir ziemlich sicher – und auch der Herr Finanzdirektor – dass diese Zahl auch wieder übertroffen werden wird. Aber auch hier sind wir eher auf der sicheren Seite – also die 24 Mio. – da muss schon eine Weltwirtschaftskrise eintreten, dass wir die nicht erreichen werden und übertreffen. Aber wir haben jetzt einmal die 24 Mio. stehen. Gut, ich komme schon zum außerordentlichen Haushalt. Ein wichtiger Punkt auch für eine Stadt. Ich habe es zuerst in den Anmerkungen schon gesagt – wir wollen ja uns nicht zu Tode sparen – wir müssen ein gutes Maß finden zwischen investieren und sparen – und ich glaube, das haben wir gefunden und mit einem außerordentlichen Haushalt in der Höhe von 9.546.100 glaube ich sind wir da richtig dabei. Die großen Dinge habe ich schon angesprochen. Wofür geben wir das Geld aus? Ja 3 Mio. Straßenbau, Kanalbau usw. Bauabschnitt – habe ich schon gesagt – Feuerwehrhaus Christkindl ist finanziert, die Fischaufstiege werden finanziert, Sanierungsarbeiten habe ich gesagt. Ja, das ist der außerordentliche Haushalt, wo wir auch meinen, dass wir einen Beitrag – einen Investitionsbeitrag – leisten auch für die heimische Wirtschaft. Gut. Wie finanzieren wir das Gesamtvolumen von 9 Mio.? Ich denke, das ist auch eine Größenordnung, die wir uns leisten können – nicht zuletzt auch, weil momentan auch die Zinsenlandschaft relativ niedrig sind – ich darf vielleicht noch sagen, wen es interessiert – wir finanzieren uns derzeit beispielsweise mit täglich Geld – Zinssatz 0,6 %. Also in Wahrheit unglaublich, das Geld wird einem fast nachgeschmissen. Wir geben trotzdem mehr aus als wir müssen – aber es ist fein, wenn diese Zinsenlandschaft so niedrig ist und niedrig bleibt. Und nur zur Erinnerung – das letzte langfristig Darlehen, das wir aufgenommen haben und auch

hier beschlossen haben - für 10 Jahre Laufzeit fix - das beträgt 2,56 % und es hat nicht den Anschein, dass die Kreditangebote für nächstes Jahr wesentlich schlechter sein werden. Ja und wenn es um Kredite geht, dann sind wir auch beim Lieblingsthema nicht nur der Journalisten, sondern generell auch der Menschen draußen – die sagen – ja wie ist denn der Schuldenstand? Wieviel Schulden hat denn die Stadt Steyr? Und da kann ich ihnen sagen, wir haben zum vierten Mal ein Budget hier vorliegen, wo keine Netto-Neuverschuldung da ist – die Stadt Steyr macht zum vierten Mal hintereinander keine Schulden mehr – wir tilgen mehr Kredite, wie wir aufnehmen – im konkreten Fall für 2015 haben wir eine Reduktion des Schuldenstandes um 600.000 Euro vor. Nur zur Erinnerung – vor kurzem wurde das Landesbudget in Oberösterreich beschlossen – Neuverschuldung 55 Mio. Euro. Ich will das gar nicht werten, das ist ein riesen Niveau. Aber – wir zum vierten Mal keine Neuverschuldung. Gott sei Dank, wir sind auf Kurs und das soll auch so bleiben und wir haben in Wahrheit Darlehensaufnahmen von 6,08 Mio. vorgesehen und Darlehensrückzahlungen in Höhe von 6,67 Mio. Und der Schuldenstand – damit wollte ich eigentlich beginnen – der Schuldenstand beträgt 63.812.900 – wie gesagt, um 600.000 Euro weniger....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Plus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Plus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Der Schuldenstand der Stadt...dazu...dazu können wir – und da kann man dann dieses Spielchen machen - wie vergleicht man was – dazu kommen noch die APS, also unsere Alten- und Pflegeheime, die KGS – und da sind wir dann im Endeffekt beim Wert von ungefähr 87 Mio. Euro. So ist es – aber das ist die Wahrheit. Wir haben auch nichts zu verstecken. Aber ganz wichtig – wichtiger Punkt, weil der Hinweis kommt „Plus, Plus, Plus“ – alleine mit den letzten Investitionen der Jahre – und ich nenne oder bringe in Erinnerung, weil das alles schon wieder dort steht und weil man sagt, ja das ist eh alles geschehen. Wenn wir.....die Volksschule Resthof, die drei neuen Alten- und Pflegeheime, das Reithoffergebäude – und wenn wir das zusammenrechnen, dann sind wir alleine mit diesen paar Gebäuden und mit diesen Investitionen in die Infrastruktur bei einem Gegenwert – und das ist immer wichtig zu sehen – nur die alleine, nur diese von mir genannten Beispiele – haben einen Gegenwert von 59 Mio. Euro. Und ich sage da jetzt wirklich – ich habe es ja nicht immer so mit den Experten – aber da bin ich schon bei den Experten die sagen, wer meint, dass Schuldenmachen per se schlecht ist, der versteht überhaupt nichts. Schulden machen, wenn es für Infrastrukturmaßnahmen ist, für Einrichtungen einer Stadt, die von über Generationen genützt werden, dann ist das gescheit und seriös und nichts Böses. Und wir tun das, wir tun nichts anderes. Wir haben in den letzten Jahren keinen Euro für Dinge aufgenommen, Schulden eingegangen, die wir nicht wirklich brauchen. Es waren alles Dinge, die nachhaltig wirken, die im Endeffekt wirklich einen realen und sichtbaren Gegenwert darstellen, das lässt sich rechnen, weil zu den 59 Mio., die ich da jetzt schnell zusammengerechnet habe, kommen ja die Kanalinvestitionen und, und, und. Also, da ist man schnell auf diesen 60 bis 70 Mio., die nur in den letzten Investitionen, die letzten 5 – 7 Jahren an Gegenwert geschaffen wurden. Ich glaube, das ist auch bei der Betrachtung sehr, sehr wichtig. Ja, ich komme zum Schluss. Wir haben beim Budget 2015 ein Minus von 4,9 Mio. Euro budgetiert. Wenn man jetzt davon ausgeht – und wir haben ja schon fast alle Zahlen – dass wir für das Budgetjahr 2014 im Rechnungsabschluss höchstwahrscheinlich knapp bei der schwarzen Null landen werden und damals für 2014 – oder aktuell 2014 – ja ein Minus von 6,2 Mio. budgetiert gehabt haben. Dann ist es glaube ich nicht unwahrscheinlich – und ich würde sagen, ich gehe fast sicher davon aus, dass wir für 2015, wo wir 4,9 Mio. Minus budgetieren – wie schon gesagt – extrem vorsichtig – kaum Steigerungsraten bei Ertragsanteilen und bei den Kom-

munalsteuern drinnen. Wenn wir...und dass wir 2015 bei der schwarzen Null landen werden. Wir werden 2015 beim Rechnungsabschluss die schwarze Null stehen haben – ich bin mir ziemlich sicher – und ich glaube, das ist eine Geschichte, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Es war ein langer Weg und in schwierigen Zeiten – von 2009 bis 2015. Aber ich glaube, der Weg war richtig und wir sind ihn gemeinsam gegangen und wir haben ihn auch keinen Millimeter verlassen – und das soll auch so bleiben. Und dafür bedanke ich mich einmal vorerst bei allen – und ein letzter und ganz großer Dank selbstverständlich nach so einem Budget – nach so einem Budgetjahr – ein großes Dankeschön an die Finanzabteilung – speziell auch dem Herrn Mag. Lemmerer und sein Team – ein ganz großes Danke für die professionelle Aufbereitung und Erstellung des Voranschlages, aber auch ein großes Danke an dich persönlich – lieber Helmut – für deine Bereitschaft, immer und auch zu schwierigen oder außer Bürozeiten - für die anderen Fraktionen da zu sein und zu erklären und darzulegen – das ist auch etwas, was keine Selbstverständlichkeit ist. Vielen Dank und ich ersuche nun den Vorsitzenden um Diskussion des Budgetentwurfes für 2015.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Danke.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Vorerst einmal recht herzlichen Dank für deine Ausführungen. Zu deinen Ausführungen kann ja fast nicht vorstellen, dass es zu diesen Ausführungen noch irgendein Kommentar dazu gegeben wird, weil das wirklich äußerst erfreulich war. Aber nichts desto trotz – der Kollege Zöttl hat sich zu Wort gemeldet. Helmut, bitte.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:
Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat. Wie wir alle wissen und auch schon vom Herrn Bürgermeister gehörte haben, ist es das letzte Budget im kommenden Wahljahr – vor dem kommenden Wahljahr 2015 – und kann in einer gewissen Art und Weise auch als Zeugnis für eine Legislaturperiode gesehen werden. Selbstverständlich kann man es sowohl sachlich wie auch wahltaktisch betrachten. Wir von Seiten der Freiheitlichen haben uns das heutige oder die heutige Entscheidung betreffend dem vorliegenden Budget sicherlich nicht leicht gemacht. Wir haben in zahlreichen Sitzungen das sehr umfangreiche Werk durchgearbeitet. Dabei stand uns der Herr Finanzdirektor Mag. Lemmerer zur Verfügung – danke an dieser Stelle für diese Tätigkeit – danke. Bei Vorgesprächen mit dem Finanzreferenten Bürgermeister Hackl haben wir auch einen langjährigen Wunsch von uns Freiheitlichen abermals vorgeschlagen – nämlich das Budget in einzelnen Kapiteln abzuhandeln und auch zu beschließen, um damit mehr Entscheidungsspielraum und Transparenz in die einzelnen Teilbereich zu bekommen. Leider ist uns dieser Wunsch nicht angenommen worden, obwohl dies in Linz oder auch beim Land Oberösterreich so gängige Praxis ist. Wäre nämlich eine kapitelweise Abhandlung möglich, so würden wir einige Bereich mit Sicherheit nicht...mit Sicherheit ablehnen. Das wäre zum Einen der Bereich Kultur – nicht etwa weil wir gegen Kultur oder das kulturelle gesellschaftliche Leben sind, sondern weil es hier Bereiche gibt, wo wir der Meinung sind, dass damit parteipolitisch motivierte Institutionen über die Maße gefördert werden. Wir erleben ja gerade ein Beispiel, im Speziellen spreche ich hier das Museum Arbeitswelt an. Alleine...das alleine von der Stadt Steyr mit über 165.000 Euro gefördert wird. Dieser Verein wird nicht nur von der Stadt Steyr sondern auch von anderen Stellen gütigst unterstützt. Aber auch den Verein Röda, der mit über 60.000 Euro gefördert wird – um nur einige Beispiele zu nennen. Hier wird sehr viel Geld ausgegeben, welches wir eigentlich nicht haben. Nebenbei bemerkt, besteht somit auch ein Ungleichgewicht und eine Ungleichverteilung gegenüber anderen kulturellen Bereichen. Zum anderen ist es der Sozialbereich, der unserer Meinung nach so nicht die Zustimmung bekommen würde. Nicht etwa, weil wir unsozial sind oder kein Verständnis für Bedürftige und auch ältere Menschen in unserer Stadt und in unseren Altenheimen haben. Nein, weil wir sehen, dass es auch hier Teilbereiche gibt, wo sehr großzügig mit Geld umgegangen wird. Unser geschätzter Herr

Bürgermeister hat erst unlängst in einem Interview sehr trefflich gesagt – der Sozialbereich ist ein Fass ohne Boden. Das sehen wir auch so – und genau deshalb müssen wir handeln. Richtiger noch – wir sind auch zum Wohle unserer Gesellschaft verpflichtet, hier einen Boden einzuziehen. Hier ist kein Platz für Experimente wie der Ankauf teurer Elektrofahrzeuge und dergleichen. Manches Mal habe ich auch den Eindruck, dass der Sozialbereich – das Angebot die Nachfrage bestimmt. Zum Beispiel wurde im letzten Sozialausschuss die Zahlen der bedarfsorientierten Mindestsicherung vorgestellt. In den drei Statutarstädten wurde der Anteil der Bezieher der Mindestsicherung gemessen an der Anzahl der Einwohner verglichen. Das hat für uns ein erschreckendes Ergebnis gezeigt. Linz hat 1,57 %, Wels 1,75 % und Steyr sagenhafte 3,46 % und liegt damit doppelt so hoch – mehr als doppelt so hoch – als Linz. Vergleicht man dabei die Entwicklungen der letzten Jahre, so ist – in den letzten vier Jahre eigentlich – so ist seit 2011 die Anzahl der Bezieher von 896 auf 1.469 Personen angestiegen. Was zur Folge hat, dass die Kosten von 2,85 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro angestiegen sind. Das sind um 1,15 Mio. Euro mehr. Das ist wirklich besorgniserregend. Interessant erscheint mir hier aber die Geldbeträge, die eigentlich linear zur Anzahl der Bezieher steigen müssten – das machen sie aber nicht. Worauf ist das zurückzuführen? Werden hier etwa Verwaltungskosten eingerechnet? Ich möchte das hier nur als Fallbeispiel anführen um zu zeigen, dass hier in Zukunft noch viel genauer hingesehen werden muss. Der ganze Sozialbereich verschlingt überproportional viel, was wir in allen Ecken und Enden spüren. Ich weiß, jetzt kommt sicher das Chancengleichheitsgesetz, das ein gewaltiges finanzielles Loch als Begründung aufreißt. Aber wir sehen auch andere Bereiche. Das alles bedarf einer dringenden Überprüfung durch die Verantwortlichen – möglicherweise auch durch externe Spezialisten, wenn es anders nicht möglich ist. Wir sehen aber auch noch immer steigende Ausgaben – so wie den Gesamtschuldenstand – wie wir gerade gehört haben von fast 90 Mio. Euro, der eine drückende Last auf die Stadt Steyr darstellt. Es kann aber auch nicht sein, dass versucht wird, über Gebühren- und Tarifierhöhungen, so wie es heute schon gesehen haben, die Finanzsituation für Steyr zu verbessern und das zu Lasten der Steyrer Bürger. Die wirtschaftliche Entwicklung ist nicht abzusehen, die Arbeitslosenzahlen steigen und das nicht nur bei uns in Steyr, sondern Österreichweit auf ein besorgniserregendes Ausmaß. Wir von Seiten der Freiheitlichen möchten aber nicht nur negative Beispiele aufzählen. Es haben sich auch viele Bereiche dank intensiver Bemühungen positiv entwickelt. Schaut man in andere vergleichbare Städte, die erst jetzt mit diversen Einsparungen beginnen, so sieht man, dass der von uns schon im Jahre 2009 angefangene Reform- und Sparwille wie bereits gehört dort und da Früchte trägt. Wir haben daher in den vergangenen fünf Jahren auch einiges erreichen können und es ist erfreulich, dass die SPÖ als Mehrheitsfraktion diesen von uns schon in der letzten Wahlperiode immer wieder geforderten Kurs eingeschlagen hat. Wir befinden uns in einer finanziellen gesellschaftlich schwierigen Zeit. Daher muss in vielen Bereichen der Gürtel enger geschnallt werden. Dazu muss Steuergeld zweckmäßig und sparsam eingesetzt werden. Dafür müssen wir mit den begonnenen Reformen und Einsparungen weitermachen. Dies darf aber auch bei jenen Bereichen, welche für die Mehrheitsfraktion unangenehm sind, nicht aufhören. Leider wurden in den vergangenen guten Jahren in der Stadt aber auch in anderen Gemeinden und Ländern verabsäumt, zu sparen. Und somit gibt es fast keine finanziellen Handlungsspielräume mehr. Als doch noch eher junger Politiker vergleiche ich die Situation oft so – es ist, als ob jemand einen Hof erbt, der mit Schulden behaftet ist. Es bleiben nur drei Möglichkeiten – entweder, man wendet sich ab, ignoriert den Zustand bis zum schlimmen Ende oder wählt die dritte Möglichkeit und entscheidet sich, dass schwere Erbe anzutreten und zum bestmöglichen Ergebnis zu finden. Der Sparwille wurde auch von uns getragen und wir sind in unserem Ressort trotz geringer Mittel sehr zweckmäßig und sparsam mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln umgegangen. Beispielsweise haben wir vier Jahre auf einen bereits fertiggestellten Radwegelückenschluss unterhalb der Werndlkreuzung hin gespart und diesen erfolgreich umsetzen können. Wir müssen aber auch in die Zukunft blicken. Es gibt auch in der übergeordneten Verkehrsführung wichtige Punkte. So ist uns die Westspange ein absolutes Muss, welches wir unbedingt weiter verfolgen und umsetzen müssen. Aber auch die vom Finanzreferent bereits angesprochene zweite Verkehrsanbindung des großen Stadtteiles Münchenholz ist uns ein wesentliches Anliegen, zu einer guten Infrastruktur in unserer Stadt. Daher freut es mich als Ver-

kehrreferent ganz besonders, dass wir von der FPÖ die SPÖ zu diesem wichtigen Projekt überzeugen haben können. Wir wollen vernünftig arbeiten zum Wohle der Stadt und unserer Bürger und wir sehen das auch als Auftrag für die Zukunft. Das heißt, Verantwortungen übernehmen, denn für wahltaktische Spielchen ist die Lage viel zu ernst. Wir wählen den Weg der Vernunft. Das Gesamtbudget ablehnen würde auch heißen, wichtige und richtige Dinge abzulehnen. Wir begrüßen die Investitionen in unseren Schulen und damit auch die Investition in die Zukunft unserer nächsten Generation. Wobei wir glauben, dass die zusätzlichen Förderungen für Jugendzentren nicht notwendig sind. Da sehen wir als vernünftiger an, unsere zahlreichen Sportvereine anzuhalten, die Jugendlichen – so wie bisher – auch gut zu integrieren und auf einen richtigen Weg zu bringen. Zieht man alle Überlegungen zusammen, so sehen wir daher das Budget als Momentaufnahme. Wobei die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht abzusehen ist. Wir behalten uns aber vor, dass wir uns im kommenden Jahr bei einzelnen weiteren Beschlüssen, welche wir kritisch sehen, wir uns auch in Zukunft dagegen aussprechen werden. Und so gibt es von Seiten der FPÖ-Fraktion zwar ein eingeschränktes, aber doch ein Ja zum Voranschlag 2015.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Danke!

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Oja.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Mich erinnert das an einen Sponti-Spruch glaube ich aus den 80'er Jahren: Alles wird schlechter, nur eines ist besser geworden – der Goldpreis wird auch schlechter. Nachdem ich mir die Tafeln heute anschau – es war nicht abgesprochen, vielleicht kann man es tauschen, dann versteht man's ...

Allgemeines Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Vielleicht kann man's tauschen, dann versteht man es besser. Ich glaube, Verschwörungstheorien haben hier herinnen nichts zu suchen, obwohl sie ab und zu vorkommen. Aber zurück zum Budget. Was mir als aller erster aufgefallen ist im Budget – bei der ersten Sitzung, wie wir die Vorhaben 2015 bekommen haben, habe ich zweimal hinschauen müssen – und zwar was die Pflichtschulen anbelangt. Wir haben über die Jahre und Jahrzehnte eigentlich außen renoviert – Innen waren wir nicht so flott unterwegs. Außen ist auch wichtig denke ich mir, aber es ist nicht so wie in den Gründerzeiten bei den Arbeiterbauten – das waren Monumentalbauten, nur Innen waren es halt kleine Wohnungen. Ein bisschen hat mich das auch erinnert bei unseren Schulen. Und darum habe ich es sensationell gefunden, dass wir bei den Schulen – spezielle bei den Pflichtschulen – fast ums dreifache das Budget erhöht haben. Und bei den Sonderbudgetschulen allgemein – überhaupt fast ums zehnfache. Also ich denke mir – das ist ein Zeichen, wenn man in Bildung investieren will, ist es auch wichtig denke ich mir, dass man auch Räume schafft, wo Bildung stattfinden kann – wo man nicht das Gefühl hat, da hängen die Steckdosen aus der Wand oder die Räumlichkeiten gehörten schon das x-te Mal ausgemalt. Man muss sich auch wohlfühlen in einer Schule und wenn wir dort investieren, denke ich mir, lassen sich die Inhalte vielleicht ein bisschen leichter übermitteln. Aber lassen sie mich vielleicht ein Zweites noch hervorheben. Wir haben jahrelang

darüber gesprochen, dass uns eigentlich Jugendzentren abgehen. Es hat immer geheißen, wir investieren lieber in den Sport – was durchaus auch richtig ist, denke ich mir – es ist halt nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite gibt es Jugendliche, die während des Tages vielleicht keine Möglichkeit haben, einen Sport zu betreiben, aber trotzdem viel, viel Freizeit haben und die in Jugendzentren gehen wollen. Wir kennen das Gewerkschaftsjugendzentrum eigentlich ja eh schon über Jahrzehnte und ich weiß, wie die gekämpft haben – wie die gekämpft haben, um einen ordentlichen Betrieb aufrecht zu erhalten. Und das ist – glaube ich – ein Qualitätsmerkmal einer Stadt, wie die Jugendzentren beieinander sind, wie die auch gefördert werden und es ist mir jetzt ehrlich gesagt komplett wurscht, ob die jetzt von der einen oder anderen Reichshälfte stammen, wenn dort die notwendigen Subventionen fließen, damit dort ein Betrieb aufrecht erhalten werden kann, damit die Jugendlichen dort auch wertschätzend und qualitativ gut betreut werden – dann ist das ein Positivum. Das sind einmal die ersten Punkte, die mich äußerst überrascht haben im Budget. Sie wissen ja alle, dass die Grünen – nur glaube ich 2009 haben wir zugestimmt – und die restliche Zeit, die laufenden Jahre, haben wir uns vornehm zurückgehalten ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
2010.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Oder 2010... haben wir uns vornehm zurückgehalten – auch unter der Prämisse, dass eigentlich die Stadt, was das Budgetäre anbelangt, eine ziemliche Bremsspur hingelegt hat. Wenn man sich die Entwicklung, die sie alle hier in diesen Grafiken sehen – da muss ich ja manchen Recht geben bzw. der Herr Bürgermeister hat es ja eh schon erwähnt – dass die Prognosen unserer Wirtschaftsfachleute oft im Argen liegen und wir sozusagen angehalten sind, sich an wissenschaftliche Erkenntnisse zu halten, die nicht in jedem Punkt dann gestimmt haben über die Jahre. Aber was immer gestimmt hat, das war, dass wir im Sozialbereich eine exorbitante Steigerung bei den Ausgaben – also das, denke ich mir – das hat sich wirklich immer wieder bewahrheitet, dass wir von Jahr zu Jahr dort einfach mehr Mittel einsetzen müssen. Dort wo es wirklich – da geht es jetzt nicht um Bauten oder sonst irgendwas – da geht es wirklich um die Menschen in ihrem persönlichen Verhältnis. Und da – und das ist denke ich mir auch der Sinn einer Kommune – dass wir hier solidarisch mit allen jenen, die Steuern bezahlen können oder heute im Gegenteil vielleicht keine Steuern bezahlen – in die Armut fallen – dass auch die gehalten werden von einer Gesellschaft, die im Grunde genommen – wenn man so schaut – eigentlich recht gut auch leben kann. Also, dieses Netzwerk müssen wir auf alle Fälle aufrechterhalten und ich bin nicht dafür – ich glaube, dass wir es eh nicht aus dem Fenster hauen – ist das heute einmal erwähnt worden, dass im Sozialbereich zu viel bezahlt worden ist – ich glaube schon. Ich glaube nicht, dass es irgendjemanden gibt da herinnen, der glaubt, wenn er im Sozialbereich etwas streicht, das er damit etwas Gutes tut – ala long.

Unverständliche Zwischenbemerkung von GR Eichhübl (vom Platz aus).

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja... Kollege Eichhübl – ja, aber sie werden sehen ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL (vom Platz aus):

Tausende Euro hat man auf einen Schlag in den Sand gesetzt und weitere ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wieso in den Sand? Die fahren ja super, die fahren ja immer noch – die fahren nicht nur auf Sand.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wir reden uns dann aus. Aber es ist klar, dass man natürlich als ehemaliger Branchenkenner – aber wie lange waren sie nicht mehr in der Werkstatt? Ich glaube, schon lange nicht mehr Herr Eichhübl, oder? In der Zwischenzeit hat sich schon einiges geändert.

Allgemeines Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Mittlerweile gibt es schon Elektroautos, Herr Eichhübl. Und ich glaube, wenn das andere Kommunen können – wir sind eh ohnehin ein bisschen spät dran, was das anbelangt, dann können wir es auch endlich einmal tun. Vielleicht noch ein paar Kleinigkeiten, die mir besonders im Budget aufgefallen sind. Ich glaube, dass wir noch speziell reden müssen bezüglich der Deponieerweiterung – dass das verdoppelt wird finde ich grandios. Wir müssen halt nur reden bei der nächsten Fraktionsobleutekonferenz – es ist ein eigenes Kapitel, was die Deponie anbelangt. Dass der Schaden bei der Reederbrücke in einem Umfang zu bezahlen ist seitens der Stadt tut mir, ehrlich gesagt, sehr weh. Das Geld geht uns einfach ab – es ist heute noch nicht erwähnt worden – glaube ich. Aber das ist ein Ding, das mir auf der Brust liegt und das uns wahrscheinlich in nächster Zeit auch beschäftigt – 250.000 haben oder nicht haben – das ist schon ein großer Schritt. Und weil ich unseren Herrn Feuerwehrkommandanten sehe – es ist zwar nur eine Kleinigkeit, aber mich freut das, dass wir die Wärmebildkamera einfach austauschen – dem Vernehmen nach ist die schon himmelalt, Batterien sind kaputt und ich denke mir, das ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit, dass wir für die Menschen, die im Einsatz sind auch das notwendige Werkzeug zur Verfügung stellen. Es muss ja nicht gleich ein riesiges Abschleppauto sein. Ich denke mir, wenn man eine Wärmekamera zur Verfügung hat, weiß man auch, wer noch im Haus ist bzw. und vielleicht gelingt es uns auch, diese Wärmekamera auch für Gebäudesanierungen zu verwenden. Ich denke mir, wenn wir sie schon haben – wenn das funktioniert – aber das müsste man sich genauer noch anschauen. Ich habe mit Sehnsucht irgendeine Wortmeldung der ÖVP erwartet – die ist aber leider nicht gekommen. Mich wundert es nur insofern, weil jetzt irgendwie spürbar ist nach der Bremsspur, dass eine zarte Aufwärtsentwicklung in dieser Stadt spürbar ist. Blöderweise kommen Wahlen – das ist mir schon klar – aber wenn man es sich wirklich anschaut – und der Herr Bürgermeister hat es schon erwähnt – ein Wahlzuckerl ist da bei weitem keines drinnen, kein besonderes – also wirklich, dass man sagen könnte, da könnte jetzt auch eine Partei da besonders realisieren aus dem Ganzen – finde ich auch erstaunlich, weil wenn man sich anschaut die Entwicklung über die Jahrzehnte, dann waren agrat bei den Wahlen immer enorme Spitzen was das Budget anbelangt und wo wir enorme Ausgaben gehabt haben. Die haben wir dann über die Legislaturperiode immer wieder abarbeiten dürfen. In Richtung Schwarze nur – das möchte ich mir noch anschauen – ich hoffe es...ich hoffe es, aber das hängt nicht jetzt mit der Nichtzustimmung der ÖVP zusammen....die Überschrift hat mir ja schon gefallen heute – die schwarze Null. Ja, vielleicht...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Wahlslogan.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nur zwei, drei Punkte – dann bin ich eh schon fertig. Was haben wir versucht hinein zu reklamieren in das Budget? Ich bin ja eher einer, der sich da vorsichtig herannähert, weil ich ganz genau weiß, alles was zu viel kostet, führt eher zu Widerstand und wir eh wissen, dass wir nicht allzu lustig auf unseren Geldsäcken herumtrampeln müssen, weil die eh nicht besonders groß sind – aber eines denke ich mir, also es gibt ein paar Dinge, die ohne riesigen Finanzaufwand vielleicht auch viel bringen. Zum Beispiel – wenn sie sich erinnern – wenn sie schon jemals – sagen wir lieber so – wenn sie schon jemals von der Schönauerbrücke – also unten, von der Haltestelle unter die Schönauerbrücke hineingegangen sind oder durchgegangen sind zum Parkplatz und sie sind zufälliger Weise eine Frau, dann...und sie gehen um 10.00 Uhr in der Nacht dort durch, dann denken sie sich ihren Teil, weil sie gehen dann wieder hinaus und schauen, dass sie irgendwie über die Straße kommen, weil durch dieses

finstere Loch will kein Mensch gehen. Und ich glaube, nachdem es nicht anders geht, ja, nachdem es nicht anders geht – man muss unter der Straße durch – dann ist diese Unterführung auch in einem Zustand herzustellen, wo man sich nicht fürchten muss ganz ehrlich gesagt. Ich fürchte mich eh nicht oder nicht so bald. Was uns auch am Herzen gelegen ist und das nächstes Jahr bitte diskutiert wird, das ist gemäß den anderen Statutarstädten in Oberösterreich wie Linz und Wels, dass wir uns überlegen sollten, ob wir nicht mehr Leute in die Busse bekommen, wenn wir versuchen einen Weg zu finden, unsere Jahreskarte zu verbilligen. Meinetwegen in Abtausch gegen etwas anderes. Aber auf der anderen Seite denke ich mir, es gäbe viele, die sich dann überlegen würden, mit dem Bus zu fahren und nicht mit dem Auto, was ein wesentlicher Bestandteil unserer Verkehrspolitik seit Jahrzehnten eigentlich sein sollte, aber in Wahrheit doch nicht so wirklich ist. Vor ungefähr sechs Jahren haben wir damals im Budget verlangt, dass es einen Energieplan gibt in Steyr, damit wir im Großen und Ganzen eigentlich wissen, wo geht bei uns, welche Energieströme gibt es bei uns. Wir haben damals leider den öffentlichen Verkehr oder den Individualverkehr ausgeschlossen, aber wir haben damals zumindestens feststellen können, welchen Energiebedarf wir in den öffentlichen Gebäuden haben, welchen Energiebedarf wir auf den Straßen etc. haben. Sechs Jahre ist das her – der Plan. Und heuer denke ich mir, ist es zum ersten Mal gelungen, dass man eine Solaranlage für den Resthof unterbringt. Es ist nichts Großartiges für manche vielleicht da herinnen. Auf der anderen Seite für uns Grüne ist das großartig. Ich denke mir, auch wenn es heißt, die machen wir erst in 14 oder 15 Jahren – ist die abbezahlt diese Anlage, dann frage ist sie, ob denn bei jedem Projekt, dass die Stadt gemacht hat – ob sich das in irgend einer Weise refinanziert in diesem Zeitraum. Und ich glaube, es ist ein Schritt in die richtige Richtung und ich muss danke sagen, dass auch diesbezüglich Gesprächsbereitschaft gibt und dass wir, wie alle anderen Städte auch, auf erneuerbare Energie umsteigen sollten, vor allen Dingen, wenn es sich um öffentliche Gebäude handelt. Somit bedanke ich mich recht herzlich auch beim Herrn Mag. Lemmerer für die Aufbereitung des Budgets, für die geduldige Handlungsweise die er an den Tag legt, wenn man ihm schwierige Fragen stellt und wünsche uns alles Gute, dass alles das, was hier herinnen steht für nächstes Jahr umgesetzt wird. Dankeschön.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Als nächster zu Wort gemeldet Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen, werte Kollege, sehr geehrte Gäste, lieber Herr Finanzreferent. Es ist ja verständlich und nachvollziehbar, dass sie das aus ihrer Sicht natürlich alles sehr rosig sehen die finanzielle Entwicklung unserer Stadt. Jeder Greißler lobt seine Ware sozusagen. Wenn ich mir allerdings den Gesamtschuldenstand anschauen – und man muss das auch wieder gleich sagen – zuerst 60 und dann 20 – und zusammenzählen haben wir doch noch ein bisschen können – dann sind das doch fast 90 Mio. Euro, die wie ein gewaltiger Rucksack auf der Stadt liegen und auch von zukünftigen Generationen, wenn wir schon lange nicht mehr da herinnen sind, bezahlt werden müssen. Auch wenn der Zinssatz derzeit natürlich sehr nieder ist in Österreich und Kredite günstig besorgt werden können – Gott sei Dank – ist zu befürchten, dass diese Entwicklung auch wieder einmal in die andere Richtung geht. Ich darf vielleicht noch eines vorausschicken – einmal was Positives – gewisse Teile der Verwaltung funktionieren ja auch sehr gut in Steyrdorf – vielleicht darf ich bei der Gelegenheit auch sagen – vor allem der Wirtschaftshof. Wir haben ja heuer wieder – glaube ich zweimal oder dreimal einen Hochwasseralarm gehabt – einmal war es fast heraußen usw. und in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr ist das eine Abteilung, die wirklich zur großen Zufriedenheit und für die Bürger in Steyr sehr positiv arbeitet. Das soll man auch einmal sagen und dem Herrn Dipl.-Ing. Kremsmayr – wie gesagt, trotzdem Herr Kollegen Hauser – sondern dem Herrn Kollegen Kremsmayr einmal ausrichtet, dass hier wirklich gute Leute am Werk sind. Aber zurück zum Budget. Ich habe heute gesehen - Rekordschulden in der Stadt Wels, die hat immerhin ein Drittel höhere Einwohnerzahlen wie Steyr und dann

sagen sie Rekordschulden mit 72 Mio. Wie das funktioniert im Vergleich zu 38.000 Einwohnern in Steyr? Tendenz nach wie vor leider sinkend – wäre auch einmal interessant, das zu hinterfragen. Sie haben zwar sehr viele Verkäufe getätigt – Einmaleffekte, die natürlich der Stadt Wels ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da wären wir beim Zusammensehen – man muss immer alles zusammensehen und in der Stadt Wels...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich kann das nur sagen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...muss man die vielen Gesellschaften, die sie haben, auch zusammen sehen. Das Land Oberösterreich zählt auch nicht immer zusammen. Der Herr Landeshauptmann sagt seinen Schuldenstand und der Rechnungshof zählt alles zusammen – ist ungefähr das Doppelte wie das was....und beide haben Recht. Aber das nur zur Erklärung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Da herinnen steht. In den Medien steht zumindest „Gesamtrekordschuldenstand - also der höchste überhaupt trotz Verkäufen – Sparkassa usw.“ – was wir schon lange hinter uns haben – einen Rekordschuldenstand von 72 Mio. Also da sind wir ziemlich ein ordentliches Stück weiter vorne und es ist natürlich jetzt verlockend bzw. gehört es auch zu einer Budgetdebatte dazu, was man mit diesem Geld alles machen könnte, das hier natürlich schon durch die Bezahlung der Schulden blockiert ist. Sie haben ja sehr viele Projekte angesprochen und ich werde mir schon erlauben, auf ein paar andere auch noch einzugehen. Ganz am Anfang unserer Sitzung heute ist ja davon gesprochen worden – aktuell gerade die Steuerreform – laut der „Presse“ – eine angeblich seriöse Zeitung in Österreich – habe ich heute gelesen, sollen laut dem Konzept von der ÖPV gestern, 1,8 Mrd. den Ländern und Gemeinden noch zusätzlich lukriert werden in den nächsten Jahren. Also, Herr Finanzreferent, da können wir uns einen warmen Mantel anziehen, wenn das so ist – was noch auf uns alles zukommen wird. Was die Entwicklung der Wirtschaft in Steyr anbelangt – ich hoffe, dass die Entwicklung nicht so arg ist, wie sie derzeit prognostiziert wird. MAN leider zum Beispiel hat die Kurzarbeit nicht vorzeitig beenden können – muss sie mindestens bis März fortfahren und derzeit wissen wir auch nicht, wie es dort weitergeht und daher wird auch die Entwicklung der Kommunalsteuer leider wahrscheinlich nicht so rosig sein, wie wir uns das gerne wünschen würden. Ein paar andere Dinge, die mir immer sehr wichtig waren, ist zum Beispiel auch, was die Bausubstanz in Steyr anbelangt – und dem Kollegen Spöck sein Bereich. Der Zustand der Straßen in Steyr ist natürlich auch alles andere als in einem sehr tollen Zustand. Und hier fehlt uns natürlich auch das Geld hinten und vorne.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1,3 Millionen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Nicht nur die Schlüsselhofgasse ist nicht drinnen. Ich darf erinnern, dass das Schnallentor hier notdürftig saniert worden ist. Da haben wir nur die ärgsten Schäden nach diesem Unfall hergerichtet. Das gehört unbedingt auch...weil sie heute gesagt haben, der Tourismus gehört ausgebaut und da ist sicher noch Potential drinnen ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Habe ich nicht gesagt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Haben sie nicht gesagt? Dann sag es ich, macht eh nichts.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
ÖVP Pressekonferenz

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Vom nächsten Referenten kommen. Aber da ist sicher noch Potential drinnen. Nach Weihnachten reißt er ja bekanntlich immer etwas ab und da gehört auch dazu, dass wir uns auf unsere Stadt schauen – was wir eh tun – aber da fehlt halt auch im öffentlichen Bereich – Private machen ja Gott sein Dank sehr viel, braucht man nur einmal einen Spaziergang in das Steyrdorf machen - aber im öffentlichen Bereich fehlt uns natürlich da hinten und vorne das Geld. Heuer - Gedenkjahr Werndl und Steyr-Werke – müsste dringend saniert werden. Der Herr Dr. Kaiser hat gesagt, muss auch in einem Budget drinnen sein. Nämlich nicht nur ein herumdoktorn, sondern eine Generalsanierung des Denkmals – ist mir nur jetzt auch eingefallen, weil wir heuer ja 125 Jahre Todestages bzw. was man eh nicht so heraus gebracht haben – 150 Jahre Gründung der Steyr-Werke. 1864 ist ja bekanntlich aus der Waffenfabriksgesellschaft dann die späteren Steyr-Werke hervorgegangen und hätte es sich auch verdient, dass man diesem großartigen Steyrer Bürger das Denkmal einmal herrichten könnte. Was die Feuerwehr anbelangt, weil der Kommandant Schurz da steht, sollte man auch einmal daran denken in Zukunft Mittel bereit zu stellen für den dringend notwendigen Ausbau der Geschäftsstelle in der Sierninger Straße, die ja ein Nachkriegsbau ist, wo ja immerhin der hauptamtliche ...die hauptamtlich Beschäftigten in der – ich glaube Kommando ist das genannt – dort ihre Zeit verbringen, die in einem absolut renovierungs- bzw. ...überhaupt ein Neubaubedürfnis haben. Auch diese Überlegung – wer ist Feuerwehrreferent, sie Herr Bürgermeister ... ah der Kollege Hause, nicht – sollte man vielleicht ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Möchte es auch gerne und ich war es auch gerne.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Früher war es der Bürgermeister, aber ich weiß schon, ist der Kollege Hauser. Ich glaube ganz wichtig, dass man nach der Errichtung der jetzt in Angriff genommenen Zeughäuser auch dann dieses Projekt dann in Angriff nimmt und hier Geld bereitstellt. Verwaltungsreform – kann eh schon kein Mensch mehr hören. Ich habe gesehen, dass in der Stadt Linz zum Beispiel sich nach wie vor mit allen Fraktionen nicht immer im Einklang eine Gruppe, eine Arbeitsgruppe installiert hat, die auch jetzt wieder daran geht, was man dort machen kann und machen muss. Weil es wird eh nicht anders gehen. Zum Beispiel könnte man auch in Steyr überlegen, Magistratsdirektion und Präsidiales – ich meine das sind nur so Kleinigkeiten – wird dort überlegt, zusammenzulegen usw. Da sollte man auch in Steyr wieder ein bisschen draufdrücken, was hier noch zusammengelegt bzw. wo hier Einsparungspotential ist. Ja, aber das Wichtigste überhaupt, wo wir den Hebel ansetzen können, weil bei der Wirtschaft – sie haben das durchaus richtig erkannt – wir können durch Investitionen in die Bauwirtschaft ein bisschen am Rädchen drehen, was die Arbeitsplatzsituation anbelangt und die ist ja alles andere als erfreulich – ist auf Rekordhoch – nicht nur in Steyr. Die Schulden stehen in keinem Einklang mit der Entwicklung der Bevölkerungssteuer. Ich habe das schon vor Jahren gesagt, aber man muss das trotzdem jedes Jahr wieder sagen. 1.200 mehr oder weniger – steht ja schon drinnen in ihrem Budgetbuch – 1.200 Einwohner weniger in rund zehn Jahren. Ich kann jetzt nur hoffen, dass die Investitionen in der Sierninger Straße vom Herrn Obermayr und Wirtschaftshof und GWG und so weiter vielleicht diesen Trend einmal umdrehen können. Aber wir beziehen ja auch viele Steuern über diesen Weg und wenn die Schulden – vielleicht nicht steigen, aber auf hohem Niveau stehen bleiben und auf der anderen Seite die Bevölkerungszahl rückläufig ist, dann ist das keine gute Entwicklung, Herr Bürgermeister. Und hier gilt es alles...ich sage nicht, dass gar nichts geschehen ist, aber hier gilt es natürlich schon, den Hebel auch in Zukunft anzusetzen und wie das hier geht von Seiten der Stadt zu unterstützen, dass die Steyrer – dass jene, die in Steyr einen guten Arbeitsplatz finden – dann nicht nur in der Raming und in St. Ulrich und in Niederösterreich usw. wohnen und dort auch teilweise ihre Steuern bezahlen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALER OPPL:

Danke! Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Mayrhofer. Bitte Gunter.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Gäste, liebe Kollegen. Der Bürgermeister hat eingangs gesagt, er hofft, dass wir uns nicht zerstreiten oder streiten bezüglich des Budgets – ich glaube, das ist nicht der Fall. Ich glaube, dass dieses Budget nicht der Grund sein kann, dass man sich streitet. Man mag mit Sicherheit unterschiedlicher Auffassung sein und das sind wir ja seit Jahren, aber es kann sicher nicht so sein, dass wir dann womöglich die Gesprächsbasis verliert. Was natürlich schon ist, ist vielleicht eine unterschiedliche Betrachtungsweise. Und wir haben es ja jetzt bei den Wortmeldungen bisher durchaus auch gehört – auch von der FPÖ ist ja sehr viel Kritik auch gekommen und auch der Vorschlag, den wir auch seit Jahren gestellt haben, Kapitelweise abzustimmen. Das ist nicht aus Jux und Tollelei, sondern weil viele Dinge in diesem Budget drinnen sind, die man selbstverständlich unterschreibt und was natürlich gut ist, dass es gemacht wird und wir verstehen es wirklich nicht, warum man es nicht – wie im Land oder auch in anderen Städten üblich und möglich ist, dass man Kapitelweise abstimmt und sagt, das finden wir gut aber das finden wir nicht so gut. Und irgendwie wird das dann auch müßig – und wenn ich mich an die Worte vom Kollegen Zöttel zurück erinnere - dass er bei jeder Budgetrede dieselben Kritikpunkte anführt – und er ist halt ein Braver, er hebt jedes Mal trotzdem das Handl und nächstes Jahr wird er wieder sagen, aber das und das ist nicht gut. Ich bin gegen das Museum Arbeitswelt, ich bin gegen die Förderungen ans Röda, ich bin gegen den Stollen der Erinnerung usw. Wir sagen, wir möchten schon ein Zeichen setzen, dass wir nicht mit allem einverstanden sind, obwohl es uns leid tut, dass wir nicht bei vielen Dingen ja sagen können. Natürlich zählt da auch dazu diese 500.000, die man in die Schulen investiert – no na. Es ist nur eh keine Schwerpunktsetzung, dass man sagt, wir wollen jetzt für die Zukunft unserer Jugendlichen etwas machen. Es sind einfach Investitionen, die schon dringend seit Jahren notwendig gewesen wären, die wir jetzt nachholen müssen. Und alle erinnern sich oder wissen Fälle, wo die Eltern gesammelt haben, wo Farbe gekauft worden ist, wo selber Klassenräume ausgemalt wurden. Das kann es ja wirklich nicht sein. Darum finde ich das äußerst positiv und ist in Ordnung. Auch bei den Jugendzentren – ich glaube, da ist es dringend notwendig, dass man verstärkt hier unterstützt und etwas macht. Auch – und das ist kein Geheimnis – wir nicht verstehen, dass unterschiedlich gewertet wird. Dass es nicht objektive Parameter gibt, nach denen Förderung vergeben wird, sondern dass es halt Gleiche und Gleichere gibt und das ist genau so nicht positiv. Wenn man sich die Entwicklung in den einzelnen Bereichen anschaut, dann ist natürlich – wenn man das Gesamte nimmt – glaube ich, der Weg, den man bestritten hat – dass wir gesagt haben, wir wollen nicht mehr ausgeben als wir einnehmen – mit Sicherheit der richtige. Und ich glaube, dass wir in vielen Bereichen auf einem guten Weg sind. Wenn ich mir die Verwaltungszweige anschau, dann sehe ich Bereiche, wo wir innerhalb von zehn Jahren – von 2005 bis 2015 – Steigerungsraten von 14 von 15 % haben. Wenn man das umrechnet, dann sind wir nicht einmal auf der Inflationsrate bei den Ausgaben – das heißt also durchaus positiv. Es aber auch Bereiche gibt, wo man gewaltig in die Höhe geschmalzt sind. Es ist auch schon angesprochen worden. Wenn ich mir die soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung anschau, wo wir in diesen zehn Jahren ein Plus von 110 % haben – von 11,5 Mio. auf 24,2 Mio. – eine gewaltige Steigerung. Und da möchte ich schon auch ein bisschen erinnern an das, was wir schon in vielen Runden und Ausschüssen gesagt haben, dass es durchaus auch in diesem Sozialbereich möglich ist einmal zu schauen, ist alles was wir machen wirklich notwendig? Ist es notwendig, dass wir es in dem Umfang machen? Weil man hat auch gesehen – und das ist auch heute schon bemerkt worden – Gott sei Dank hat sich das mit dem Krankenanstaltenfonds und den Zahlungen dort hinein reduziert – oder nicht reduziert, aber eingebremst – und war nicht die Entwicklung, wie es in den letzten Jahren noch war. Das heißt, man sieht, man kann auch in diesem Sozialbereich durchaus etwas machen und ich glaube auch, wir müssen hier noch ansetzen. Was mir mehr weh tut ist, wenn ich mir anschau, die allgemeine Verwaltung. Hier haben wir in diesen zehn Jahren ein Plus von 38 %. Wenn ich mir dann in dieser allgemeinen Verwaltung anschau die Lohnkosten, wie sich die entwickelt hat und ich sehe, dass wir hier eine Steige-

rung in diesen zehn Jahren von 31,8 %, 47 %, 48 %, 37 %, 43 %, 43 % haben – und das in Bereichen wie Personalamt, Presseabteilung, Bezirksverwaltung, Personalbetreuung, Liegenschaftsverwaltung, Finanzwirtschaft, Steuerverwaltung – das heißt, in diesem wirklichen Verwaltungsbereich – das ist jener Bereich, der die meisten Bürger wirklich aufregt – muss ich sagen, hier gehört eigentlich dereguliert – hier gehört eingespart, hier gehört wirklich vereinfacht, damit wir weniger Kosten haben und wir haben hier gegenüber den anderen Bereichen eine überproportionale Zunahme der Lohnkosten. Darum glaube ich auch, dass wir in dem Bereich wirklich noch sehr, sehr viel zu tun haben. Es ist angesprochen worden vom Kollegen Apfelthaler die Aktivitäten, die gemacht wurden und das ist von einer Solaranlage am Resthof gesprochen worden. Gott sei Dank haben wir bei weitem mehr gemacht, Herr Apfelthaler. Im Reinhaltverband, wo immerhin 50 % die Stadt finanziert, wurde eine 400 kV Bik-Anlage gemacht und das nicht mit Förderungen, sondern so und es amortisiert sich in 13 Jahren, weil wir es nicht ins Netz einspeisen sondern selbst verwenden. Nun glaube ich schon, dass wir hier in diesem Bereich sehr viel machen kann und das durchaus auch wirtschaftlich und ökonomisch hinterlegt machen kann. Man muss es nur angehen. Und der Herr Bürgermeister hat im Zuge seiner Budgetrede auch davon gesprochen von den Investitionen der Stadt in die Alte- und Pflegeheime, in die Schulen, in das Reithofferwerk. Nur für die Gäste – die Gemeinderäte wissen es eh – das machen wir selbstverständlich auch in den ausgelagerten Firmen, die wir haben. Das heißt auch das spiegelt nicht den Voranschlag, den wir heute haben wieder, sondern wir zahlen halt dann Miete, aber die Investitionen werden natürlich anders finanziert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Werte...die Werte haben wir geschaffen, wollte ich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Aber es ist mit Sicherheit auch steuertechnisch der richtige Weg und darum wurde er auch von uns mitgegangen. Es hat bisher in dieser Periode ein Budget gegeben, das einstimmig beschlossen wurde – und das war im Dezember 2009. Das war jene Situation, wo wir alle dagesessen sind und nicht mehr gewusst haben, wie soll es wirklich weitergehen. In den Jahren danach hat es durchaus unterschiedliches Stimmverhalten gegeben. Von unserem Wahlbündnis haben 2010 einige dagegen gestimmt, 2011 haben wir es komplett abgelehnt, 2012 waren die Grünen, die sich hier dagegen ausgesprochen haben, im vorigen Jahre eine FPÖ und zwei Grüne Stimmen. Das heißt, es hat immer ein unterschiedliches Stimmverhalten gegeben, ohne dass wir gestritten haben und darum werden wir auch heute nicht streiten, aber wir werden dem Budget nicht die Zustimmung geben, weil wir a) nach wie vor die Forderung erstellen nach Budgetkapiteln abzustimmen, weil wir glauben, dass man wirklich aufpassen müssen, dass wir nicht im Jahr unsere Budgets kürzen oder extrem niedrig halten, sondern dass wir in einigen Bereichen wirklich schon drüber sind und absoluten Handlungsbedarf haben. Und wenn der Hans Payrleithner angesprochen hat das Schnallentor, dann sage ich, fahrt bitte schön durch die Blumauergasse und schaut euch die Rückseite der alten Orangerie an oder wir können noch beliebig mehr Gebäude auch aufzählen. Das heißt, wir haben schon sehr gebremst bei den Investitionen und nicht alles, was man sagt, wir haben halt kein Geld, wir machen es halt später, geht zu denselben Kosten. Sehr oft sind Investitionen, die man nicht gleich tätigt, verbunden mit viel, viel größeren Ausgaben, die man später machen muss – und das zum Beispiel auch im Straßenbau, aber da wird vielleicht der Kollege Spöck auch noch etwas dazu sagen. Ich bedanke mich.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Als nächster Redner ist der Kollege Spöck dran.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe nur einen kleinen Zettel mit, das heißt, bei mir geht es schnell. Aber ich habe heute zwei verschiedene Aussagen gehört.

Einerseits hat der Herr Payrleithner gesagt, die Straßen sind in einem relativ schlechten Zustand, der Herr Bürgermeister hat zuerst gesagt, eigentlich haben wir einen sehr guten Zustand.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nein, passabel.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:
Einen passablen Zustand...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Im Vergleich mit anderen Städten und Kommunen passabel.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:
Passt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Gut.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:
Ich darf vielleicht anmerken, dass wir sehr wohl 2009 – speziell 2009 – diese große Senkung gemacht haben außerordentlicher Haushalt – speziell was mich jetzt betrifft im Bauwesen – von 25 %, zusätzlich 10 % noch einmal das Jahr darauf und das war auch okay so. Das war damals der Stand, wo wir alle wissen, dass es andere Umstände gegeben hat, warum es zu Einsparmaßnahmen kommen musste. Das Problem ist nur, wir haben damals im Durchschnitt zwischen 2002 und 2009 habe ich mir jetzt einmal ausgerechnet, ungefähr 1,5 Mio. Euro für den Straßenbau gehabt. Die Dienststelle Straßenbau selbst sagt eigentlich, damit wir nachhaltig wirtschaften können oder sollten brauchen wir ungefähr 2 Mio. – derzeit haben wir für reine Straßenerhaltung 700.000 Euro zur Verfügung, davon schreiben wir ungefähr 450.000 bis 500.000 aus und 200.000 brauchen wir für die laufende Instandhaltung was unterm Jahr vorkommt. Und da sieht man schon, dass wir sehr wohl Handlungsbedarf haben und ich weiß auch, auch wenn du keinen Sprechtag hast, aber ich weiß, dass du genauso jeden Tag draußen bist und du wahrscheinlich auch von den Leuten draußen genauso wie wir erfahren, dass dort oder da immer Handlungsbedarf ist. Und was man schon sagen muss, wenn wir sanieren, dann sollten wir auch so nachhaltig sanieren, dass das auch wirklich zu Einsparungen zukünftig führen kann. Weil was wir schon in letzter Zeit und speziell in den letzten Jahren sehr oft machen ist, dass wir Baustellen aufteilen müssen, weil wir die Budgetierung dann nicht mehr zur Verfügung haben. Baustellen teilen wir auf zwei Jahre auf oder teilweise sogar auf drei Jahre, damit wir einen Straßenzug umsetzen können, wo wir genau wissen, dass natürlich das insgesamt sehr wohl Mehrkosten sein können. Oder ein anderes Beispiel auch, was es auch heißt, wenn man bei -25 % und noch einmal bis -10% bleibt – und das schon seit vielen Jahren – seit 2009 – heißt natürlich auch, dass wir gewisse Investitionen auch nicht mehr machen können. Ich erwähne da, und das weiß auch der Herr Bürgermeister, zwei Brücken, die schon seit vielen, vielen Jahren fällig sind – das ist die St. Anna Brücke und die Posthofstraßenbrücke. Die sind einfach nicht mehr sanierungsfähig, weil man einfach die Zeit übersehen hat, dass man regelmäßig drauf investiert, regelmäßig diese Brücken und Straßen saniert und dadurch auch mehr Kosten zu erwarten sind. Also ganz so kann ich dem nicht beistimmen, dass die Straßen so toll sind in Steyr. Ich glaube, es gibt dort und da Handlungsbedarf und es wäre wirklich schön, wenn wir Straßenzüge auf einmal durchziehen können und vielleicht wirklich mit der Zeit auch mitgehen, dass Investitionen, die wir jetzt tätigen, sehr wohl Einsparungen sein können, wenn man gewisse Mehrkosten einfach nachher nicht mehr haben.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Kaufmann. Bitte Reinhard.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren im Gemeinderat und Gäste. Vielleicht eine Nebenbemerkung – wir haben heute – also an die Gäste mit den Tafeln – wir haben ja heute eine Bürgerbefragungs- bzw. Bürgerinnenbefragungsmöglichkeit an den Magistrat und den Gemeinderat beschlossen. Vielleicht wäre das dann ein Thema, das man ganz offiziell – weiß ich jetzt nicht genau, ob das jetzt die Aufgaben des Magistrates oder der Stadt so exakt trifft – aber wäre dann zu überprüfen, ob man das dann ganz offiziell als Anfrage hier thematisieren könne.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Um was geht es denn?

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Aber das war ein. Ich weiß es auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wir haben das zwar beschlossen, aber das ist eine Verordnung und die muss erst kundgemacht werden und dann können wir das machen.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Natürlich...

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Aber jetzt nicht spontan.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das war halt nur der Hinweis, es kommt etwas was wir heute beschlossen haben. Aber zum Inhalt, wo ich mich noch zu Wort melden wollte – zum Budget. Unter den Schwerpunkten wurde ein Thema genannt – nämlich eine Verkehrsexpertise – eine Verkehrsuntersuchung zu Münchenholz anzugehen im nächsten Jahr. Das halte ich grundsätzlich für sehr erfreulich, dass man etwas einmal mit wissenschaftlicher Unterstützung angehen möchte, nachdem ein Versuch ja schon etwas verunglückt ist. Es gab ja auch eine – ich glaube selbstgestrickte – aber doch vom Ergebnis her durchaus plausible Untersuchung zu dieser Sperre der Einfahrt dieser Verbindungsstraße vom Musikerviertel zur Haager Straße. Die Ergebnisse waren eigentlich äußerst positiv, wenn man sie gelesen hätte, für diese inzwischen wieder aufgehobene Entscheidung. Die Ergebnisse der Begleitforschung, wenn man das so nennen darf, waren höchst erfreulich, erfolgreich – man hat aber dann aufgrund von Umfragen die jedenfalls nicht formaldemokratischen Voraussetzungen entsprochen haben und mit einer ganz kleinen über 50 % befindlichen Mehrheit in dem Bereich dann das wieder rückgängig gemacht. Da hätten wir uns das auch ersparen können, dass man das mit Verkehrsmessungen und so begleiten, wenn es eh nur darum geht, was meinen denn die Leute – sage ich jetzt einmal, weil die Auswahl derer, die hier befragt wurden, war ja auch durchaus hinterfragenswürdig und nicht unbedingt der Personenkreis, der vielleicht bei einer auch demokratiepolitisch genau überlegten Befragung her einbezogen wurden. Insofern freue ich mich einerseits, dass hier das wieder mit wissenschaftlicher Unterstützung angegangen wird, aber andererseits muss man aufpassen – wollen wir es wirklich wissen, was gescheit ist? Oder ist das dann wieder etwas, was in den Schubladen landen soll und es wird dann irgendwas gemacht, was halt irgendwo ausgeschnapst wird. Und ganz wichtig erscheint mir dabei, wenn wir uns das schon genauer anschauen die Verkehrssituation Münchenholz, dass es nicht nur darum geht, was können wir für den Autoverkehr tun? Wo ist die beste Stelle und Anbindung für eine zweite Ein- und Ausfahrt ins Münchenholz? Sondern dass man sich die Mobilitätssituation des Münchenholz insgesamt anschaut. Da geht es um unterschiedliche Verkehrsträger, die man sich im Vergleich anschauen muss. Da geht es darum, welche Mobilitätsbeziehungen gibt es hier? Warum fahren Leute mit welchen Verkehrsmitteln ins Münchenholz?

Zum Beispiel zur Berufsschule, wo ja glaube ich ziemlich viel an Autoverkehr generiert wird und auch an Parkraum verbraucht wird. Parkraum ist auch eine Frage, die man hier sich überlegen muss in dem Zusammenhang. Ist hier vielleicht eine Parkraumbewirtschaftung auch eine sinnvolle Möglichkeit, um hier zu sinnvolleren Entwicklungen zu kommen? Also es geht darum, natürlich auch für den Autoverkehr – aber nicht nur – sondern öffentlichen Verkehr einbeziehen, Fahrradverkehr einbeziehen, Fußwege einbeziehen, wo man die nutzen kann – die bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel vielleicht auch optimieren und besser betreiben. Bei den Kriterien, die für Entscheidungen notwendig sind, geht es für die Bürger und Bürgerinnen um den Komfort in der Mobilität, um Gesundheit und Sicherheit – da wäre es zum Beispiel sehr gut, wenn Autoverkehr reduziert wird – das ist für Gesundheit und Sicherheit ganz gut. Für Lärmentwicklung zum Beispiel – also wie sind von neuen Autostraßen her auch Wohngebiete betroffen. Von den Kosten für die Stadt, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Und etwa in den letzten Wochen wurde wieder ein Thema in den österreichweiten Medien besonders angesprochen – das ist die Bodenversiegelung und der Flächenbedarf, der für die Fachleute, die sich damit beschäftigen, dramatisch ansteigt und darum ist es wichtig, bei jeder Verkehrsentscheidung sich auch zu überlegen, was heißt das in dieser Hinsicht und wie viel Boden können wir eigentlich vor einem sinnvollen Umgang mit unseren Ressourcen noch versiegeln um das auch gegenüber, was immer wieder gern genannt wird, künftigen Generationen verantworten zu können. Also grundsätzlich sind wir für diese Möglichkeit das anzugehen. Ich gehe davon aus, es wird im Verkehrsausschuss noch im Detail zu besprechen sein, wie wir das auch angehen und ich plädiere eben dafür, dass wir das möglichst breit, mobilitätsbezogen uns anschauen, um hier eine gute Lösung für die Münichholzer und Münichholzerinnen, aber für alle Steyrerinnen und Steyrer zu erreichen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Schauer.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Wertes Präsidium, werte Gäste, liebe Kollegen. Ich habe gerade den Hinweis bekommen kurz – kenne ich, gibt es in der ÖVP, auch sehr erfolgreich. Zeigt in vielen Bereichen vor, wie Politik sein sollte – nämlich visionär. Ich wollte eigentlich einen anderen Punkt ansprechen und zwar ich habe da so ein Zitat von Max Weber im Kopf das sagt „*Politik bedeutet das starke, langsame Bohren von harten Brettern*“ – und da kommt mir eine Situation oder ein Arbeitskreis in den Sinn und zwar 2013 von unserer Fraktion ins Leben gerufen und initiiert, wo es um das Thema Hauptwohnsitze gegangen ist. Da habe ich unter anderem eingebracht, dass eine Bezuschussung des Semestertickets für Studenten eine sinnvolle Sache ist – nämlich nicht nur, dass die Studenten und Studentinnen den Hauptwohnsitz in Steyr belassen, sondern auch, weil es für uns bei den Ertragsanteilen Vorteile bringt. Wir haben das heute schon gehört – und zwar vom Herrn Bürgermeister – und daher möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich da wirklich bei unserem Finanzreferenten – sprich beim Herrn Bürgermeister – zu bedanken. Es ist eine wichtige Maßnahme, die den Jungen garantiert, dass sie auch leistbar die öffentlichen Verkehrsmittel benützen können, wenn sie an den Studienort wollen. Ich finde auch sehr positiv, dass man da die FH-Studenten mit hinein genommen hat, indem es da ein Semesterticket gibt. Noch ein sehr positiver Punkt aus meiner Sicht ist, dass wir jetzt mit einem Sonderbudget die schon lange und wirklich dringend notwendigen Maßnahmen abarbeiten, die sich da in den letzten Jahren – in der jüngeren Vergangenheit – einfach aufgestaut haben bei den Projekten. Es ist dringend notwendig, wir hören das von den Lehrern, wir hören das von den Schülern, von den Direktoren, und es ist nicht sensationell – finde ich – sondern richtig vernünftig und notwendig, in diesen Bereich zu investieren. Es zeigt also, wir arbeiten konstruktiv mit, wir haben den Vorschlag gebracht mit dem Semesterticket – er wird jetzt auch aufgegriffen. Dementsprechend bin ich ja sehr zuversichtlich, in anderen – wenn es zum Beispiel um leistbares Wohnen für Junge geht, wo wir ja schon ein tolles Projekt haben, das durchaus ausbaufähig ist – da sehe ich auch positive Signale aus der SPÖ Jugendorganisation. Insofern bin ich da guter Dinge, dass wir auch diese Projekte in den nächsten Jahren angehen können. Wichtig ist aber aus meiner Sicht,

dass wir bedarfsorientiert das Budget planen, nicht nur auf ein paar Leuchttürme schauen, die wir jetzt sicher drinnen haben, die gut und notwendig sind, aber auch den Finger dort hin legen, wo es noch nicht ganz so passt. Und daher möchte ich abschließend betonen, viele gute Dinge sind im Budget drinnen, aber gestalten ist doch noch ein Stück mehr als verwalten. Und für die Zukunft – gerade als Junger – würde ich mir wünschen, dass wir uns noch mehr auf das Gestalten konzentrieren.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Nächster zu Wort gemeldet Kollege Kaliba. Bitte Thomas

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste und Medienvertreter. Natürlich nehme ich zu Münchenholz noch einmal kurz Stellung. Der Herr Kollege Kaufmann hat es ja angesprochen und Zöttl – natürlich auch der Bürgermeister – aber nicht wie der Vorredner, so wie in der „Hustenzuckerwerbung – wer hat es erfunden?“ Ich denke mir, darum geht es den Leuten nicht, es geht den Leuten wirklich darum, dass etwas passiert und darum ist es sehr gut, dass dieser Vorschlag daher nicht von uns kommt. Wir sind alle miteinander keine Spezialisten. War ja in der Studien der WAG von 2012, da ist diese Aufschließungsstraße von diesem Ziviltechnikbüro erstmals ins Spiel gekommen. Ich denke mir, dass ist eine sehr gute Lösung, wenn das jetzt noch einmal angeschaut wird als Grundlage dafür, wenn man das errichten kann, denke ich mir, ist es sehr gescheit. Und zum Thema der Fußgänger und natürlich auch der Radfahrer, was der Kaufmann Reinhard gesagt hat – auch das ist wichtig, aber ist dazumals ja im Verkehrsausschuss auch schon besprochen worden. Dass natürlich jetzt nach Aufhebung der Sperre Begleitmaßnahmen gemacht werden müssen, dass einfach dieses Passieren des Berges für Fußgänger und Radfahrer und für viele gebrechliche Leute, die da unterwegs sind, dass das verbessert wird. Und das freut mich, dass das natürlich auch enthalten wird, dass im nächsten Jahr auch dafür Mittel zur Verfügung stehen, dass da eine Verbreiterung bzw. eine Absicherung des Fußgänger- und Radfahrerverkehr über den Berg passieren kann – unabhängig davon, ob dann diese Straße irgendwann gebaut wird oder nicht. Weil so ehrlich muss man auch sein, das ist ein sehr langfristiges bzw. mittelfristiges Ziel, bis das kommt. Aber natürlich möchte ich auch jetzt schon appellieren, dass dann die Zustimmung und Unterstützung auch von anderen Fraktionen da genauso groß ist, wenn es darum geht, wirklich das Geld dann aufzubringen für die Errichtung dieser Straße und wirklich eine nachhaltige Verbesserung der Situation in Münchenholz zu erreichen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frech. Bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Welchen Erfordernissen muss ein Budget genügen, wenn man guten Gewissens und guten Herzens zustimmen kann? Ich möchte wieder ein bisschen zurück zum Allgemeinen gehen. Wir haben jetzt sehr viel gehört über Einzelpositionen. Vieles davon kann ich unterschreiben was gesagt worden ist, was auch wichtig ist, dass in der Stadt passiert. Aber ich würde gerne ein bisschen zum Grundsätzlichen zurückgehen – nämlich wir reden von einem Voranschlag, der Einnahmen vorsieht von mehr als 121 Mio. Euro. Wir reden eigentlich nicht über kleine Einzelpositionen, sondern über Einnahmen von mehr als 121 Mio. Euro. Wir reden von Ausgaben von mehr als 126 Mio. Euro – einem Abgang von fast 5 Mio. Euro. Und dann kommt auch noch der außerordentliche Haushalt dazu, der budgetär bedingt relativ gering ist, aber noch immer an die 10 Mio. fast beinhaltet. Und da denke ich mir, muss man sich schon die Frage nach Strukturreformen stellen. Ja was wären so wesentliche Eckpunkte aus meiner Sicht, auch als Vertreterin des Bürgerforums? Das man Budgets einmal generell anders erstellt, nämlich bereits zu Beginn des Jahres eine Arbeitsgruppe mit Einbindung der Kommunalpolitiker und der Beamtschaft. Und das man diesen Voranschlag, so wie er hier

ist, nicht einfach fortschreibt über die Jahre und verwaltet, sondern mehr Gestaltungsmöglichkeit schafft. Das ist mühsam – das ist schon klar – aber das man Punkt für Punkt in diesen Voranschlag gemeinsam durcharbeitet vom Beginn des Jahres an und schaut, wie können wir zu mehr Einnahmen kommen und zu weniger Ausgaben und zugleich mehr Lebensqualität. Das ist eine zentrale Frage für mich. Es geht auch darum, eine dynamische Verwaltungsentwicklung zu haben, nämlich wo inhaltliche Führungsverantwortungen und Finanzverantwortungen integriert sind. Wo Referenten auch tatsächlich entscheiden können über ihre Budgets. Wo auch Beamte mehr Handlungsspielräume haben. Wo es nicht so ist, dass eine Abteilung ihre Einnahmen abliefern muss ins Gesamtbudget und damit eigentlich gar kein großes Interesse haben kann, hier Einnahmen zu erwirtschaften, weil sie bleiben nicht dort, wo sie erwirtschaftet worden sind, sie kommen ins Budget hinein. Und wenn jemand spart in diesem Haus – was hat er dann davon? Im nächsten Jahr bekommt er weniger, weil er weniger gebraucht hat. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Wir vergleichen uns zu wenig mit anderen Gemeinden. Benchmarking zu betreiben, Best Practice-Beispiele heranzuziehen. Viele Gemeinden machen Dinge ganz anders als wir – wir schauen uns das viel zu wenig an. Wir schauen und wir setzen noch immer auf Input – wie viel Geld geben wir für etwas aus? Wir fragen uns viel zu wenig, was ist der Output? Und das Wesentliche ist eigentlich immer die Frage nach dem Output und nicht nach dem Input. Wir sind aber – siehe dieses Budget – noch immer sehr stark Input-orientiert. Und das müsste sich ändern. Zukunftsorientiertheit, Nachhaltigkeit – das ist heute schon gefallen. Wir sanieren jetzt endlich die Schulen. Ja Gott sei Dank! Seit Jahren fordern verschiedenste Personen im Ausschuss Schule, Sport und Liegenschaften, dass endlich diese Sanierungen gemacht werden. Das ist wichtig, aber das sind keine Zukunftsprojekte, das sind Beseitigungen der Mängel der Vergangenheit. Ich bin froh, dass es jetzt passiert. Aber das müssen wir ohnedies tun, aber das hat mit Gestaltung nicht wirklich viel zu tun. Der effiziente Einsatz von Personal ist auch so ein Thema, der heute schon angesprochen worden ist. Verkehrskonzept – ein integriertes Verkehrskonzept das auch wirklich umgesetzt wird. Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs etc., etc. Tourismus als Chance für die Zukunft hier stärker wahrzunehmen und eine Kulturpolitik, die sich zur Kultur bekennt und nicht nur das Verkehrsleitsystem für die Landesausstellung aus dem Kulturbudget genommen werden muss. So, jetzt werden sie sich fragen, welche Landesausstellung meine ich denn? All diese Dinge, die ich jetzt erwähnt habe, habe ich bereits bei meiner ersten Budgetrede im Jahr 1997 angesprochen. Ich habe meine Meinung nicht geändert, dass ich diese Dinge für wichtig erachte. Es hat sich manches im Haus bewegt, aber aus meiner Sicht bewegt es sich zu langsam. Und ich persönlich will nicht noch Jahre warten und warten und warten, weil mit den Methoden der Vergangenheit können wir die Probleme der Zukunft nicht lösen. Wir schreiben ein Budget vor – gar nicht so schlecht, das will ich ja gar nicht bestreiten – aber wo sind die großen Würfel? Wo ist die Innovation? Wo ist die Flexibilität? Wo bleibt auch die Budgetverantwortung? Wo bleibt die Möglichkeit, die auch schon angesprochen worden ist, Kapitelweise abzustimmen. Und gerade im Bereich der Kultur sollte ihnen bewusst sein – mich trifft es ganz besonders, stark auch eben als Vorsitzende des Kulturausschusses, wenn ich mir andere Städte anschauen, die haben zumindest 4 % des Gesamtbudgets für die Kultur – wir haben nicht einmal 2 %. Und eine Stadt, die sich positionieren will – auch in Richtung Tourismus, in Richtung Wirtschaft – die muss viel mehr noch in Kultur investieren als bisher. Und bei einem Budgethintergrund von dieser Millionensumme, dass man dann sagen muss, bereits im Juni, Juli, August – je nachdem wann – tut uns Leid, wir können leider keine Kulturansuchen mehr positiv erledigen, weil es ist alles bereits verbraucht worden. Nicht, weil wir so viel verbrauchen, sondern weil eigentlich im Prinzip alles da drinnen schon festgeschrieben ist. Und weil wir nicht den Mut haben – alle zusammen – wirklich dieses Budget von Grund auf neu zu erstellen. Nicht Subventionen vorzuschreiben, Dinge auch in Frage zu stellen. Und ich weiß, ich bin da sehr radikal, aber ich denke mir, es darf gar keine Tabus geben. Man muss alle Positionen hinterfragen, nur dann kommt man weiter. Und gerade in Zeiten des Wandels reicht es mit Sicherheit nicht, diese Budgets vorzuschreiben. Und wir brauchen Reformen in Richtung mehr Flexibilität und Innovation, mehr Kultur-, mehr Tourismusinvestitionen, öffentlicher Verkehr und damit auch ein Mehr an Lebensqualität. Und wie gesagt, diesen Zugang – diese Reformen – auch offensiv anzugehen. Das ist das, was ich leider in gewissen Bereichen vermisse und

wo es mir nicht schnell genug geht. Und ich glaube, es darf hier auch nicht schnell genug gehen - weil wie gesagt - ich rede von Forderungen, die ich bereits im Jahr 1997 erhoben habe – jetzt haben wir 2014 – und ich wünsche mir mehr Tempo.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wir sind aber 1999 schon auf zwei Füßen gegangen und nicht auf allen Vier dahergekommen – daher kann es ja nicht so schlecht sein.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Habe ich auch nicht behauptet.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Naja, aber wie du das dargestellt hast, bekommt man ja den Eindruck, dass wir hinterwäldlerisch sind. Gut, Kollege Hauser.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Wir haben also jetzt sehr viel gehört. Auf der einen Seite sozusagen wie die Realitäten ausschauen, auf der anderen Seite da und dort ein kleines Wunschkonzert. Ich denke mir halt ganz einfach viele von uns, die also schon einige Jahre hier herinnen sitzen, haben also verschiedenste Situationen und verschiedenste Entwicklungen miterlebt. Und wir haben halt versucht letztlich auf Entwicklungen, die von außen auch auf uns eingebracht sind, zu reagieren und da nehme ich jetzt einmal das Jahr 2008 und 2009 her und es gibt viele die sagen, wenn es notwendig wird und der Spardruck zu groß wird, weil es gar nicht mehr anders geht, weil man sonst an die Wand fährt, dann passiert etwas. Auch da haben wir uns alle gemeinsam zusammengesetzt und uns in Arbeitsgruppen begeben und gesagt, was tun wir denn? Und wenn ich an diese Diskussionen zurückdenke, dann graut mir davor, wenn ich jetzt höre, was wir denn alles neu machen sollen oder wie wir es anders machen sollten. Weil kaum ist bei irgendetwas dazu gekommen, dass wir gesagt haben, na das sollten wir eigentlich angehen, haben drei andere geschrien, nein das geht nicht. Weil es den Interessen derjenigen widerspricht, die sozusagen gesagt haben, nein das geht nicht. Und in Wirklichkeit sind wir alle miteinander Menschen – wir wissen das. Und ein Jeder hat natürlich seine Interessen - berechtigter Natur – und die einen sehen es mehr so, die anderen sehen es mehr so und das mag durchaus seine Berechtigung haben bzw. hat auch seine Berechtigung. Und wenn ich jetzt nur die letzte Wortmeldung von der Frau Kollegin Frech hernehme und sage, wir mache alles ganz neu, bin ich dann gespannt, wer jeden alles erklärt, warum er was nicht mehr bekommt. Warum er in der Zukunft jetzt womöglich dann seinen Verein zusperren kann, weil er nichts mehr bekommt. Und wir haben ja nicht nur Vereine, die immer so nach dem Sport eingeteilt sind, wir haben Sozialvereine, wir haben Betreuungseinrichtungen, die auf Vereinsbasis aufgebaut sind und verschiedenste Dinge mehr und die könnten alle in vielen Bereichen nicht überleben, wenn es nicht die Unterstützungen gäbe, die aus der öffentlichen Hand kommen. Egal ob sie jetzt sozusagen aufgeteilt sind auf Bund, Länder und auch auf die Kommune oder ob es gewisse Dinge sind, die nur von der Kommune unterstützt werden. Also, wenn ich mir diese ganzen Dinge alle anschau, bin ich dann gespannt, wer aller mit wehenden Fahnen vorne geht und sagt, ich habe das euch jetzt abgedreht.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz aus):

Hinterfragen heißt nicht ...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Und da denke ich mir ganz einfach, dass wir ja das bei dieser Arbeitsgruppe alles erlebt haben und wir haben – denke ich mir – trotzdem viele Dinge zu Stande gebracht und dann können wir auch darüber diskutieren, was nicht alles sonst noch zusätzlich sein möge. Auf

der anderen Seite höre ich dann gerade immer aus verschiedensten Ecken – na dort gehört noch eine Reform hin und da gehört noch was gemacht und das...da muss man sich anschauen, ob wir das alles machen müssen und dergleichen mehr. Und ein Jeder vergisst, wenn das die öffentliche Hand nicht mehr macht, dann macht es wer anderer – und wenn es wer anderer macht, dann kostet es Geld – für den Einzelnen, der das sozusagen in Anspruch nehmen möchte. Diese wirkliche Diskussion, die wir ja erlebt haben alle in vorhergehenden Regierungsperioden, wo es immer geheißen hat – weniger Staat mehr Privat – und in Wirklichkeit das sich durchgezogen hat ja bis hinunter zu den Kommunen – die kennen wir alle und wir wissen auch, welche Veränderungen das alles mit sich gebracht hat und was letztlich dann bei vielen Dingen herausgekommen ist. Das am Anfang alle gesagt haben, das ist alles billiger, weil wir haben das super berechnet – und dann, wenn es nicht mehr gegangen ist, dann hat die öffentliche Hand wieder kommen dürfen und sagen, da tun wir jetzt dazu, weil sonst geht das nicht mehr. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich warne schon davor, immer wieder gleich sozusagen an Diskussionen heranzugehen, wo man dann das Kind mit dem Bad ausschüttet. Weil eines muss schon klar sein, wir in unseren Funktionen als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in einer Stadt, im öffentlichen Bereich, sind schon dafür auch da, dass es auf der einen Seite versucht werden sollte, einen vernünftigen Ausgleich bei allen zu geben, dass wir auch eine Verpflichtung haben uns darum zu kümmern, dass es allen möglichst gut geht in dieser Stadt und dass wir auch eine Verpflichtung dahingehend haben – vor allen Dingen auch um jene zu kümmern, denen es nicht so gut geht. Dann kann ich manchmal schon gar nicht mehr hören, dass sozusagen der soziale Bereich sich so aufbläht und man so tut, als wenn wir nichts getan hätten. Wir haben auch in der Jugendwohlfahrt sehr viel getan und haben versucht, hier die Kosten zu dämpfen. Wir haben in vielen anderen Bereichen viel getan und versucht, die Kosten zu dämpfen und wir haben auch – unter anderem halt – in anderen Bereichen versucht, Angebot-Nachfrage bzw. letztlich auch die Kosten, die dafür notwendig sind, so weit in Einklang zu bringen, dass wir gesagt haben okay, mit einem vernünftigen Maß schaffen wir es, hier die Kosten halbwegs in den Griff zu bekommen. Und in Wirklichkeit habe ich das Gefühl, dass wir jetzt uns wieder hier an einer Schwelle befinden, weil es nächstes Jahr Wahlen gibt, dass wir immer wieder sagen, das war ja eh alles nicht so gut eigentlich – das gehört noch alles viel besser gemacht und viel schöner und alles mögliche wäre noch notwendig und ein jeder hätte natürlich auch gerne sein kleines, eigenes „Köntchen“, wo er vielleicht das eine vergeben kann und das andere vergeben kann und wo es darum geht, dass man den einen befriedigen könnte und den nächsten befriedigen könnte. Und ich denke mir, in Wirklichkeit haben wir uns hingewetzt und haben versucht, die großen Aufgaben, die auf uns zukommen – und wenn uns irgendwer gesagt hätte, dass man jetzt einen Taborknoten haben, der sozusagen fast wie eine Autobahn durch Steyr durchgeht, denke ich mir ganz einfach – hätte vor zehn Jahren keiner daran gedacht, dass das jemals möglich gewesen wäre. Und jetzt sind wir in einer Situation, dass wir schon über die Westspange reden und dann schauen wir über mögliche weitere Entwicklungen und dann reden wir jetzt darüber, dass wir uns für Münchenholz etwas zusätzlich überlegen und all dieser Dinge mehr. Und ich würde also schon appellieren daran, dass wir auch unsere eigenen Leistungen, die wir gemacht haben – und wo wir sie in großer Gemeinsamkeit auch erledigt haben in vielen Bereichen – dass wir uns die nicht krank reden und krank jammern oder vielleicht auch gar so tun, als wie wenn wir nichts geschafft hätten. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, daher denke ich mir, also es mag schon sein, dass sozusagen ein Budget auch dazu anregen mag, den Wahlkampf zu eröffnen oder manche behaupten ja, dass andere das schon längst getan hätten und nichts mehr tun, nichts mehr arbeiten und dergleichen mehr. Also, ich sehe das so nicht – ich denke, wir haben alle gemeinsam versucht, Ziele zu erreichen – wir haben alle gemeinsam versucht, sozusagen unsere Aufgaben zu erledigen und ich denke mir, es sollte auch in der Zukunft so weitergehen und ein Wahljahr sollte uns nicht davor abhalten, die Aufgaben zu erfüllen, die die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt, die die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt letztlich auch von uns erwarten. In diesem Sinne ersuche ich sozusagen dem Vorschlag in dem Abänderungsantrag, der hier dargeboten wurde und der ja von drei Fraktionen auch unterstützt wird, die Zustimmung zu erteilen.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Daher Herr Referent, bitte das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. 17.12 Uhr – gute Zeit für eine Budgetgemeinderatssitzung. Ich möchte mich vorab einmal bei all jenen bedanken, die dieses Budget mittragen, die es mittragen in einer Zeit – sie wissen, dass 2015 ein Wahljahr ist. Ich bin auch sehr froh – und das muss ich auch sagen, dass die ÖVP und das Wahlbündnis, die heute ja nicht zustimmen werden und da versucht haben, vieles klein zu reden oder nicht schön zu reden – hier im Gemeinderat doch sehr sachlich aufgetreten sind und gar nicht so tragisch, weil wenn man die Presseunterlage liest, die sie heute verteilt haben und die ja dann morgen wahrscheinlich auch veröffentlicht wird – zumindest in Auszügen – dann klingt ja das ganz anders und wenn das der Ton wird, der uns 2015 erwartet, der in dieser Presseaussendung formuliert ist, dann wünsche ich uns viel Glück, weil das ist mehr als grotesk – das ist Wirtshausbodenniveau – wenn dort formuliert wird – und ich will es eh nicht verbreitern, weil vielleicht wird es eh nicht abgedruckt in dieser Form – aber dass die Mehrheitsfraktion ein ganzes Jahr...und aufgehört hat zu arbeiten und den Wahlkampf begonnen hat und im Endeffekt ja eh nur mehr in die Luft schaut – und das als Zitat noch gebracht wird – dann kann ich nur den Kopf schütteln. Aber wir werden ja sehen, was kommt. Ihr sollt nur wissen, wir lesen auch Zeitung und auch was man schreibt, ist öffentlich. Wie gesagt, ich bin froh, dass die Diskussion auf dem Niveau hier im Gemeinderat nicht geführt wurde, weil da können wir uns wirklich für 2015 auf etwas einstellen. Klar ist aber auch – und darum sage ich es auch – dass offensichtlich schon eine politische Gruppierung in diesem Rathaus jetzt den Wahlkampf schon führt. Entweder oder wahrscheinlich sogar sind eure Umfragen so schlecht, dass man im Dezember schon beginnt Wahl zu kämpfen in einer Art und Weise - das ist ja eher in der letzten Woche, wo man sagt, jetzt ist alles schon wurscht. So wird ja da schon begonnen. Und nur, damit ich da dann abschließe, weil es eh ein Nebenthema ist, aber wer immer das Pressepapier verfasst hat – also dass alle nicht einstimmig waren – hast ja du jetzt auch aufgeklärt – das sollte man vielleicht dem Verfasser des Presstextes...also man kann das nachlesen, welche Budgets einstimmig sind und nicht einstimmig – also, den Text müsste man korrigieren. Aber das nur am Rande – wie gesagt ich bin froh, dass es im Gemeinderat nicht so war, darum habe ich auch geglaubt, dass es heute vielleicht ein bisschen länger wird. Zu jenen, die guten Willens sind und die etwas mittragen und mitgestalten wollen auch in Zukunft, kann ich nur sagen, natürlich gibt es viele Dinge, die wir auch schon machen wollten. Und wenn angeregt wird und man sagt, das ist ja schon längst notwendig, das hätten wir ja schon längst tun sollen und das ist auch noch wünschenswert und, und, und. Ja selbstverständlich, nur ist irgendwo noch in den Köpfen bei irgendwem drinnen, dass 2008 eine Weltwirtschaftskrise war? Eine Finanzkrise, die ganz Europa an den Rand des Zusammenbruchs geführt hat – dass unsere Kassen leergeräumt wurden, dass das Geld, was wir dringend bräuchten in der Hypo ist und überall in der Welt, nur nicht bei uns? Und wir uns das aber nicht ausgesucht haben. Ist das völlig aus den Köpfen weg? Ich weiß nicht, was manin welcher Welt manche leben, die sagen und das auch noch und längst, und seit was wann du deine Forderungen schon aufgestellt hast, liebe Michaela. Ja selbstverständlich – und so zu tun, wie wenn es da in der illustren Runde eine Gruppe gibt, die die Weisheit gepachtet haben – das sind die Gescheiten, die haben immer alles als erste gewusst, als zweite gefordert, als dritter nicht umgesetzt. Also das ist ja doch Retropolitik. Das ist ja genau das, was ihr im Endeffekt – zumindest in den Sonntagsreden – immer anprangert. Das ist doch nicht Sachpolitik, das ist reine Parteipropaganda, die niemand mehr hören will. Ich wünsche euch viel Glück mit diesem Weg. Das Gleißlerhaus hat euch auf eine Spur gesetzt, die kann nur schief gehen. Ist mir eh wurscht, aber ihr sollt das nur wissen. Nach Umfragen zu reagieren und im Dezember 2014 eine Sachpolitik, die man fünf Jahre mitgetragen hat, zu verlassen und in diesem Niveau zu starten – also das ist wirklich mutig, mutig. Aber die Wähler werden entscheiden, die Bürger da draußen werden sich ein Bild davon machen, warum wer gerade jetzt

nicht mehr dabei ist, bei allen Dingen. Noch dazu, wo wir ein Budget beschließen, was ja wirklich Hand und Fuß hat. Wo wir ähnlich – ist eh gesagt worden – spüren, dass wir uns ein bisschen wieder rühren können – dass ein bisschen ein Spielraum wieder reinkommt und mit dem Spielraum machen wir etwas sinnvolles. Wir investieren in Bildung, in Ausbildung, in die Jugend, in unsere Studenten – alles Dinge, die okay sind. Wo ihr auch sagt, das ist doch gut so und dann gleichzeitig aber sagt, aber das ist nichts und das ist nichts. Und liebe Michaela – bei aller Wertschätzung – aber diese Schlagwortrede, die du gehalten hast, das erinnert mich an den Stolz von den Neos. Also es ist seminarsbissig – ich kann...

Unverständliche Zwischenmeldung von GR^{ln} MMag. Frech (vom Platz aus)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja eben, aber auch damals schon – ich kann diese Schlagworte schon nicht mehr hören. Siehe Budgeting und da hätte man und da müsste man ...und da stellen wir alles noch einmal in Frage und ich weiß nicht, zeichnen wir die Kreise neu. Das ist doch alles irgendwann gewesen. Wir haben 2009 eine Arbeitsgruppe gehabt – da war alles möglich – da hättest du alles einbringen können. Das einzige, was du auch dazu sagen hättest müssen – darum ist ja nichts gekommen....

Unverständliche Zwischenmeldung von GR^{ln} MMag. Frech (vom Platz aus)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

... wie man es bezahlt. Und all die Dinge, die du forderst und das wäre noch und das hätte und das fordere ich schon – das kostet alles Geld. Und wer zahlt es? Auf der anderen Seite werden über Defizite wird geredet und der Schuldenstand steigt und, und, und. Das ist ja alles richtig. Die Quadratur des Kreises hat niemand erfunden und ich möchte und verwehre mich dagegen, dass manche so tun, wie wenn das wirklich ginge. Man muss auch den Mut haben, in der Politik zu sagen, das geht nicht und das geht jetzt noch nicht – wir haben das alle gemeinsam seit fünf Jahren mitgetragen. Wir sind – ich will jetzt nicht sagen die erste Politikergeneration, da hat es schon welche gegeben, die haben es viel schwieriger gehabt – aber wir sind eine Politikergeneration, die seit fünf Jahren viel mehr nein sagen hat müssen als ja – zu den Wünschen der Bevölkerung. Das muss man aber mittragen – und das haben wir getan. Und jetzt auf einmal zu sagen – das ist alles nichts und eigentlich ist nichts weitergegangen und da müsste man noch einmal von Neuem beginnen, mir geht's zu langsam, das Tempo fehlt mir und, und, und – ja, es fehlt dir das Tempo. Wenn du jemanden hast, der all diese Wünsche finanziert, nenn ihn mir. Wir haben genug Ideen und wir brauchen nicht irgendwen finden, der uns sagt – ja, an das hätten wir jetzt nicht gedacht. Wir haben unsere Wünsche längst aufgelistet und wir werden sie Schritt für Schritt abarbeiten – gemeinsam, mit einem sinnvollen Budget, was verantwortbar ist auch für die nächsten Generationen. Wir haben die Prioritäten gemeinsam festgelegt und warum können wir das nicht weiter tun – das ist doch eigentlich so einfach. Wenn ich den Herrn Payrleithner anschau – völlig richtig – es gibt Häuser, die nicht schön sind und es gibt das Schnallentor, das wir seit Jahren renovieren wollen – natürlich. Wir haben das Geld nicht – oder, die...falsch, die Priorität ist noch nicht da, dass wir sagen, wir nehmen jetzt das Schnallentor in Angriff. Das wird auch kommen – in den nächsten Jahren – selbstverständlich gehört das gerichtet. Aber uns war es wichtiger, in andere Dinge zu investieren. Wenn es ein Beispiel gibt – wenn einer eines nennen kann, wo er sagt, das hätten wir uns wirklich sparen können – es gibt keines. Wir haben in diesen fünf Jahren nur prioritäre Dinge gemacht. Und wenn von irgendwelchen Verwaltungskosten – 38 % Steigerung – gesprochen wird, ich kann das nicht nachvollziehen. Weil wenn ich sage, 38 % Steigerung irgendwo im Aufwand und ich dividiere das durch 15 Jahre, dann sind das Personalkostensteigerungen von 2 %. Und dürfen die Leute nicht mehr verdienen? Müssen die alle? Ich weiß nicht. Cero-Budget – Cero-Gehaltserhöhung. Nein, es ist alles im Rahmen. Es ist nachweislich, ich habe es zuerst erwähnt – 31 Personen, 31 Dienstposten haben wir eingespart.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER (vom Platz aus):

Wo?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In dem allgemeinen Bereich, wo 330 tätig sind – nachvollziehbar. Du kannst es erklären lassen beim Herrn Greinöcker. Das ist nicht irgendwas, ich erfinde da nicht was. Warum sollte ich das tun? Es ist kaum mehr Spielraum. Wir haben im Personalbereich alles ausgemessen und wir haben in Arbeitsgruppen gemeinsam eine Strukturreform nicht nur erdacht, sondern auch umgesetzt – alle gemeinsam. Und wenn ich jetzt sage, da gibt es noch jemanden die sagen, fangen wir wieder von vorne an – das was Linz macht Herr Payrleithner, das haben wir 2009 schon gemacht und ich bin heilfroh, dass wir es getan haben, weil wir nur dadurch in der Lage sind, jetzt wieder kleine Spielräume zumindest zu spüren. Also ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Das Budget ist in Ordnung.

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Hans Payrleithner (vom Platz aus).

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich weiß es.

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Hans Payrleithner (vom Platz aus).

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein. Falsch. Bei aller Liebe für den Kollegen Luger und sein Team dort drüben, aber die fangen jetzt erst an. Die Strukturreformen, die wir schon hinter uns haben, die beginnen die erst – mit all den Schmerzen, die dazu gehören. Und uns ist es gelungen, das in großer Einmütigkeit zu machen – auch das ist eine Gemeinschaftsleistung, die man nicht hoch genug einschätzen kann. Was habe ich da noch stehen? Ja, Budget in seiner Gesamtheit. Natürlich könnten wir uns darauf verstehen und sagen, stimmen wir kapitelweise ab. Ich weiß aber nicht, ob das so gescheit wäre. Man muss sich auch zu einem Budget bekennen. Und wo ist das Problem, dass ich manch Dinge nicht so mittragen kann, wenn ich vom Gesamten überzeugt bin und wenn nicht irgendwas ist, wo ich sage, das kann ich überhaupt nicht mittragen. Wenn wir das machen, wie es andere auch tun, aber nicht die Mehrheit – der Großteil der Kommunen in Österreich stimmt das ganze Budget ab – dann wird das nicht nur komplizierter, es wird auch teurer, weil für jede Zustimmung einer Partei du unter Umständen etwas hergeben musst. Also, ob das der Stein der Weisen ist, weiß ich nicht. Ist mit der Grund. Unser Finanzdirektor sagt auch, dass er das auch bedenklich findet, wenn ein Budget – ist in seiner Gesamtheit zu sehen – abzulehnen oder eben auch zuzustimmen. Aber das ist nicht irgendwas, wo das letzte Wort gesprochen ist, ich möchte mich darauf nicht irgendwo einzementieren, das ist auch nicht wirklich das Thema. Personaler Einwohnerrückgang – ja – ich habe zwei Kinder – ich denke, ich habe meinen Beitrag geleistet. Und wenn welche wegziehen, weil sie es draußen billiger haben die Wohnungen, ist mir das nicht wirklich das Problem. Wir haben genug Initiativen gesetzt – wir haben genug Initiativen gesetzt – Baugrund ist draußen billiger, die Leute wohnen am Speckgürtel, haben aber den Lebensmittelpunkt da. Wir haben eine Studie Kaufkraftbindung in der Region, in der Stadt – unglaublich, sensationell – die können wohnen in Garsten, in Ulrich, irgendwo – sie leben hier, sie geben das Geld da aus und wenn sie...die Ertragsanteile gehen uns ab. Aber wir haben ein großes Wohnbauprogramm gestartet, die Privaten sind voll dabei zu investieren. Es kommen Leute wieder zurück und auch wir tun was – wir bauen das große Projekt im Schlüsselhof. Herr Payrleithner, sie haben da immer vorausgesagt, dass das ein finanzielles Desaster wird. Wir hätten das Angebot damals von der Raika annehmen sollen um 10 Mio. Schilling – wir haben mehr erlöst ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER (vom Platz aus):

Die hätten auch was gebaut.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben...ich sage nur, weil sie ... Finanzen, weil sie immer gesagt haben, das wird so...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER (vom Platz aus):

1,2 Millionen ... (*teilweise unverständlich*)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben mehr Erlös, als wir damals Erlös gehabt hätten.

Unverständliche Zwischenmeldung von GR Hans Payrleithner (vom Platz aus).

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist ein Faktum. Nein, das kann man ja nachrechnen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

1,2 Mio. waren billiger?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, da hat es ja noch Schilling gegeben – da haben sie 10 Mio. Schilling gesagt. Aber egal. Dort wird hochqualitativer Wohnbau entstehen, dort leisten wir selbst einen Beitrag und unsere GWG wird das bauen. Gestalten, verwalten habe ich noch als Stichwort dort. Also wer das Gefühl hat, dass in der Stadt Steyr nur verwaltet wird, der wohnt offensichtlich in einer anderen Stadt oder ist nur sehr, sehr spärlich da im Haus. Wir gestalten das ganz aktiv und wenn man sieht – und ich habe auch versucht, das ein bisschen auch in meiner Rede darzulegen - was wir alles neu gemacht haben, welche Firmen wir gegründet haben, was wir umstrukturiert haben, organisatorisch in Geschäftsbereiche eingegriffen – schon aus 8 mach 6 – und das alles in einer Art und Weise friedlich und in Absprache auch mit den Betroffenen. Das schaue ich mir einmal an, in einer anderen Firma. In anderen Firmen geht's, wenn solche Dinge passieren, drunter und drüber. Da wird gestritten, da kommen die Berater von was weiß ich was – aus dem Ausland - und die sagen dann auf deiner Armbanduhr wie spät das es ist. Wir brauchen das nicht, wir haben das gut gemacht und wir haben auch die Erfolge. Wir haben auch die Erfolge so erzielt. Also von wegen – von verwalten sind wir weit weg – ganz im Gegenteil. Wir sind eine lebende und eine dynamische Organisation, aber natürlich auch mit Fehlern – gar keine Frage. Wer meint, dass ein Betrieb in dieser Größenordnung fehlerlos ist, dass immer alles rund gehen muss, der ist falsch. Fehler passieren immer. Zum Unterschied vielleicht von viel, viel früher gehen wir mit den Fehlern auch offensiv um. Wenn was schwieriges, wenn was schlechtes passiert, dann gehen wir der Sache auf den Grund, wir lösen das Problem und wir schauen auch, dass das, was dann falsch gelaufen ist, in Zukunft nicht mehr falsch laufen kann, weil wir die Kontrolle verbessern und weil wir dann im Endeffekt auch die Leute besser schulen und besser informieren. Das zu dem, auch nur ein kleiner Schlenker im Nebensatz da zu dir – zu der Kritik, was da alles nicht schief läuft in unserem Haus. Fehler passieren und Fehler sind auch menschlich, aber es ist auch die Frage, wie man damit umgeht – auch im politischen Miteinander. Dann komme ich schon zum Ende, ich brauche das nicht alles noch einmal beleuchten. Bedanke mich noch einmal bei allen, die dieses Budget mittragen, bedanke mich aber auch für die Jahre davor, weil es war nicht leicht in dieser Zeit, in Steyr Politik zu machen. Wir haben es gemeinsam gut geschafft und ich bin überzeugt davon, dass wir auch 2015 mit diesem Budget eine gute Entwicklung für Steyr sicherstellen können. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Applaus!

Abänderungsantrag zu Punkt 11) Fin-100/14 – Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2015.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2015 wird

im ordentlichen Haushalt

mit Einnahmen anstelle von EURO 121.780.300,-- mit EURO 121.372.500,--
und
Ausgaben anstelle von EURO 126.409.600,-- mit EURO 126.340.200,--
und
einem Abgang anstelle von EURO 4.629.300,-- mit EURO 4.967.700,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt

mit Einnahmen und

Ausgaben anstelle von EURO 9.482.400,-- mit EURO 9.566.100,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2015 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2015 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke Herr Bürgermeister. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den vorliegenden Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2015 im Sinne des Abänderungsantrages seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit seiner Hand. Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung gibt es keine. Somit ist der Voranschlag der Stadt Steyr mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **27**

SPÖ 19 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Hauser, StR Dr. Michael Schodermayr, StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 5 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindgruber)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: **9**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GRⁱⁿ Dr. Brigitta Braunsberger-Lechner, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 1 – GR Hans Payrleithner

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ich darf den Vorsitz wieder an unseren Herrn Bürgermeister übergeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ich sage vielen Dank. Danke für diese breite Zustimmung zu diesem Budget. Ich habe wie die letzten Jahre davor vom Pfarrer in Gleink eine Flasche Wodka geschenkt bekommen. Er weiß, dass ich den nicht trinke und schon gar nicht alleine. Ich habe das letzte Mal schon die Flasche zur Verfügung gestellt, wenn das Budget ja ohne größere Reibereien über die Bühne geht – das ist wieder geschehen. Wer gern – und ich lade alle wirklich dazu ein, es muss ja nicht viel sein – ein symbolisches Schluckerl aus der Wodkaflasche – ist mit Gottes Segen überreicht worden. Hilft uns vielleicht auch noch für das Glück im Jahr 2015. Jeder hat ein Wasserglas – wir werden das Wasserglas nicht anfüllen – und wir treffen uns dann bitte in der Schwechater oben. Alles Gute und frohe Weihnachten.

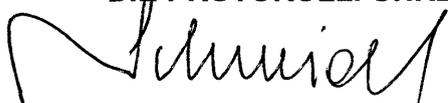
ENDE DER SITZUNG UM 17:25 UHR.

DER VORSITZENDE:



Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl



Michaela Minixhofer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GRⁱⁿ Michaela Greinöcker



GR Mag. Erwin Schuster

